

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., einschließlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Postabonnements in die Post-Zeitungs-Veranstaltung. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interpellations-Gebühren
 Beträgt für die sechsgeheften Kolonialzeitung oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beratung und Vertretungs-Angelegenheiten 10 Pf. Kleine Anzeigen, das selbstdruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 selbstdruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (jeweils über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Leitungs-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. Mai 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Was die Gewerbeinspektoren erzählen.

II.

Das Fehlen von Schutzvorrichtungen verursachte fünf Unfälle, die an ein und derselben Maschine eines Betriebes im Bezirk Berlin hintereinander den Arbeiter zum Krüppel machten. Der Unternehmer erzielte trotzdem Freisprechung, weil er den Betrieb erst einige Zeit vorher übernommen habe. Eine monatelange, täglich sich wiederholende geistwidrige Beschäftigung von 12 Arbeiterinnen trug einem Unternehmer im Bezirk Posen die wichtige Strafe von — 3 M. ein, obwohl der Anzeige schriftlich und mündlich Ermahnungen von Seiten des Aufsichtsbekanntes wirkungslos vorausgegangen waren. Diefelbe Strafe traf einen Schokoladenfabrikanten in Minden, der 6 Arbeiterinnen wiederholt nachts beschäftigt hatte.

Das freventliche Spiel mit Menschenleben, das die Belastung von Sicherheitsventilen an Dampfseifen zweifellos darstellt, ahnte ein Gericht, wie der Düsseldorf-Beamte mitteilt, indem es den Seizer zu 3 M., bez. Besizer, mit dessen Wissen die Ueberlastung erfolgte, zu 6 M. Geldstrafe verurteilte. Das wird aber abschreckend wirken! — Einen Antrag des Beamten von Arnberg, gegen einen Unternehmer ein Verfahren wegen Urkundenfälschung einzuleiten, weil er eine auf Grund einer Bundesratsverordnung zu führende Liste über angeordnete Ueberzeitarbeit in grober Weise gefälscht, lebte die Staatsanwaltschaft ab. Solche Fälschung sei nicht strafbar! Die objektivste Behörde im — Kampfe „gegen“ Arbeiterschutzbestimmungen mißachtende Unternehmer, liefert ein prächtiges, den Klassencharakter der Rechtsprechung trefflich zeichnendes Pendant zu unserer berühmten Streikjustiz.

Ueberwiegend konstatieren die Berichte Ausschreitungen in bezug auf die Beschäftigungsdauer. Daß dabei auch die direkten Vorschriften übertreten werden, so die des Bundesrats über die Registrierung der in den Hütten- und Walzwerken geleisteten Ueberstunden, darüber macht der Beamte von Arnberg folgende sehr interessante, die vorerwähnte Urkundenfälschung betreffende Mitteilung:

„Beim Gewerbeinspektor in Anna beschwerte sich ein Arbeiter eines Walzwerks, daß ihm für die Arbeit an Festtagen ein geringerer als der vereinbarte Lohn ausbezahlt sei. Bei einem Vergleich seiner Angaben über die geleistete, nach den Vorschriften nicht zulässige Sonntagsarbeit mit dem eingereichten Ueberarbeitsverzeichnis ergab sich, daß der Arbeiter in das Verzeichnis überhaupt nicht aufgenommen war. Bei dem nunmehr auf dem Werke vorgenommenen Vergleich des Ueberarbeitsverzeichnisses mit den Schichtenlisten und der Markenkontrollisten stellte sich weiter heraus, daß nicht nur noch weitere Arbeiter in dem Verzeichnis fehlten, sondern auch vor allem in zahlreichen Fällen nur ein geringer Teil der wirklich geleisteten Ueberarbeit in das Verzeichnis eingetragen war. Sehr häufig fehlten besonders die Eintragungen, wenn die Arbeiter über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus beschäftigt waren. Aus den Schichtenbüchern ergab sich, daß in wiederholten Fällen Arbeiter sogar 48 Stunden hintereinander gearbeitet hatten.“

Danach ist anzunehmen, daß etliche Millionen Ueberstunden verheimlicht werden. Ob nun endlich die Regierung sich dazu bequemt, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Achtstundenschicht allgemein obligatorisch macht? Arbeitszeiten von 17 bis 20 Stunden wurden in Mühlenbetrieben, so im Bezirk Gumbinnen festgesetzt. In einer Druckerie im Potsdamer Bezirk mußten junge Leute bis zu 17 Stunden arbeiten.

Die Mitteilungen über gesundheitschädliche Verhältnisse sind sehr mager. Der Bericht des Bezirks Königsberg enthält folgende Mitteilung: „Die hygienischen Verhältnisse in den Bäckereien lassen vielfach noch zu wünschen übrig. In dem raudigen Ofenraum einer Bäckerei war das Bett des Gefellens aufgestellt. Mehrfach wurden innerhalb von Bäckereien Abortanlagen und Hühnerställe angetroffen.“ Im Bezirk Erfurt ermittelte der Beamte unerhörte „Schmutzerien“ in der Behandlung der Tabakblätter bei Hausindustriellen. Ekelhaft war ferner das Einwickeln von Bonbons in hausindustrieller Ueberarbeit. Am Erzierer Bezirk wurden auffallend oft unzulängliche Abortanlagen konstatiert, die Wassereinrichtungen waren ebenfalls mangelhaft oder fehlten gänzlich.

Verschiedene Inspektoren berichten kurz über gute Erfahrungen im Verkehr mit den Arbeiterorganisationen. Wie schon bemerkt, hob der Beamte von Kassel deren Mitwirkung bei der Einschränkung schädlicher Nachtarbeit hervor. Der Beamte von Potsdam bemerkt, daß die Arbeiterorganisationen erhebliches Interesse für die Unfallverhütung bekundeten. Der Holzarbeiterverband habe eine besondere Schutzkommission eingerichtet, die sehr erfolgreich wirken könne.

Solche Feststellungen erklären, weshalb die Unternehmer sich so heftig gegen die Anstellung von Kontrolleuren aus den Reihen der Arbeiter wehren. Aber schließlich wird sich auch dieser Widerstand überwinden lassen. Die trotz Unterbindung kritischer Urteile der Inspektionsbeamten sichtbar werdenden Mißstände schreien geradezu nach einer amtlichen

Mitwirkung der Arbeiter bei der Durchführung der Schutzgesetze und Herbeiführung menschenwürdiger, sanitären Anforderungen entsprechenden Arbeitsverhältnissen.

In den Berichten nehmen die Mitteilungen über die Verhältnisse in der Zementindustrie, die Maßnahmen zum Schutze gegen Feuergefahr, das Mitnehmen von Arbeit nach Hause und der Umfang der Nachtarbeit den breitesten Raum ein. Zum Teil sind die Sonderuntersuchungen im „Vorwärts“ ja schon kurz besprochen worden. Das notwendige über die Zementindustrie stellten wir in unserem allgemeinen Bericht heraus. Der Umfang der Nachtarbeit wird, wie die Berichte ergeben, nicht allgemein durch technische Gründe und aus der Natur der Betriebe bestimmt, sondern sehr stark von der Sucht, die Anlagen ununterbrochen auszunutzen. Aus dem Bezirk Kassel vernimmt man, daß die Einschränkung der schädlichen Nachtarbeit teilweise als Erfolg des wohlthätigen Eingreifens der gewerkschaftlichen Organisationen angesehen werden kann. Die Bemühungen der Beamten, ein Urteil über den Umfang der Mitnahme von Arbeit nach Hause zu gewinnen, waren von wenig Erfolg gekrönt. Die Berichtsersteller von Gumbinnen und Allenstein, Berlin und Nachen heben das Risiko ausdrücklich hervor. Es sei schwer, den Umfang dieser Art Arbeit festzustellen, eine „Aussicht sei kaum durchführbar“. Die Verschleierungsbemühungen der Unternehmer lassen arge Mißstände in dieser Hinsicht vermuten, Mißstände, die manche Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen, Jugendlichen und Kindern vollständig illusorisch machen.

Daß die Schutzbestimmungen vielfach nur auf dem Papiere stehen, daß sie oft nichts wert sind, geht aus mancherlei anderen Feststellungen hervor. Wie sieht es zum Beispiel mit dem Kinderschutz? Mit Paragraphen darüber sind wir anderen Staaten voraus. Aber das ist nur Theorie, die Praxis läßt in Verhältnisse schandbarer Unkultur, brutaler Kinderausbeutung schauen. Im Bezirk Potsdam wurden Kinder in Druckereien, in einer Glashütte und einer Schlosserei als Arbeiter angetroffen. Aus Breslau wird berichtet: „Ein Konditor, der wegen Vergehens gegen das Gesetz in den Vorjahren viermal mit 5, 3, 5 und 12 M. bestraft worden war, wurde von neuem angeklagt, weil er Schulfinder fortwährend wie seit Jahren an Werk- und Sonntagen etwa 6 bis 7 Stunden bis nachts gegen 1 Uhr mit dem Verkauf von Backwaren in einem Nachlokale beschäftigt hatte.“ Die erste Instanz verurteilte den hartnäckigen Liebhaber billiger Kinderarbeit zu 4 Wochen Gefängnis. Das Berufungsgericht ließ „noch einmal“ Milde walten, der Mann habe nicht gewohnheitsmäßig, „vielmehr“ aus dem Entschlusse heraus gehandelt, Kinder bei „jeder sich bietenden Gelegenheit zu beschäftigen“. Die Strafe wurde auf 60 M. reduziert. So wird der Respekt vor Schutzbestimmungen — untergraben. Bemerkenswert ist die Mitteilung aus Oppeln, daß aus den Grenzbezirken Kinder ins Ausland, namentlich nach Oesterreich gehen, um dort „auf Bauten täglich 10 Stunden zu arbeiten“. Dem Unfug müßte unbedingt gesteuert werden. Vielfach ist folgende lakonische Mitteilung im Bericht des Polizeibezirks Berlin: „Die in beträchtlicher Zahl verhängten Strafen wegen ungesetzlicher Kinderbeschäftigung schwanken zwischen 3 und 60 M.“

Solche Sühne für nachgewiesene Uebertretungen der Schutzbestimmungen reizt eher zu weiteren Mißhandlungen als zur Respektierung der Gesetze. Aus Merseburg wird folgender Fall berichtet: In einer Papierwarenfabrik wurde ein schulpflichtiges Kind in Gegenwart des Arbeitgebers bei der Arbeit getroffen; eine Bestrafung konnte jedoch nicht erzielt werden, da das Gericht den angeklagten Arbeitgeber nicht als verantwortlich anzusehen vermochte. Der Arbeitgeber war vor dem Tage der Feststellung drei Tage verreist gewesen, und das Kind war in dieser Zeit eingestelltes worden“. Einmüde, daß der Verantwortliche die Einstellung nicht bemerkt habe usw., lassen sich immer erheben. Hier war doch das Kind in Gegenwart des Fabrikanten bei der Arbeit angetroffen worden — trotzdem: er war unschuldig!

Noch einige andere Fälle mögen die Schonung bewußter Gesetzesverächter illustrieren. Der Besitzer einer Molkerei im Bezirk Gumbinnen, der schon aus früheren Strafverfahren eine zarte Behandlung gewöhnt war, mußte sich wieder mal wegen systematischer verbotswidriger Beschäftigung von Meierinnen verantworten. Der Mann erklärte, kein Gewerbeinspektor bringe es fertig, die gesetzliche Arbeitszeit durchzuführen! — Der Amtsanwalt hielt trotzdem — oder weil? — eine Freisprechung für geboten, das Urteil lautete auf 10 M. Geldstrafe. Der Beamte von Potsdam klagt: „Die Höhe der von den Schöffengerichten verhängten Strafen erschienen wieder häufig der Schwere des Vergehens wenig angemessen. So wurde der Betriebsleiter einer Ziegelei wegen regelmäßig zwölfstündiger Beschäftigung seiner Arbeiterinnen nur mit 5 M., ein anderer, der sämtliche auf der ihm unterstellten Ziegelei wohnenden Arbeiterinnen elf Stunden lang beschäftigt hatte, mit 10 M. bestraft, obwohl bei den Strafanzeigen ausdrücklich darauf hingewiesen worden war, daß Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen nicht in Frage kommen könne.“ In zahlreichen anderen Fällen wurden auch Uebertreter dieser Schutzbestimmungen mit 3 M. Geldstrafe belegt. Nun weiß man doch, daß solche Vergehen als lächerlich geringfügig angesehen werden.

Das Recht der Volksvertretung.

Was nach den Novemberdebatten des Jahres 1908 an der Konföderativ-liberalen Gemeinschaft gescheitert ist, soll jetzt durchgeführt werden. Damals gelangten die Versuche, das Interpellationsrecht des Reichstags auszubauen, über eine erfolglose Kommissionsberatung nicht hinaus. Heute liegen bestimmte Entwürfe der Geschäftsordnungskommission vor und die erdrückende Mehrheit des Hauses ist entschlossen, zu einem wirklichen Ergebnis zu gelangen.

Es ist eine Frage der Geschäftsordnung, um die es sich handelt, und es ist in der Tat nicht begreiflich, wie die Vertretung des deutschen Volkes sich so lange hat sträuben können, ihrer selbstverständlichen Ansprüche sich betuht zu werden und sich die Stellung zu schaffen, die die Parlamente aller Kulturstaaten besitzen. Nur im Deutschen Reichstag war es denkbar, daß über eine Interpellation stundenlang verhandelt werden konnte, ohne daß die Debatte durch einen Beschluß, durch den Ausdruck der Meinung der Mehrheit, sanktioniert wurde.

Die äußerste konservative Reaktion hat sich freilich immer gegen diese beschiedene Reform gewehrt, weil sie eben in dem Ausdruck eines Mehrheitswillens den Beginn eines modernen parlamentarischen Regimes sieht. Davon kann aber gar nicht gesprochen werden. Die Anerkennung und die Festsetzung eines solchen Rechtes bedeutet sicherlich nicht die Einführung oder auch nur den Anfang einer Modernisierung unserer Verfassung. Schon deshalb nicht, weil nach wie vor die Regierung selbst ja ein Bestandteil der Reichsgesetzgebung ist und zur Ausführung der Reichstagsbeschlüsse rechtlich keineswegs verpflichtet ist. Als zu Beginn der heutigen Reichstagsperiode der Staatssekretär Dr. Debes sich die vorsichtige Verwahrung der Regierung zum Vortrag gebrannt hatte, wies auch sofort Genosse Ledebour darauf hin, daß wir eine uns wünschenswerte Verfassungsänderung nicht auf dem Wege einer Aenderung der Geschäftsordnung versuchen würden. Die jetzt vom Reichstag unternommene Reform kann also nach dieser Richtung nicht überschätzt werden: sie ist eine im Grunde harmlose Sicherung eines bisher nicht ausgenühten Rechtes, das dem Parlament selbstverständlich zusteht, nämlich seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wie ja dieses Recht auch in einzelnen deutschen Landtagen — in Württemberg und in Elsaß-Lothringen — in der Geschäftsordnung bereits angewandt ist.

Wir sagten schon, daß die Konservativen Furcht empfinden, nicht nur vor der Drohung besserer Verfassungsstände, sondern auch vor jeder Festigung parlamentarischer Volkrechte. So haben sie denn auch heute — all ihren Ableugnungen zum Trotz — betuht und hartnäckig eine Obstruktion gegen das Zustandekommen der Beschlüsse gewagt. Sie mußten aber bald einsehen, daß ihre Hoffnung, am letzten Arbeitstag der Woche den Reichstag beschlußunfähig zu machen, an der Entschlossenheit der Majorität scheitern mußte, und so haben sie sich denn auf die Taktik der vielen und langen Reden verlegt. Es gelang ihnen aber nur, die Beschlußfassung über den zweiten Teil der Kommissionsentwürfe hinauszuschieben. Der erste Teil gelangte trotz aller ihrer Mühen zur Erledigung. Die kurze Galgenfrist bis zum nächsten Mittwoch ist ihnen gewährt für die Interpellationen; die Einführung der „Neuen Anträge“ ist vom Reichstage beschlossen worden.

Noch der Verlesung der Regierungserklärung, der der Exordium der Regierungsvorträge folgte, begründete Genosse Ledebour unsere Stellung zu den Kommissionsentwürfen und die von unserer Fraktion eingebrachten Amendements. Von den Konföderativen waren es die Herren Kretsch und Westarp, von den Reichsparteilern die Herren v. Halem und Schulz, die alles taten, um die Beschlußfassung zu verzögern. Sie holten die unmöglichsten Einwendungen hervor, ohne auch nur bei ihren Freunden von der Wirtschaftlichen Vereinigung oder von den Antisemiten irgendwie Eindruck zu machen. Herr Schulz strengte seine Lunge zwar sehr, aber vergeblich an. Der einzige, der diesen Herren zur Hilfe beifrang, war der nachgerade unvermeidliche Graf Posadowsky, dessen Argumente — so weit er sie auch herholte — sich indessen von den Einreden seiner Freunde nicht sehr unterschieden. Und es war der sicherlich nicht demokratische Graf Oppersdorff, der ihn darauf aufmerksam machte, daß seine schönen Reden mit den kurzen Anfragen gar nichts zu tun hatten. Die Nationalliberalen, für die Herr Ziff sprach, der Fortschrittler Dr. Müller-Weinigen und der Zentrumabgeordnete Dr. Well traten für die Kommissionsbeschlüsse ein, die dann auch unter Ablehnung aller Amendements von rechts und links angenommen wurden.

Es war so schon ziemlich spät geworden, als die Frage der Interpellationen behandelt werden konnte. Hier begann Herr Kretsch mit einer einfindigen Rede die Obstruktionstaktik, an der nachher noch Herr v. Halem und Graf Westarp eifrig teilnahmen, während Herr Schulz offenbar der Atem ausgegangen war. Genosse Dr. David hatte schon Herrn Kretsch in der geeigneten Weise heimgeschickt, ein ebenso unglückliches Schicksal erlebte vor allem Graf Westarp, dem Herr Gröber sagen mußte, daß mit seinen staatsrechtlichen Bedenken kein Staat gemacht werden könne. Diesmal fand er trotzdem eine wertvolle Stütze am Herrn Rumm. Für die Kommissionsbeschlüsse trat Herr Dr. Junk im Namen der Nationalliberalen, der Vols v. Laszewski, der Zentrumabgeordnete Dr. Well und der Fortschrittler Dr. Dove ein.

Die Diskussion wurde schließlich zu Ende geführt und die eifrigen Obstruktionisten müssen sich damit abfinden, daß am Mittwoch abgestimmt wird.

Die auswärtige Politik der russischen Konterrevolution.

Die provozierende Haltung, die die russische Diplomatie gegen die Türkei eingenommen hat, in Verbindung mit der verstärkten Aktivität Russlands in Ostasien und Persien, hat schon seit einiger Zeit in der gesamten europäischen Presse Beunruhigung hervorgerufen. Selbst die ententefreundliche Presse Englands und Frankreichs hat mit sichtbarer Unzufriedenheit hervorgehoben, daß Neuorientierungen in der auswärtigen Politik bevorstehen, bei denen der russischen Diplomatie die Hauptrolle zufallen würde. Das zweideutige Spiel, das Russland in den letzten Wochen im Zweikampfe zwischen Italien und der Türkei treibt, hat die Situation noch mehr verschärft. Kein Wunder daher, daß die gesamte politische Welt den Erklärungen des russischen Ministers des Auswärtigen Sazonow und der daran anschließenden Debatte in der Duma eine verstärkte Bedeutung beimisst. Nicht etwa weil man von Herrn Sazonow eine wahrheitsgetreue Klarstellung der politischen Lage erwartet hat, sondern weil das, was das russische diplomatische Ressort zu verdecken und zu vertuschen pflegt, gewöhnlich das beste Material für die Aufdeckung der geheimen politischen Pläne und Absichten Russlands liefert.

Die Hauptfrage, um die es sich hier handelt, ist: welche Zwecke verfolgt die russische Politik, indem sie sich zu gleicher Zeit in Ostasien und Persien festlegt und der Türkei gegenüber eine immer mehr herausfordernde Haltung einnimmt? Eine teilweise Aufklärung über diese Frage liefert uns die Betrachtung der innerpolitischen Lage Russlands. Die russische Politik hat im letzten Jahrzehnt eine Wandlung durchgemacht. Nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch im japanischen Krieg und den revolutionären Kämpfen im Innern galt es als oberster Grundsatz der Regierung und der herrschenden Parteien: Wir sind für einen Krieg nicht vorbereitet und können nicht kämpfen. Dieser Standpunkt wurde durch den diplomatischen Zusammenbruch Russlands während der bosnischen Krise noch mehr bekräftigt. Inzwischen bereiteten sich aber tiefgehende Wandlungen vor. Die Entente mit England — eine Frucht des englisch-deutschen Gegensatzes — festigte die Stellung Russlands in Asien und gab der russischen Diplomatie die Möglichkeit, die Gegensätze zwischen den westeuropäischen Mächten für eine russierte Erpresserpolitik auszunutzen. In derselben Richtung lag die Potsdamer Uebereinkunft mit Deutschland, welche Persien endgültig an die russischen Eroberer auslieferte. Das Uebereinkommen mit Japan gab Russland wieder freie Hand in Ostasien, wo das zu neuem Leben erwachende China von den beiden Nachbarstaaten in eifriger Umklammerung gehalten wird. Die neuerdings zutage tretende Amerikapolitik Russlands in der Mongolei und in Ostturkestan ist eine direkte Folge des russisch-japanischen Komplotts gegen China. Die russische auswärtige Politik kann im allgemeinen dahin charakterisiert werden, daß ihr Schwerpunkt nach Ostasien und dem Iran verlegt worden ist und immer deutlicher das Gepräge der imperialistischen Raubpolitik annimmt, welche von dem kriegerischen Junkertum und dem nach neuen Märkten und Ausbeutungsgeländen lüsteren Großkapital gefordert wird. Das bewirkt, daß die russische Politik in Europa notwendigerweise einen defensiven Charakter trägt. Einerseits braucht der Zarismus Ruhe an den europäischen Grenzen, weil er sich in militärischer Hinsicht den Weststaaten nicht im geringsten gewachsen fühlt, andererseits fürchtet er die Aufrollung neuer Probleme, wie etwa der Balkanfrage, weil er auch in diplomatischer Beziehung zurückgedrängt werden würde. Wohl ein politischer Schwäger vom Schlage des Abg. Erzberger kann sich erdreisten, die russische Militärmacht als ernstliches Argument für die Notwendigkeit der deutschen Wehrvorlagen heranzuziehen. In Europa betreibt Russland gegenwärtig dieselbe Politik, wie unter Lobanow, Rosjowski und Lambsdorff, die für die Austragung gewaltiger Eroberungspläne in Asien rüsteten. Das hindert freilich nicht, daß die russische Diplomatie neuerdings Versuche macht, die Dardanellenfrage aufzurollen und die von Italien bedrohte Türkei durch gewaltige Truppenansammlungen an der kaukasischen Grenze und durch die Besetzung des Arma-Gebietes ihrem Willen gefügig zu machen. Sie hätte aber nie eine so drohende Haltung einzunehmen gewagt, wenn nicht die deutsche „Freundschaft“ ihr die Wege nach Anatolien ebnet hätte.

Alle diese Momente traten in der Rede, die Sazonow mit spezieller Einwilligung des Zaren in der Duma hielt, deutlich hervor. Er pries in gleicher Weise die Milliardenliefernde „Freundschaft“ mit Frankreich und das Abkommen mit England wie die Potsdamer Abmachungen mit Deutschland, die der Politik des Raubopportunismus, die der Zarismus betreibt, die Krone aufgesetzt haben. Von Interesse ist hierbei, daß er die für Russland vorteilhaften Seiten dieses Abkommens besonders hervorhob und so der deutschen Diplomatie den Dank für ihre Zutreiberdienste in Persien in recht eigenartiger Form übermittelte. Von besonderer Wichtigkeit ist der Passus seiner Rede, der die vorderasiatische und die mongolische Politik Russlands behandelt. Auch abgesehen von der alten panslawistischen Note, die die Türkei müsse die Bedürfnisse der „christlichen Bevölkerung“ sichern, enthält die Rede des russischen Ministers eine ziemlich deutliche Drohung gegen die Türkei. Die russische Diplomatie will sich die Dardanellenperre nicht länger gefallen lassen und drängt, gestützt auf die Truppenansammlungen an der kaukasischen Grenze und im Urmiagebiet, auf die schon mehrfach angetragene „Vermittlung“ im türkisch-italienischen Kriege. Die Bemerkung Sazonows, der Krieg werde „keinen allgemeinen Konflikt“ hervorrufen, läßt bei der ganzen Sachlage annehmen, daß die russische Diplomatie auch vor stärkeren Pressionsmitteln auf die Türkei nicht zurückschrecken wird. Ueber die immer bestimmter auftretenden Nachrichten von einer geheimen Abmachung zwischen Russland und Italien schweigt sich der russische Minister gänzlich aus, obgleich diese Frage gegenwärtig das größte Interesse beansprucht.

Ueber die Lage in Persien äußerte sich Herr Sazonow recht befriedigt. Nach den jüngsten Erfolgen der russischen Eroberungspolitik und der Zertrümmerung aller persischen Reformansätze durch Russland und England sieht der russische Minister „keine außerordentlichen Verwickelungen“ bevor. Wie sollte er auch? Die russische Feste ist vorläufig gesättigt und lauert auf die nächste Gelegenheit, um ihre Macht in Persien noch mehr zu befestigen.

Von großer Wichtigkeit sind endlich die Erklärungen des Ministers über die Mongolei. Im Widerspruch zu seinen bisherigen Communiqués über die mongolische Frage, erkennt

er in seiner Rede klipp und klar an, daß die russische Diplomatie aus dem bisherigen Vasallenstaate Chinas einen ihrem Einfluß unterworfenen Pufferstaat machen und die Angliederung der Mongolei an die chinesische Republik nicht zulassen will. Ohne jeden rechtlichen Anspruch erhebt er die Forderung, daß die mongolisch-chinesische Streitfrage „unter Teilnahme Russlands“, d. h. nach russischem Diktat geschlichtet werde. So verrät die ganze „Friedensrede“ des russischen Ministers des Auswärtigen nur die Absicht, den Völkern im nahen und fernem Osten die verstärkten Raubgelüste der zarischen Diplomatie spüren zu lassen.

Der Krieg.

Die Regelung der Durchfahrt durch die Dardanellen.

Konstantinopel, 2. Mai. Die Wofte hat in einem Communiqué den Schiffsmaklern die Wiederöffnung der Dardanellen angezeigt. Sie hat hinzugefügt, daß die notwendigen Arbeiten zur Defnung der Meerenge in Angriff genommen würden, und daß die Entfernung der Minen in frühestens vier Tagen möglich sein werde. Dann werde eine weitere Benachrichtigung die endgültige Defnung bekannt geben. Um Unklarheiten vorzubeugen, die aus der Ansammlung der Schiffe, die die Durchfahrt erwarten, sich ergeben könnten, hat die Kammer für die auswärtige Schifffahrt der Hafenpräfektur eine Denkschrift zugestellt, die eine Reihe von Wünschen enthält, namentlich über die Reihenfolge der Durchfahrt nach dem Datum der Ankunft. Postdampfer sollen den Vorrang genießen.

Besin, 3. Mai. Die türkische Regierung hat angeordnet, daß die im Hafen von Konstantinopel befindlichen Schiffe sich bis auf weiteres des Gebrauches der drahtlosen Telegraphie zu enthalten haben.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 3. Mai. Die „Agenzia Stefani“ meldet vom 2. Mai aus Rom: Morgens gegen 5 Uhr griff General Reissol, Kommandant der Truppen vor Homs, das stark vom Feind besetzte Lebba an, das sich nach heftigem Kampf bald nach 6 Uhr in den Händen der Italiener befand. Der Feind floh, nachdem ihm beträchtliche Verluste beigebracht worden waren, die auf mindestens 300 Tote geschätzt werden. Um diese Zeit ging Major di Giorgio aus Margheb vor und griff den Feind, der offenbar in Begriff war, Lebba zu verlassen, an. Es gelang, ihn in ein Gefecht zu verwickeln und festzuhalten. Die italienischen Verluste betragen: Ein Offizier tot, drei verwundet, sieben Soldaten tot und 54 verwundet. Die Stellungen um Lebba wurden sofort in Verteidigungsstand gesetzt.

Konstantinopel, 2. Mai. Mehrere italienische Kriegsschiffe haben den Stapelplatz Adria Ahmed in der Nähe von Misrata in Tripolis beschossen und die Positionen sowie einige Barken beschädigt. Die Kriegsschiffe entfernten sich sodann nach der Syrte zu.

Das englische Oberhaus über die Dardanellenfrage.

London, 2. Mai. Oberhaus. Der konservative Revisor und der liberale Kumburnholme lenkten die Aufmerksamkeit auf die Schließung der Dardanellen. Revisor erklärte: Als Italien den Kriegsschauplatz von Tripolis auf die türkischen Gewässer ausdehnte, wäre es das nächstliegende gewesen, die albanische Küste anzugreifen. Trotzdem hat Italien dies nicht getan, weil die österreichische Regierung, es vor dem Adriatischen Meer und dem Golf von Solunoi gewarnt hatte. Kumburnholme forderte die Regierung auf, sich von Italien die Zustimmung geben zu lassen, daß der Operationskreis eingeschränkt werden solle.

Der Lordpräsident des Geheimen Rats Viscount Morley sagte in seiner Erwiderung: Die englische Regierung ist ständig in Verbindung mit der Türkei und Italien gewesen, und die Türkei hat, wie bereits bekannt, beschlossen, die Dardanellen wieder zu öffnen. Lord Revisor behauptete, Italien habe Oesterreich eine Zustimmung gegeben, und fragte, warum wir uns nicht an Italien gewandt und eine ähnliche Zustimmung von ihm verlangt hätten. Das wäre keine verständige Forderung. Wie könnte eine neutrale Regierung den Kriegführenden sagen, wie sie den Krieg führen sollen. Lord Revisor unterbrach hier und sagte: Das ist es gerade, was die österreichische Regierung getan hat. Morley fuhr fort: Revisor nimmt nur an, daß Oesterreich es getan hat. Nichts würde weniger angebracht sein, als anzunehmen, die österreichisch-ungarische Regierung habe diesen oder jenen Schritt getan, und die englische Regierung dafür zu tadeln, daß sie nicht denselben Schritt unternommen habe. Wenn der Briefwechsel veröffentlicht werden würde, so würde das Land sehen, daß die englische Regierung mit Sorgfalt und Festigkeit ihre Pflichten als neutrale Macht den Kriegführenden gegenüber vollständig erfüllt hat. Die türkische Regierung hatte zweifellos das Recht, alle legitimen Mittel zu ihrer eigenen Sicherheit zu ergreifen. Die Türkei war aber verpflichtet, die Meerengen für den neutralen Handel offen zu halten, außer wenn eine dringende Notwendigkeit vorlag, sie im Interesse der Sicherheit der Türkei zu schließen. Diese für die Türkei bestehende Notwendigkeit legt ihr aber andererseits die Verpflichtung auf, dieses Prinzip im Falle des Krieges mit anderen Mächten nicht zu überspannen.

Morley schloß: Es wäre ein großer Irrtum, wenn wir hinsichtlich der Türkei die gewaltigen mohammedanischen Interessen außer acht ließen, mit denen wir es zu tun haben. Hinsichtlich Italiens wäre es andererseits ein ungeheurer, ja sogar beklagenswerter Irrtum, unsere lange traditionelle Freundschaft mit Italien zu vergessen, und noch mehr, wenn wir unser Interesse an seiner Lage und den Beziehungen als Mittelmeer-macht in einer leicht denkbaren Zukunft vergessen sollten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Mai 1912.

Abgeordnetenhaus.

Außerlich machte das Abgeordnetenhaus am Freitag den Eindruck eines sogenannten großen Tages. Was selten vorkommt, die Vertreter des preussischen Volkes hatten sich in beiläufiger Zahl eingefunden, als gälte es einer Haupt- und Staatsaktion. Und doch war es nur die welterschütternde Frage, ob Bohwinkel in Elberfeld eingemeindet werden solle oder nicht, die die Abgeordneten so zahlreich herbeigelockt hatte, darunter auch solche, die sich so selten machen, daß sogar die Diener sie nicht kennen. Nach der Fülle des dem Landtage zugegangenen Materials zu urteilen, scheinen die Gemüter der braven Bohwinkler aus heftigster Erregung, die Bürgerchaft scheint in zwei feindliche Lager geteilt zu sein, in Freunde und Gegner der Eingemeindung, die hier gegenseitig heftig befehlen. Nun können die Bohwinkler sich freuen, das Abgeordnetenhaus hat die Eingemeindung abgelehnt, der Frieden ist wieder hergestellt, die Freunde der Eingemeindung dürfen die Gegner wieder auf der Straße grüßen und am Stammtisch mit ihnen zusammenhängen. Allerdings ist der Frieden teuer erkauft worden, die reaktionäre südwestdeutsche Mehrheit des Junkerparlaments hat wieder einmal ihrem Haß gegen die Entwidlung der Großstädte Ausdruck verliehen. Ihr Wortführer war an erster Stelle der frühere Re-

gierungspräsident von Hannover, der konservative Abgeordnete v. Brandenstein, der bei dieser Gelegenheit — auf eine eigenlangjährige Prognostik gestützt — recht interessante Enthüllungen über die Art machte, wie die Staatsbehörden in Preußen mit den Selbstverwaltungsbehörden umspringen.

Im übrigen erledigte das Haus ohne wesentliche Debatte in erster Lesung die Gesekentwürfe betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und Beamten, betr. die Umlegung von Grundstücken in Wiesbaden und betr. die Polizeiverwaltung im Regierungsbezirk Oppeln. In zweiter Lesung gelangte das Ausführungsgesetz zur Maß- und Gewichtsordnung zur Annahme.

Am Sonnabend beginnt die dritte Beratung des Etats.

Um den Nachfolger Koerens

Ist im Wahlkreis Saarburg-Merzig-Saarlouis ein heftiger Kampf entbrannt. Die in diesem Kreise wohnenden Berg- und Hüttenarbeiter wenden sich gegen den von der Zentrumsleitung vorgeschlagenen bürgerlichen Kandidaten; sie wollen absolut den Bergmann und Landtagsabgeordneten Sauer mann aufgestellt wissen.

Eine in Froulaunern stattgehabte Versammlung von Arbeiterdelegierten aus 40 Ortschaften des Wahlkreises, die von dem Sicherheitsmann Peter Kessel aus Hülzweiler geleitet wurde, sprach sich für die Kandidatur Sauermanns aus. Eine dahingehende Resolution wurde gefaßt, in der außerdem der Wunsch ausgesprochen wird, daß in allen Orten zuerst örtliche Parteiverfassungen stattfinden, in welchen die Delegierten öffentlich gewählt werden, und „daß der alte Rodus, Delegierte zu ernennen, endlich beseitigt wird“. Ferner wird in der Resolution gewünscht, der Delegiertentag möge erst stattfinden nach erfolgter öffentlicher Wahl der Delegierten, und zwar an einem Sonntag, um der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geben, an dem Delegiertentag teilzunehmen.

Auf der Konferenz sprach der christliche Gewerkschaftssekretär Kahl, der betonte, daß die große Zahl der Arbeiter in diesem Wahlkreise eine Arbeiterkandidatur verlange und sich nicht mit einer anderen, nur arbeiterfreundlichen Kandidatur beschwichtigen lassen wolle.

Diese anscheinend entschiedene Sprache hat die saarabische Zentrumspresse aufgeschreckt. Der Nachfolger Koerens im bombensicheren Zentrumswahlkreis ein Arbeiter! Das geht entschieden zu weit. Und so holt die „Saarbrücker Volkszeitung“ am 27. April gegen Kahl aus:

„Wohin sollen wir denn kommen, wenn alle anderen Stände eine gleiche Sprache führen würden. Unsere Arbeiter haben bisher stets meisterhafte Parteidisziplin gewahrt, und sie werden es sicher ebenso bedauern, daß ein Mann, wie Herr Kahl, von dem man in seiner Stellung ein besonderes Maß von Besonnenheit und Parteitreu erwarten muß, sich zu einer derartigen Äußerung verfehlt. Zu seinen Gunsten wollen wir annehmen, daß er sich nur im Ausdruck vergriffen hat oder daß der Bericht seine Ausführungen falsch wiedergegeben hat. Aber im Interesse der Parteidisziplin haben wir geglaubt, derartiges nicht ungedruckt durchgehen lassen zu dürfen.“

Es handelt sich bei dem Zentrumsblatt nicht allein darum, daß wegen „Disziplinbruch“ in die Schranken zu weisen, sondern der Zweck der Notiz ist zunächst, eine Arbeiterkandidatur zu hintertreiben. Im Saarbrücker und Ottweiler Kreise waren Arbeiterkandidaturen angebracht, weil alles auf des Messers Schneide stand und die Arbeiter allein ausschlaggebend waren. Im Koerenschen Wahlkreise hingegen ist der Zentrumsstempel garantiert. Warum also eine Arbeiterkandidatur! Und wir werden sehen, Kahl und Genossen werden sich noch „überzeugen“ lassen, daß für einen solchen Kreis Arbeiterkandidaturen nicht passen.

Aber nicht allein darum handelt es sich. Im Saarburg-Merzig-Saarlouiser Kreise wird bei Aufstellung des Kandidaten auch dessen Richtung und Anschauung eine Rolle spielen. Koerens ist zwar der sogenannten Kölner Richtung unterlegen, aber er hat zahllose Anhänger im Kreise. Hingru kommt der Einfluß des bischöflichen Stuhles in Trier, der den „Kölner“ nicht genogen ist. Also geht der Kampf nicht allein um die Frage, ob Arbeiter- oder bürgerliche Kandidatur, sondern der Streit dreht sich auch um die Richtungen in der Zentrumsparlei. Die Badener, die Koerens! Man kann deshalb gespannt sein, ob in diesem Streit um die Kandidatur die Koerens-Ritter-Gruppe oder die Köln-Rüden-Gladbacher Richtung den Sieg davontragen wird.

Baden 1897 und Spahn 1912.

Der Sündenfall des Zentrums auf dem Gebiete des Militarismus geschah mit dem Jahre 1898, als es die damalige Flottenvorlage bewilligte. Bis dahin hatte es sich den Militär- und Marineforderungen gegenüber durchweg ablehnend verhalten, wenn sich auch schon 1887 und mehr noch 1893 die Zeichen künftiger Sinnesänderung bemerkbar machten. Heute bewilligt das Zentrum für Heer und Flotte alles, was die Regierung haben will, und es spart sich sogar die Mühe, eine kleine Weile scheinbar zu opponieren oder einen geringen Teil abzustreichen, wie es das früher tat, um seinen Wählern gegenüber sich als die Partei der unentwegten Wachsamkeit und Sparsamkeit ausweisen zu können. Herr Spahn hat am 22. April in seiner Rede über die neuen Forderungen für Heer und Flotte die Regierung wissen lassen, daß sie vom Zentrum keinen Widerstand gegen die weitere Küftung zu Wasser und zu Lande in dem von oben gewünschten Umfange und Tempo zu fürchten brauchte. Es ist bei dieser Gelegenheit von unserer Seite mit genügendem Nachdruck hingewiesen worden auf die Haltung, die das Zentrum in früheren Zeiten gegenüber den Heeresforderungen eingenommen hat. Es lohnt sich, bezüglich der Flotte einer Rede zu gedenken, die einer der Zentrumsführer vor fünfzehn Jahren gehalten hat und die so recht geeignet ist, den Bewinungswandel der Merkmalen auf diesem Gebiete erkennen zu lassen.

Im Herbst 1897 machte das Zentrum im Lande seine Wähler mobil, um sich für die nächstjährige Wahl in empfehlende Erinnerung zu bringen. Im September des genannten Jahres trat der Abgeordnete Karl Wacker vor seine Arnsberger Wähler und redete dabei — wie es im Bericht der Zentrumspresse hieß — über die „im Vordergrunde stehende Marinefrage“. Herr Wacker stellte die Frage: Wofür ist denn eigentlich die Flotte da? Zur Küstenverteidigung? Nein! Zur Sicherung Deutschlands im Herzen Europas? Nein! Zum Schutz und zur Förderung des Handels? Nein! Und dann weiter:

Wozu soll denn nun eine Flotte ersten Ranges nötig sein? Man sagt: um Weltpolitik zu treiben! Ja, was ist denn das? Darunter versteht man vielleicht eine Art Abenteuerpolitik, die überall die Hand im Spiele haben will, ohne selbst zu wissen, was sie eigentlich soll. Wir wollen eine Flotte, die innerhalb der naturgemäß gezogenen Grenzen der Grundzüge von Recht und Billigkeit überall zur Geltung bringen kann. Das unsere bestehende Flotte das vermag, das hat sich in der Orientpolitik glänzend erwiesen. Deutschland hat darin anerkannte moralische und tatsächliche Erfolge errungen. Mehr wünschen wir auch auf die Dauer nicht, und damit die gesunde Entwicklung unserer Marine nicht ins Ungeheure umschlage, dafür wollen wir mit aller Kraft sorgen.

Herr Wacker wies auf die Notwendigkeit besonderer Vorsicht gegenüber der Marine mit umso größerem Nachdruck hin, als auch

die Ausgaben für das Heer in ständigem Wachstum begriffen seien, und er kam bezüglich der finanziellen Seite zu dem Schluss:

Die Lasten sind wahrlich schon hoch genug gespannt, namentlich die indirekten Steuern, die ohne äußerste Not nicht weiter erhöht werden dürfen. Es müßten also eventuell direkte Steuern sein. Denn da bezahlen doch wenigstens die wohlhabenden Klassen, die sich um die Marine ereifern, etwas mehr als der kleine Mann, dem es gar nicht einfällt, für die Marine in Feuer und Flamme zu geraten.

Zum Schluß bellagte Herr Bacher das Ueberhandnehmen materialistischer Gesinnung im öffentlichen Leben; dieser immerwährenden Kampf um das nackte materielle Interesse schliche die Verschwendung aus und dränge das Streben um die Förderung idealer Dinge zurück: „Wer wird schließlich noch von bürgerlicher Freiheit reden, da man doch zur Vertretung materieller Interessen mit einem Minimum von Volkssfreiheit auskommt!“

So Herr Bacher im Jahre 1897. Damit vergleiche man die Rede, wodurch Herr Spahn am 22. April 1912 den Heeres- und Flottenforderungen seinen Segen gab — und man wird den Gesinnungswandel des Zentrums in seinem ganzen Umfange zu erkennen wissen.

Wieder Hunderte Millionen für die Zwangsgermanisierung!

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist am Freitag ein Gesetzentwurf zur Befestigung des Deutschtums in einigen Landeskreisen, das sogenannte Befestigungsgesetz, zugegangen. Es sollen 100 Millionen Mark dafür aufgewendet werden, in den national gefährdeten Teilen der Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Schleswig-Holstein Grundbesitz zu erwerben, der nur an Deutsche abgegeben werden soll und der durch ein Wiederkaufrecht des Staates im Falle des Besitzwechsels deutsch erhalten werden soll. Außerdem soll diese große Summe den Staat in die Lage setzen, sich an gemeinnützigen Gesellschaften zur Belebung deutscher Renten- und Staatsanleihen zu beteiligen. Durch königliche Verordnung sollen jene Gebiete der genannten Provinzen bezeichnet werden, die national gefährdet sind. — In der Veranlassung dieser Vorlage wird auf das stete Vordringen des Polentums, ferner auf die wachsenden Absonderungsbestrebungen der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien und der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig hingewiesen.

Also das Presto der preussischen Polen- und Dänenpolitik soll wieder vom Volk mit neuen Lasten bezahlt werden.

Nationalflugspende und Heimarbeiterspende.

Es reiht sich schon zusammen, das Heimarbeiterspende und die Flugspende des Luftmilitarismus, sie wachsen beide auf einem Boden. Das zweifelhafte Verdienst, beide noch näher zusammen in Verbindung gebracht zu haben, gebührt der Leitung einer Zentrums-Gewerkschaft.

In den Wochenschriften, die an die bürgerliche Presse versandt werden, erschien gestern folgende Notiz:

„Dem Grafen Potjomow ist für die Nationalflugspende von einem Hrn. Behm aus Berlin im Auftrage der organisierten deutschen Heimarbeiterspende eine Spende im Betrage von 100 Mark mit folgendem Begleitwort zugegangen:

Auch arme Frauen denken dran, Deutschland auch in der Luft voran.“

Ja, wer ist denn dies Fräulein Behm, und wer sind „die organisierten deutschen Heimarbeiterspende“? Fräulein Behm ist die Mitbegründerin und jetzige Leiterin des seit zehn Jahren bestehenden christlichen Gewerkschaftsvereins deutscher Heimarbeiterspende, einer dem christlichen Zentralverbande angeschlossenen Organisation!

Die in dem Gewerkschaftsvereine organisierten circa 6200 Heimarbeiterspende sollen demnach 100 M. für die Nationalflugspende gestiftet haben. Die Organisation des Glends, so wurde sie vom christlichen Zentralblatt vor einiger Zeit einmal genannt, hat also ihre Stundenlospennige zusammengepackt und -gehüngert, um 100 M. in die Kasse zu bekommen, es sind vielleicht tausend Stunden Heimarbeiterspenden. Und jetzt kommt der christliche Vorstand, der überdies bedenklich im rein katholischen Hochwasser gondelt, und wirft dies Geld, diese Blutgroschen zum Fenster hinaus für die Nationalflugspende!

Dabei wäre es ein Verbrechen, anzunehmen zu wollen, daß der Verband reichlich mit Geldmitteln gesegnet sei. Wo soll bei Heimarbeiterspenden auch Geld herkommen?

Der Militäraropfen, der mit diesen hundert Mark von Hungerpennungen gebaut wird, verdient die Zuschuß:

Wir geben die Hungerpennungen der Heimarbeiterspende, damit noch mehr Glend auf Erden angerichtet werden kann. Gelobt sei Gott in der Höhe!

Der christliche Verbandsvorstand.

Endlich ein wirksames Mittel gegen die Maul- und Klauenseuche.

Nach dem statistischen Jahrbuch des Königreichs Bayern wurden im letzten Jahre in Bayern von der Maul- und Klauenseuche befallen 867 751 Rinder, 70 709 Schafe, 8927 Flegeln und 218 188 Schweine. Im Deutschen Reich beträgt die Schäden, den diese Seuche in einem der letzten Jahre anrichtet, ungezählte Millionen. Der Zentrumsabgeordnete Weyinger aus Niederbayern erklärte im Deutschen Reichstage in der Sitzung vom 16. März, daß dem ein Mittel gegen die Maul- und Klauenseuche findet, oder dem, der den Seuchenerreger entdeckt, eine Nationalspende gebührt.

Kun ist dieser Vorschlag gegen die Maul- und Klauenseuche gefunden und zwar ist dies kein geringerer als der heilige Sebastian. Selbstverständlich ist das Wort, das diese für die Landwirtschaft so wichtige Entdeckung machte, ein Zentrumsblatt, und zwar eines aus der schwarzen Oberschicht, nämlich die „Amberger Volkszeitung“. Dieses Zentrumsorgan teil in seiner Nummer vom 25. April mit, daß fromme christliche Arbeiter der Gewerkschaft Amberg zum 200-jährigen Jubiläum des Wiederaufbaues der Sebastiankirche ein bemaltes Kirchenfenster gestiftet haben. Es heißt in diesem Artikel unter anderem: „In der Mitte des Jesusbildes mit Hammer und Kreuz, links Maria mit Kinde und rechts St. Joseph, sein Zimmermannswerkzeug auf dem Hüften, gerade im Begriff, zur Arbeitstätte zu gehen; die hl. Familie, die hl. Arbeiterfamilie, ein herrliches Vorbild für alle Arbeiter. Ohne diesen Entschluß der Gewerkschaftsleiter wäre das Jubeljahr dieses Kirchenbaus lang und langlos dahingegangen. Wie beim Bau des Kirchenbaus zur Eile und zu wertvoller Mitwirkung immer angepornt wurde durch den Hinweis auf die in den angrenzenden Ländern herrschende Pest, so hätte gerade voriges Jahr die weit verbreitete Maul- und Klauenseuche einen besonderen Anlaß geboten, mit vereinten Bitten dem heiligen Sebastian, dem Beschützer und erprobten Patron gegen Seuchengefahr, zu sagen.“

Die vom Zentrumsabgeordneten Weyinger aus Niederbayern angeregte Nationalspende kann falls sie bewilligt wird, dem heiligen Sebastian natürlich nicht persönlich überreicht werden, somit bleibt nichts anderes übrig, als wie diese Spende dem so intensiv für die

Landwirtschaft und für die Maul- und Klauenseuchenbekämpfung wirkenden Amberger Zentrumsblatte zu übermitteln. Die Herren Professoren brauchen sich in Zukunft wegen eines Mittels gegen die Maul- und Klauenseuche also nicht mehr die Köpfe zerbrechen. Sie können die Sorge um die Gesundheit der deutschen Rindvieher ruhig dem heiligen Sebastian überlassen.

Soldatenfreunden.

Auf neun Monate ins Gefängnis wandern muß ein Kanonier von der 8. Batterie des Feldartillerieregiments Nr. 37 in Jüterburg. Eines Morgens befand sich der Angeklagte mit anderen Kameraden zum Händelschneiden bestimmt. Die vier traten auch vor. Der Angeklagte kam erst aus dem Glib, als sein Name zum zweiten Male aufgerufen wurde, und mit den Worten: „Was ist denn los?“ begab er sich langsam und „in nachlässiger Haltung“ zu den anderen Soldaten. Das erregte den Zorn des Unteroffiziers. Er befohl dem Soldaten zur Strafe nochmals ins Glib zurückzutreten und den Gang zum zweiten Male in völlig korrekter Haltung zu machen. Der Angeklagte tat das aber nicht, worauf ihm der Unteroffizier sagte, daß das „eine schwere Unzufriedenheit vor versammelter Mannschaft“ sei. Der Soldat erwiderte, daß er keine Angst habe. Einige Tage später war er nicht zum Frühappell erschienen. Der Unteroffizier fand ihn in der Stube beim Bettmachen. Der Angeklagte erklärte, der eine Sergeant hätte ihm den Befehl dazu gegeben. Der Unteroffizier forderte ihn darauf auf, zum Schneeschneiden auf den Hof zu gehen. Der Soldat sagte, er werde zuerst sein Bett machen und Kaffee trinken. Später ist er dann auf den Hof gegangen. Er wurde aber sofort verhaftet und vom Kriegsgericht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Daneben wurde auf die Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt. Der Mann legte zwar Berufung beim Oberkriegsgericht in Königsberg ein, doch das erlachte auf Verweisung der Berufung.

Der Massenstreik in Rußland.

Bedeutungsvolle Nachrichten kommen aus Rußland. In dem Lande der unbegrenzten Polizeigewalt, dessen Herrscher sich nicht genug tun können an der trachen Bergegoaltung und der Verhöhnung des arbeitenden Volkes, stehen plötzlich in vielen Städten die Räder still, und die Arbeiterklasse demonstriert energisch gegen das unerträgliche Joch des konterrevolutionären Regimes. In Petersburg allein streiken über 100 000 Arbeiter; in und neben den Fabriken finden improvisierte Meetings der Arbeiter statt; nach der gewaltigen Manifestation, die am letzten Sonntag auf dem Newskyprospekt stattfand, kommt es fast täglich zu neuen machtvollen Kundgebungen der Arbeiter und der Studenten. Von der Hauptstadt breitet sich die Bewegung nach allen Richtungen aus. In allen Fabrikzentren des Reiches tritt die Arbeiterklasse für einen oder mehrere Tage in den Ausstand; die Bewegung geht auch auf die kleineren Städte über, da kommt es auch in der Provinz zu öffentlichen Kundgebungen. Die Polizei mobilisiert alle ihre Kräfte, und wo sich nur die geringste Gelegenheit bietet, reitet sie eine Attacke gegen die friedlich demonstrierende Menge.

Die bürgerliche Presse sieht diesen Ereignissen rat- und verständnislos gegenüber. Sie, die immer nur die äußere Form der Erscheinungen sieht, phantasiert plötzlich von neuen „Verschwörungen“ der Revolutionäre, von der „Verhehung“ der Arbeitermassen und sonstiges mehr. Das spontane ausbrechende Protestgefühl einer unterdrückten und brutalisierten Klasse, das machtvolle Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, das in allen Enden des Riesereiches in den Herzen der Proletarier aufflammt, ist der bürgerlichen Welt ein ebensolches Rätsel, wie das plötzliche Auftauchen der für besiegte erklärten Arbeiterklasse im Vordergrund des politischen Lebens in Rußland. Sie fürchtet diesen ungeborenen Eindringling, der alle Berechnungen der reaktionären und liberalen Politiker über den Saufen wirft, und sucht, soweit sie nicht mit den Polizisten und Kosaken gemeinsame Sache macht und die Schandtatzen derselben beschönigt, der Arbeiterklasse gütlich zuzureden, sie möge, um ihrer eigenen Sache nicht zu „schaden“, die „Politik“ aus dem Spiele lassen und die Ordnung ihrer Angelegenheit den entsprechenden Instanzen zu überlassen.

Die russische Arbeiterklasse zeigt indessen einen richtigeren Instinkt als die liberalen Ratgeber, denen jede Selbsttätigkeit der Massen ein Grauel ist, bei ihr voraussehen. Langsam und unablässig hat sie in den Jahren der finsternen Reaktion an der Sammlung ihrer Kräfte gearbeitet; sie hat namentlich in den letzten 1 1/2 Jahren dank der sozialdemokratischen Agitation immer regeren Anteil an dem politischen Leben genommen und, gestützt auf die günstigere Wirtschaftskonjunktur, mittels ökonomischer Streiks eine ganze Reihe von Siegen über die Unternehmer errungen. Nun hat das Blutbad in den Penagoldbergwerken, die verbrecherische Zusammenarbeit von Regierung und Kapital, den lange zurückgehaltenen Groll der Massen zum Durchbruch gebracht. Sie sehen in dem sibirischen Arbeitermassaker mit Recht die Krönung der fünfjährigen Reaktionsarbeit der Regierung und der dritten Duma, und indem sie gegen den infamen Massenmord der Grubenmagnaten und Polizeiprovokateure an den wehrlosen, friedlichen Arbeitern demonstrieren, protestieren sie offensichtlich gegen das politische System, das, auf Staatsstreichen aufgebaut, nur durch Blut und Verbrechen zusammengehalten wird.

Die Regierung sorgt nun eifrig dafür, daß diese Bewegung an Umfang und Tiefe zunimmt. Die Worte des Ministers Makarow: „Es war so, es wird immer so bleiben!“ wirkten auf die Massen wie ein Schlag ins Gesicht. Mit Recht konnte unser Genosse Kusnezow dem Minister entgegen, seine Rede brauche nur im Wortlaut verbreitet zu werden, um wie das aufreizendste Flugblatt zu wirken. Die Protestbewegung in Petersburg hat denn auch erst nach dieser herausfordernden Rede eingeseht. Die Maßregeln, die die Regierung ergreift, tun noch ein übriges, um die Situation zu verschärfen. Die Abhaltung einer Seelenmesse für die hingemordeten Arbeiter in den Penabergwerken wurde verhindert, obgleich eben erst, in Anwesenheit zahlreicher Würdenträger, eine Trauerfeier für die Opfer der „Titanic“-Katastrophe stattgefunden hatte. Die Prozession der Arbeiter und Studenten, die „Ewiges Gedenden“ singend, barhäuptig den Newski hinunterzschritt, wurde von den heransprengenden Kosaken zerstreut und zurückgeworfen. Dieselben Brutalitäten, noch in schärferer Form, wiederholten sich am folgenden Tage, als Tausende von Arbeitern den Newskyprospekt entlang zum Nikolaiabahnhof zogen. Die Kosaken und Gendarmen zogen blank und hieben auf die wehrlose Menge ein. Damit nicht genug, unternahm die Polizei einen Feldzug gegen alle politischen „verdächtigen“ und mißliebigen Personen, die zu Hunderten eingeleitet wurden. Infolge dieser Maßnahmen stieg die Zahl der Streikenden in Petersburg

von 15 000 am 29. April auf 50 000 und hiernach auf 100 000. Die Arbeiter erklärten, sie würden nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen, bis ihre verhafteten Kameraden freigelassen seien und die entsetzliche Willkür der Regierung aufhöre. Es steht zu befürchten, daß die Regierung auch in Petersburg einen Zusammenstoß provozieren wird, um dem Blutbad an der Pena ein noch größeres an der Rewa folgen zu lassen. Von der Besonnenheit und Disziplin des Petersburger Proletariats hängt es ab, diese Pläne der Reaktiven zuschanden zu machen.

Oesterreich.

Die Wiener Wahlen.

Wien, 2. Mai. In den heutigen Ergänzungswahlen des ersten Wahlkörpers für den Gemeinderat wurden in den Bezirken Landstraße, Margarethen, Favoriten und Ottakring die christlich-sozialen Kandidaten gewählt. Im Bezirke Neubau ist eine engere Wahl zwischen dem christlich-sozialen und dem deutsch-freiwirtschaftlichen Kandidaten notwendig.

England.

Aufstand in Afghanistan.

London, 3. Mai. Die „Times“ meldet aus Bombay vom 2. Mai: Nach zuverlässigen Nachrichten von der afghanischen Grenze ist die Rebellion in Khost ernst zu nehmen. Der Gouverneur von Khost, der wegen seiner antibrissischen Tätigkeit an der Grenze die Unterstufung Kader Ullah genießt, ist seit vier Wochen von den meuternden Mangals im Fort Ratum eingeschlossen. Die Mangals zählen angeblich 10—12 000 wohlbewaffnete Krieger. Die afghanische Regierung geht nur ängstlich und zögernd vor. Die Strafexpedition wird durch Mangel an Transportmitteln aufgehalten. Man fürchtet, daß die Rebellen sich auf weitere Stämme ausdehnen werden.

Eine konservative Arbeiterpartei.

London, 1. Mai. (Fig. Ver.) Bei den letzten Parlamentswahlen stellten die Konservativen eine Reihe Arbeiterkandidaten auf. Es waren sämtlich Durchfallskandidaten, denen man Wahlkreise angewiesen hatte, für die man sonst höchstens nur reiche Sportsmänner findet, denen es auf ein paar tausend Pfund Sterling nicht ankommt. Den jämmerlichen Eindruck, den das Wandern damals machte, will man jetzt durch eine neue Methode des Arbeiterfangs beseitigen. Eine konservative Arbeiterpartei, die dem Namen nach von der konservativen Partei unabhängig ist, ist ins Leben gerufen worden. Ihr Programm enthält folgende Punkte: 1. Die direkte und wirksame Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament und in anderen öffentlichen Körperschaften; 2. die Förderung des Zusammenwirkens zwischen Arbeit und Kapital, wie des Systems der Teilhaberschaft (co-partnership) und die Gewinnbeteiligung; 3. Einführung des Schutzsystems und Schaffung des Reichsgesetzvereins; 4. eine reformierte zweite Kammer, die die Macht haben soll, wichtige Fragen durch das Referendum entscheiden zu lassen; 5. Reform der Armengesetzgebung, Bodenreform, Schaffung kleiner Landbesitzer und bessere Arbeiterwohnungen; 6. Unterstützung der rechtmäßigen Tätigkeiten aller Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen und der Hilfskassen, die auf Grundlage des Osborneurteils mit der politischen und religiösen Freiheit ihrer Mitglieder vereinbar sind.

Die Partei, wenn man diese Mißgeburt der konservativen Parteiführer so nennen darf, richtet ihre Tätigkeit in erster Linie gegen den Sozialismus. Sie soll zweihundert Mitglieder in den verschiedensten Städten haben. Wahrscheinlich sind dies die alten gelben Streikbrechervereine, die mit großen Mitgliederzahlen prunken und deren Massen ausschließlich von den großen industriellen Scharfmachern gefüllt werden.

Marokko.

Zur Lage in Fez.

Paris, 3. Mai. Nachrichten aus Fez vom 30. April besagen: Die Lage in Fez und Umgegend ist unverändert. Die allgemeine Entwaffnung ging leicht von statten. Es scheint sicher, daß die scherifische Armee aufgelöst werden wird. Die Ereignisse haben bewiesen, daß die gegenwärtige militärische Organisation geändert werden müßte. Der Sultan wird an die Stämme einen Brief richten ähnlichen Inhalts, wie der vor den Askaris verlesene. Das Wort Protektorat wird darin nicht ausgesprochen werden. Mulan Pasid wünscht noch immer, Fez zu verlassen, obwohl seine Umgebung ihm abrät. Er ist aus seinem Palast in sein Besitztum von Betcha übergesiedelt. Der Gesandte Regnault wird die Ankunft des Generalkonsulenten Bianchi hier abwarten und noch einige Tage mit ihm zusammen bleiben.

Aus der Partei.

Der Parteitag von Reggio Emilia.

Rom, 1. Mai. (Fig. Ver.) In seiner Plenarsitzung hat der Parteivorstand den Parteitag, dessen Einberufung durch die Daltung der Reformen nötig gemacht wurde, auf den 29. und 30. Juni und den 1. und 2. Juli anberaumt. Diejenigen Genossen, die die Vertagung bis zum Herbst gern gesehen hätten, blieben in der Minderheit. Die Tagesordnung ist in der Weise abgefaßt, daß sich die Diskussion über allgemeine Fragen an konkrete Dinge anlehnt und im Anschluß an die Rechenschaftsberichte des Parteivorstandes, der fraktion und des „Avanti“, mit denen der Kongreß beginnt, stattfinden muß. Es folgt dann die Frage des Wahlprogramms und der Wahlakt, die der Änderungen des Organisationsstatuts und die Wahl des Parteivorstandes und des Sekretariats des „Avanti“. Der Parteivorstand hat auch eine Aenderungen in Bezug auf die Delegiertenwahl vorgenommen, die von großer Bedeutung ist. Im Jahre 1908 wurde festgesetzt, daß jede Sektion nur solche Genossen zu dem Parteitag delegieren darf, die in ihrer eigenen Landschaft organisiert sind. Dadurch wollte man beim Sammeln von Mandaten durch die in der Nähe des Kongreßortes wohnenden Genossen vorbeugen und wollte im allgemeinen die Garantien dafür erhöhen, daß die Delegierten im Sinne der wählenden Parteisektion auf dem Kongreß vorgehen. Diese Verschärfung in der Delegiertenwahl ist nun diesmal vom Parteivorstand aufgehoben worden, was zweifellos einen bedeutenden tatsächlichen Vorteil für die Reformisten darstellt, da ja der Parteitag in Reggio Emilia, also in einem Hauptzentrum dieser Richtung, stattfinden wird. Weiter hat übrigens der Parteivorstand eine Reihe von Aenderungen des Organisationsstatuts angenommen. Es handelt sich dabei wohl nur um Annahme von Beschlüssen, die dem Parteitag unterbreitet werden sollen, obwohl der „Avanti“ einfach von Aenderungen des Organisationsstatuts spricht, welche Aenderungen zweifellos der Kompetenz des Parteitages, nicht der des Vorstandes, unterstehen. Unter diesen Aenderungen befindet sich auch ein sehr lobenswerter Vorschlag, der dem Strebertum einen Stiegel vorschreiben soll. Um als Parteikandidat für Kammer oder Stadtverwaltung aufgestellt zu werden, muß man mindestens fünf Jahre bei der Partei organisiert sein. Bestrebend ist, daß auf der Tagesordnung des Parteitages wohl der moralische Rechenschaftsbericht über den „Avanti“, nicht aber der finanzielle vorgelesen ist. Auch dieser dürfte die Partei interessieren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Notkoller.

In der Schraubendreherei Siemens u. Halske, Werner-Berl, haben die Arbeiterinnen die Gespinntheit, sich zum Schutz gegen das von der Maschine abspinnende Del über den Arbeitsmittel Zeitungspapier zu binden. Eine Arbeiterin, welche eifriges Mitglied des gelben Vereins war, verwandte nun in Ermangelung einer anderen Zeitung den „Vorwärts“. Ein im Betriebe herumlungender Obergeher bemerkte diese „Freveltat“ und demüthigte seinen Auftraggeber prompt diesen Vorfall. Die betreffende Arbeiterin wurde kurzerhand entlassen. Zweck dieser Uebung sollte sein, die übrige Arbeiterchaft einzuschüchtern. Das Gegentheil ist allerdings erreicht. Der übrigen „Gelben“ bemächtigte sich eine starke Aufregung und Mißstimmung gegen die gelben Matadore. Sie machten ihrer Empörung in so kraßen Worten Luft, daß wie sie hier nicht wiedergeben können. Offenbar teilen die leitenden Kreise von Siemens und ihre „gelben Helfer“ die Auffassung der Militärbehörden, welche den „Vorwärts“ für zu wertvoll halten, um als Einwickelpapier zu dienen.

Solche Schikane: wie vorliegender Fall, sind in den Siemens-Berlen an der Tagesordnung. Wurden doch Vorwärtsleser von Obergeher und Betriebsbeamten aufgefordert, das Lesen dieser Zeitung aufzugeben, und mit Entlassung bestraft, wenn sie sich dazu nicht verstehen konnten. Die Absicht der gelben Drahtzieher, durch solche Mittel die Arbeiterchaft zum Lesen des mit Schauerromanen ärgster Sorte gefüllten „Bund“ zu veranlassen, verfehlt nicht. Die Arbeiterchaft benutzt das gelbe Organ nur als Klosettpapier, und die Firma Siemens hat das Vergnügen, pro Mitglied 3 Pf. für den „Bund“ zu zahlen.

Die entlassene Arbeiterin ist übrigens durch das Vorkommnis sicher auf immer von der gelben Seuche kuriert.

Zum Streik der Stukkateure.

Der Streik der Stukkateure ist in eine neue Phase eingetreten. Die Unternehmer, bei denen es bedenklich kriecht, haben zu einem vergewaltigten Mittel gegriffen, um die Deffektivität und besonders die Arbeiter des Verus irrezuführen. Sie haben ein Flugblatt verteilt — auch vor dem Eingange des Gewerkschaftshauses —, das von Unwohlheiten strahlt. In der Einleitung heißt es:

Eine große Anzahl von Stukkateuren und Arbeitnehmern aller Verufe im Baugewerbe wendet sich andauernd mit der Anfrage an uns, aus welchem Grunde wir Arbeitgeber uns gegen die Erfüllung der bestehenden paar angebliebenen Wünsche der Gewerkschaft (s. Nr. 15 des Grundstein) sträuben und die halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung, die Lohnerhöhung um 50 Pf. pro Tag nicht zubilligen wollen und somit ein ganzes Gewerbe auf lange Zeit hinaus lahmlegen.

Die Deffektivität und die Wehrheit der Stukkateurgehilfen werden eben von der Streikleitung falsch informiert.

Der Obmann der Arbeitnehmer hat der Schlichtungskommission einen neuen Tarifvertragsentwurf vorgelegt, der nicht nur die beiden bestehenden Wünsche, sondern für 56 Positionen Reueforderungen enthält. Die Behauptung daher, daß die Arbeitnehmer den alten Tarif, jedoch mit einigen unwesentlichen Änderungen, bestehen lassen wollten, bedeutet eine Irreführung und eine Verhüllung der Tatsachen.

Die Arbeitgeber aber hatten bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt die Erklärung von vornherein abgegeben, daß sie gewillt sind, den alten Tarifvertrag unverändert bestehen lassen zu wollen, nachdem aus dem Verhalten der Gehilfen unzweifelhaft hervorgegangen war, daß man jeden, auch den allergeringsten und von vielen Seiten als berechtigt angesehenen Wunsch der Arbeitgeber kategorisch ablehnte.

Nicht das harmloseste Zugeständnis wurde gemacht, vielmehr bestand man unentwegt auf die Anerkennung der 56 Reueforderungen.

Hierzu erklärte Wengels in einer überfüllten Versammlung, die am Freitag im Gewerkschaftshause stattfand: Die Unternehmer haben eben selbst die unvollständigen Dinge im Tarifentwurf als Reueforderungen bezeichnet, warum, ist leicht zu erraten. In Wirklichkeit enthielt der Vertrag, den die Arbeitnehmer unterbreiteten, nur drei Forderungen materieller Natur, unter denen an erster Stelle die Arbeitszeitverlängerung steht.

Ferner hat die erste Sitzung vor dem Einigungsamt nur den Zweck gehabt, erst einmal einen Vertragsboden zu suchen. In der zweiten Verhandlung handelte es sich um die Verlängerung der Arbeitszeit. Hier aber setzten die Unternehmervertreter ein glattes „Niemaß“ entgegen. Darauf machte das Einigungsamt den Vorschlag, den alten Vertrag auf ein Jahr zu verlängern. Das lehnten die Arbeitnehmer einstimmig ab.

Die Unternehmer schreiben in ihrem Flugblatt weiterhin: Die Arbeitgeber waren bereit, für Bau und Werkstatt die Minimallöhne zu erhöhen und diese bis zu 20 Proz. zu steigern. Der Akkordtarif sollte in vollem Umfange bestehen bleiben. An Form und Inhalt des alten Tarifvertrages sollte im übrigen nicht gerührt werden.

Dieser Vertrag sollte auf 4 Jahre verlängert werden. Durch alle diese Zugeständnisse bewiesen die Arbeitgeber, daß sie auf eine Reuegestaltung des Tarifs zu ihren Gunsten für diesmal aus Liebe zum Frieden verzichten wollten.

Unter Verzichtleistung auf alle eigenen Wünsche haben die Arbeitgeber Zugeständnisse gewähren wollen, die ausschließlich der Gewerkschaft zugute kommen.

Die Arbeitnehmer lehnten alles abwegig ab.

Hierzu stimmt nur, daß allerdings „Zugeständnisse“ gemacht wurden, die aber auch danach waren und in Wirklichkeit absolut nicht wesentliches brachten, und auch das nur, wenn der alte Vertrag in seiner früheren Form auf ein Jahr weiter gehen würde. Es zeigt aber die Behauptung, daß die Unternehmer eher eine Lohnzulage geben, als sich auf Arbeitszeitverlängerung einzulassen. Daß sie aus „Liebe zum Frieden“ auf einen weiteren Kampf verzichten wollen, klingt sehr schön; jedenfalls wird es die Liebe zum Geschäft und die Rücksicht auf den Geldbeutel sein, die sie gerne einem Ende des Kampfes entgegensehen läßt.

In dem Flugblatt wird auch behauptet, daß die Arbeitnehmervertreter erklärt hätten, bevor nicht der Achtstundentag eingeführt sei, fingen die Arbeitnehmer nicht mit weiteren Verhandlungen an.

Diese Erklärung ist nicht abgegeben worden; vielmehr steht offenkundig fest, daß die Unternehmer rundweg erklärten, auf eine Arbeitszeitverlängerung nicht einzugehen und somit eine Einigung nicht zu erzielen wäre. Die Arbeiter bekreuzten dagegen nicht, daß die Forderung des Achtstundentages für sie prinzipielle Bedeutung hat und wie jede andere Kulturforderung auch in politischem Boden wurzelt.

Für die Unternehmer aber hat die Forderung des Achtstundentages natürlich auch eine prinzipielle Seite. Die Arbeiter geben ohne weiteres zu, daß diese Forderung für die gesamte Arbeiterchaft das höchste Interesse hat, andererseits die Stukkateure sich zutrauen, den Achtstundentag ohne Sympathiestreik anderer verwandter Gruppen zu erringen.

Für die Unternehmer ist dieser Punkt um so schwerwiegender, als der einzelne von ihnen, selbst wenn er wollte, diese Forderung nicht bewilligen darf, wenn er nicht aus dem Kartell hinausfliegen will.

In dem Flugblatt versuchen aber die Unternehmer auch, einen Keil in die Streitenden zu treiben und Unfrieden zu säen. Davon zeugt folgender Passus:

Die Wehrheit der Stukkateurgehilfen besitzt sicherlich kein Verständnis dafür, daß eine größere Anzahl von hiesigen Arbeitnehmern und hierunter mehrere bekannte Führer und Parteimänner mit Erlaubnis der Streikleitung auf dem Bau Boardinghouse unter Anspannung aller Kräfte bei einem Tagesverdienst

von 15—18 M. pro Mann reguläre Streikarbeit verrichtet, währenddem der größte Teil der Gehilfenchaft mit den paar Streikgroßchen abgefunden wird.“

Es handelt sich hier um eine Breslauer Firma, der es von der Streikleitung gestattet ist, weiterzuarbeiten und außer den vor dem Streik erledigten Arbeiten noch für 50 000 M. Aufträge auszuführen. Hier spricht der Futterneid der anderen Unternehmer mit. Die Stelle aber von den „Führern und Parteimännern“ bezweckt nur, unter den Streikenden eine Hege gegen die Streikleitung zu entfachen; die Versammlung zeigte aber deutlich, daß sie auf den Trid der Herren nicht hineinfließen werde.

Die Behauptung der Unternehmer, es bestähe es in drei Orten des Reiches die achtstündige Arbeitszeit, trifft auch nicht zu und die Organisation wird den Beweis liefern, daß der Achtstundentag schon in einer ganzen Reihe von Orten durchgeführt ist. Daß Erfah für Studarbeiten, wie: Holz, Trockenstud usw., zur Not genommen wird, soll zugegeben werden; damit lassen sich aber die Streikenden auch nicht schrecken, zumal sie wissen, daß die Unternehmer sich dabei selbst ins Fleisch schneiden. Die Herren sagen auch, das Bedürfnis, 8 Stunden zu arbeiten, sei unter den Berliner Stukkateuren nicht in dem Maße vorhanden, daß sich ein langer Streik lohne. Nun, die Streikenden haben in den fünf Wochen des Streiks bewiesen, daß ihnen der Achtstundentag wichtig genug ist. Die Herren schreiben von „Streiksanatilisern“ und von einer „annehmbaren“ Grundlage zu einem Tarif. Was heißt für die Unternehmer annehmbar? Die Streikenden wollen verhandeln, aber sie laufen den Unternehmern nicht nach.

Die Diskussion zeigte, daß die Streitenden mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden sind und die einstimmige Annahme folgender Resolution bestätigte dies auch:

„Die heutige, von allen Streitenden besuchte Versammlung erklärt, entgegen dem Flugblatt der Unternehmer, ihr volles Vertrauen zur Streikleitung und betont, daß entgegen dem Inhalt des Flugblattes, die Stukkateure jederzeit zu Verhandlungen bereit waren und noch sind. Von einer Arbeitszeitverlängerung kann auch trotz des Flugblattes der Unternehmer nicht abgelassen werden.“

Deutscher Holzarbeiterverband. Bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstage durch die Zahlstelle Berlin wurden 7227 gültige Stimmen abgegeben. Gewählt sind Glode, Lehmann, Rigbur, Georg Maier, Gäh, Grunow, Raab, Fritz Otto, Richard Leopold, Thelemann, Felix Leopold, Fendel, Schreiber, Ringner, König, Max Rader, Franz, Michael, Kirck, Rodhoff, Märten, Windmüller, Pader, Neersbach, Palm, Langhammer, Holzgüter, Westphal.

Der Streik der Sattler im Deutschen Offizierverein zieht bereits weitere Kräfte. Da es der Firma nicht gelingen will, „Arbeitswillige“ zu bekommen, so lüdt sie ihre Arbeiten anderweitig unterzubringen. Beispielsweise wurde dem Sattlermeister Karl Tesch, Chausseestraße 130, die Anfertigung eines kostens Vorsezuges und Büßzäume übertragen. Die dort beschäftigten Kollegen verweigerten die Fertigstellung dieser Arbeit. Herr Tesch glaubte aber auf seinen Kopf bestehen zu müssen, weshalb auch dort die Kollegen die Arbeit niederlegten. Beide Betriebe sind für Sattler gesperrt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuliers.

Der Streik des Hilfspersonals bei Kempinski

dauert fort. Die Firma ist bemüht, Arbeitswillige in genügender Zahl herbeizuschaffen. Neben den christlichen Herbergen sind es vor allem die Stellenvermittler, die die Firma hierin unterstützen. Auch der Selbstwehr Verein, Kommandantenstr. 62, bei dem ein lokaler Neulandverein seinen Sitz hat, beteiligt sich an der Lieferung von Arbeitswilligen. Trotzdem reichen die Arbeitskräfte keineswegs aus, weil viele der Ankomenden, sobald sie von der Laifache des Streiks Kenntnis genommen, die Arbeit wieder einstellen. Die Firma sucht sich dadurch zu helfen, daß sie unorganisierte Kellerarbeiter, Arbeitsfrauen usw. beschäftigt. Auch bei diesem Konflikt zeigt es sich von neuem, daß die Unternehmer den Arbeitswilligen in genereller Weise das bewilligen, was sie ihren alten Arbeitskräften ablehnen. Die neugestellten Arbeitskräfte haben sofort 60 M. Lohn (einen solchen hatten die Streikenden gefordert) zugebilligt erhalten, außerdem das Versprechen, daß bald weitere Lohnzulagen erfolgen sollen. Ferner hat das ganze Personal am ersten Tage des Streiks für besondere Leistungen je 3 M. erhalten, also eine Prämie für Arbeitswilligkeit. — Die Streitenden sind guten Muts, sie wissen, daß die von ihnen geleistete Arbeit an den Beschäftigtenmaschinen nicht so leicht von jedermann ausgeübt werden kann.

Deutsches Reich.

Der Streik der Rheinschiffer

gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Die Schleppzüge liegen überall am ganzen Rhein still. Die großen Syndikatsfirmen versuchen ihren Betrieb teilweise dadurch aufrechtzuerhalten, daß sie Kapitäne, Schiffer und erste Maschinisten auf einzelne Fahrzeuge legen. Dies kann aber auf den Streik selbst keinen Einfluß ausüben. Das Wasser fällt ständig, so daß hieraus den Reedern große Kalamitäten entstehen. Mit kleineren Firmen sind schon sechs Tarife abgeschlossen. Der Kampf wird unerbittert gegen die großen Firmen fortgesetzt. Das gesamte Personal ist in die Heimat abgereist. An den Streikorten befinden sich nur soviel Streikende, als zur Bewachung notwendig sind. Die Streitenden rechnen mit einer langen Dauer des Streiks. Streikbrecher sind in der Rheinschiffahrt nicht zu gebrauchen, da sie für die Reeder nur eine Gefahr bilden würden; in der Rheinschiffahrt ist nur geschultes Personal zu gebrauchen.

In Aubroert wurden die Vorstehenden des holländischen Schifferbundes Kerthoff und van Hoff, die hier weilten, um über den Anschluß der holländischen Schiffer an den Rheinschifferstreik zu verhandeln, in der Nacht von der Polizei festgenommen und als lästige Ausländer ausgewiesen.

Der Stand der Lohnbewegung im Hamburger Hafen.

Die Verhandlungen mit den Unternehmern gehen, nachdem der Vertrag für die Schauerleute zwischen dem Hafenbetriebsverein und dem Transportarbeiterverband auch formell festgelegt ist, nur langsam vorwärts. Beendet ist inzwischen nur die Lohnbewegung der Kutsher. Zwischen dem Verband der Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verlehdgewerben und dem Transportarbeiterverband wurden nach langen Beratungen Vereinbarungen getroffen, die nimmere durch beiderseitige Anerkennung als Tarifvertrag in Kraft getreten sind. Es ist dadurch für die Vlodwagen-tutcher die Fortdauer der bisherigen Abmachungen unter Erhöhung des Wochenlohnes um 1 M. für das erste Jahr erzielt worden. Der Ablauf des Vertrages ist für den gleichen Termin vorgesehen, an dem der Tarif für die am Baugewerbe beteiligten Firmen abläuft.

Für die Roll-, Expeditions- und Möbelkutscher gilt der Tarif für zwei Jahre (bis 30. April 1914) und enthält folgende Verbesserungen: Sofortige Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, uneingeschränkte zweieinhalbstündige Pausen, darunter anderthalb Stunden Mittagspausen, während bisher nur zwei Stunden Pausen üblich waren, Erhöhung des Wochenlohnes um je eine Mark für jedes Vertragsjahr, Überhebung der Vartzeit mit geringerem Lohn für Anfänger, von sechs auf drei Monate. Erhöhung des Tagelohnes für Aushilfen bis zu drei Tagen um 50 Pf., bei Aushilfen über drei Tage Zahlung nach dem tariflichen Lohn, Bezahlung der sogenannten neutralen halben Stunde, die am Schluß der regulären Arbeitszeit unentgeltlich gearbeitet werden muß; in allen Fällen, wo sich Ueberstunden über diese Zeit ausdehnen, tritt Erhöhung der Vergütung für Sonn- und Feiertagsarbeit von 75 Pf. pro Stunde auf 1 M. ein. Neu sind die Bestimmungen über die Gewährung von Ferien. Es erhalten künftig alle Arbeiter nach

mindestens einjähriger Tätigkeit im Betriebe drei Arbeitstage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Für die Einführung der Ferienbestimmung gilt der 1. Mai 1912 rückwirkend. Ferien fallen in die Zeit vom 1. Mai bis 30. September. Ferner hat künftig der Kutsher jeden dritten Sonntag gänzlich frei, was bisher nicht der Fall war.

Die bereits bestehende Schlichtungskommission muß künftig drei Tage nach Eingang einer Beschwerde zu einer Sitzung zusammenzutreten. Die jetzt bestehenden, ohne Zustimmung der Gruppe abgeschlossenen Verträge, z. B. mit der Transport-Aktiengesellschaft, müssen bis zum Ablauf des Vertrages mit dem vorgenannten Arbeitgeberverband prolongiert werden. Mit einigen außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden kleineren Firmen wird noch verhandelt.

Für die eigentlichen Hafensbetriebe ist einstweilen nur der Vertrag für die Ewerführer soweit gebieden, daß in der nächsten Woche die Arbeiter zu dem Angebot der Unternehmer Stellung nehmen können. Endlich ist noch in Harburg, wo der Hafenbetriebsverein die Sache der Unternehmer führt, am Donnerstag mit den Verhandlungen begonnen worden; für die Arbeiter nimmt die Gauleitung des Verbandes an den Verhandlungen teil.

Ausland.

Die norwegische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911.

Das Landessekretariat der Gewerkschaften Norwegens hat kürzlich seinen Bericht über das Jahr 1911 herausgegeben. Das Jahr war reicher an Lohnbewegungen als alle vorhergegangenen Jahre. Es haben 201 Lohnbewegungen stattgefunden, an denen zusammen 50 100 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, und für Streikunterstützung wurden 1 008 829 Kronen ausgegeben, wogegen das Jahr 1910 nur 116 Lohnbewegungen mit 10 429 Beteiligten aufwies, und die Unterstützungssumme nur 299 476 Kronen betrug. Von den 201 Lohnbewegungen des verflorenen Jahres verliefen 151 ohne Arbeitseinstellung, und bei den übrigen kam es in 88 Fällen zum Streik, in 12 Fällen zur Aussperrung. Durch die Bewegungen erzielten 25904 Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnerhöhungen, die pro Jahr die Summe von 2 007 082 Kronen, oder für den einzelnen Arbeiter im Durchschnitt 80 Kronen ausmachen. Ferner wurde für 19 795 Arbeiter eine Arbeitszeitverlängerung erzielt, die im Durchschnitt pro Woche 1,70 Stunden beträgt. Außerdem wurden neben anderen Vorteilen auch Ferien festgelegt, und zwar in 14 Tarifverträgen für 1850 Arbeiter, und diese Ferien betragen im Durchschnitt pro Jahr 5,38 Tage oder im ganzen 7904 Tage. Am Schluß des Jahres waren in den verschiedenen Verufen im ganzen 590 Tarife abgeschlossen für 61 454 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die der Landesorganisation der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände hatten am Jahreschluß 53 538 Mitglieder, was gegenüber dem vorhergegangenen Jahre einen Zuwachs von 7176 Mitgliedern bedeutet. An Arbeitslosenunterstützung zahlten sie 122 188 Kronen aus, an Krankenunterstützung 271 467 Kronen, an Invalidenunterstützung 10 878 Kronen, an anderen Unterstützungen 88 788 Kronen, und die Streikunterstützung erforderte über eine Million Kronen.

Der Stichwahlkampf in Neukölln.

Seit wurde am gestrigen Tage gestritten. Von den Gegnern wurde die äußerste Energie entfaltet, um die bedrohten Mandate zu retten. Viel kam auf die Haltung der Demokraten an; soweit wir im gegenwärtigen Moment übersehen können, ist ein großer Teil der Demokraten mit der Reaktion gegangen. Dadurch war es leider nicht möglich, die Gegner zu werfen. Die Demokratie hat den Sieg der Reaktion auf dem Gewissen.

Das Resultat ist folgendes:
2. Bezirk: Sozialdemokrat 454 Stimmen, Gegner 503 Stimmen.

Gewählt sind die kommunalfortschrittlichen Kandidaten Kobermann und Klebe.

Bei der Hauptwahl wurden abgegeben: Sozialdemokrat 386, Demokrat 38, Kommunalfortschrittler 318 und Altbürgerlicher 104 Stimmen.

3. Bezirk: Sozialdemokrat 436 Stimmen, Gegner 436 Stimmen.

Durch das Los wurde unser Genosse Maurermeister Wilhelm Schuch gewählt.

Bei der Hauptwahl wurden abgegeben für die Sozialdemokratie 367, Demokratie 20, Kommunalfortschrittler 147, Altbürgerliche 252 Stimmen.

6. Bezirk: Sozialdemokrat 530/527, Gegner 534/532 Stimmen.

Gewählt wurden die fortschrittlichen Kandidaten Dr. Borchardt und Hennigs.

Bei der Hauptwahl wurden abgegeben für die Sozialdemokratie 466, Demokrat 66, Kommunalfortschrittler 231, Altbürgerliche 197 Stimmen.

Somit hat die Sozialdemokratie nur ein Mandat gewonnen. Sie verfügt jetzt über 31 Mandate von 72 Stadtverordneten.

Letzte Nachrichten.

Der Untergang der „Titanic“ vor der englischen Kommission.

London, 3. Mai. (B. L. V.) Die Verhandlungen der Kommission zur Untersuchung des „Titanic“-Unglücks wurden heute durch den Vertreter des Handelsamtes, Sir Rufus Isaacs, im Namen der Regierung eröffnet. In seiner Darstellung des Tatbestandes führte Isaacs aus, die „Titanic“ sei vom Beginn der Reise an mit 21 Knoten Geschwindigkeit gelaufen, und soweit sich feststellen lasse, sei diese Geschwindigkeit bis zum Augenblick des Zusammenstoßes nicht verringert worden. Er stellte fest, daß sowohl von der „Carpathia“ wie von der „ Baltic“ Eiswarnungen gegeben worden seien. Sodann gab Isaacs einen Vergleich der geretteten Passagiere nach den einzelnen Schiffsklassen und nach Geschlechtern, und sagte, es werde zweifellos die Aufmerksamkeit des Gerichtshofes erregen, daß 53 Proz. Passagiere von der ersten, 42 Proz. von der zweiten und nur 25 Proz. von der dritten Klasse gerettet worden seien. Eine weitere auffallende Erscheinung sei es, daß von den weiblichen Passagieren der ersten Klasse alle gerettet worden seien außer fünf, die, wie man annehme, ihre Gatten nicht hätten verlassen wollen. Ferner sei es auffallend, daß nur 125 männliche Passagiere gerettet worden seien. Die Unterjudung werde sich insbesondere auch auf die unzureichende Zahl von Rettungsbooten und die Konstruktion der wasserdichten Abteilungen erstrecken. Der erste Zeuge, der Ausguckmann Jewell, gab an, daß er sich bis 10 Uhr abends im Ausguck befunden habe, daß die Ausguckleute nicht mit Gläsern versehen gewesen seien, und daß die Stenards und die Heizer nicht darauf eingestimmt waren, die Boote herabzulassen. Nach seiner Meinung seien auch in den Booten weder Lichter noch Kompass, noch Lebensmittel gewesen. Ein Matrose bezeugte, daß die Passagiere sich in wilder Hast auf die Boote stürzten. Er habe sie mit einer Ruderpinne abgewehrt, und der erste und noch ein anderer Offizier hätten Schreckschiffe aus ihren Revolvern abgefeuert.

Friedensverhandlungen in Mexiko.

Washington, 3. Mai. (B. L. V.) Die aus Mexiko gemeldet wird, hat der mexikanische Kongress, der augenscheinlich bei andauernden Revolutionszuständen müde ist, eine Friedenskommission eingesetzt, die direkt mit den Aufständischen unterhandeln soll.

Reichstag.

54. Sitzung. Freitag, den 3. Mai 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Entwürfe der Geschäftsordnungskommission auf

Änderung der Geschäftsordnung.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich habe im Namen der Verbündeten Regierung folgende Erklärung abgegeben:

Nach Art. 27 der Reichsverfassung hat der Reichstag seine Geschäftsordnung allein zu regeln. Dementsprechend verzichteten die Verbündeten Regierungen darauf, an Ihren Verhandlungen teilzunehmen. Ich halte es aber für notwendig ausdrücklich festzustellen, daß die Geschäftsordnung einseitiges Recht nur für den Reichstag und seine Mitglieder schafft, daß daher die von Ihnen zu beschließenden Änderungen der Geschäftsordnung weder eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags, noch eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers, der Verbündeten Regierungen und des Reichskanzlers herbeiführen (Bravo! rechts) und deswegen auch irgendwelche staatsrechtlichen Konsequenzen für die Stellung des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag nicht haben können. (Unruhe links.)

Unter dieser ausdrücklichen Verantwortung erkläre ich aber, daß der Herr Reichskanzler Ihren Wünschen auf eine weitere Ausgestaltung Ihrer Geschäftsordnung insoweit entgegenzukommen bereit ist, als er unter Wahrung des Rechts der Ablehnung im einzelnen Falle die in Aussicht genommenen kurzen Anfragen nach Möglichkeit beantworten oder durch seine Stellvertreter und Kommissare beantworten lassen will, insofern der Gegenstand zur verfassungsmäßigen Kompetenz des Reiches gehört und nicht ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betrifft. (Lebhaftes Bravo! rechts, Unruhe links, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr gnädig!)

Zur Debatte gestellt wird zunächst der Abschnitt über die sogenannten

kurzen Anfragen.

Nach den Entwürfen der Kommission lautet § 31a: Die Mitglieder des Reichstages können Anfragen an den Reichskanzler stellen. Die Anfragen sind schriftlich einzureichen; sie müssen sich auf die Bezeichnung der Tatsachen, über welche Auskunft gewünscht wird, beschränken.

Hierzu beantragen die Konservativen und die Reichspartei hinter „Anfragen“ einzuschalten: „Welche Tatsachen von allgemeiner Bedeutung aus dem Gebiete der inneren oder auswärtigen Politik des Reiches zum Gegenstand haben“. Ferner hinter „stellen“ anzufügen: „Anfragen, die ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betreffen, sind unzulässig“. Und schließlich noch anzufügen: „Anfragen, die gegen diese Grundsätze verstoßen, hat der Präsident zurückzuweisen, seine Entscheidung ist endgültig“.

§ 31b lautet nach dem Antrag der Kommission: In den Sitzungen am Dienstag und Freitag jeder Woche darf je die erste Stunde auf die Anfragen verwendet werden. Die Fragesteller werden in der Reihenfolge des Verzeichnisses aufgerufen und verlesen die Anfrage. Der Kaiser unterbleibt, wenn die Anfrage einem Gegenstand der Tagesordnung vorgreift. Eine Besprechung der Antwort des Reichskanzlers und Anträge zur Sache sind unzulässig. Zur Ergänzung oder Verichtigung der Anfrage kann der Fragesteller, und falls mehrere Mitglieder gemeinsam eine Anfrage gestellt haben, ihr Vorkämpfer das Wort verlangen.

Ein Antrag Albrecht will die Worte „der Fragesteller, und falls mehrere Mitglieder gemeinsam eine Anfrage gestellt haben, ihr Vorkämpfer“ ersetzen durch die Worte „jedes Mitglied des Hauses“.

Ein Antrag der Konservativen und der Reichspartei will diesen letzten Satz des Kommissionsantrages streichen.

§ 31c lautet nach dem Antrag der Kommission: „Der Fragesteller kann jederzeit erklären, daß er sich mit einer schriftlichen Antwort begnügt.“

Vertretter Abg. Gröber (Z.) betont gegenüber der Erklärung des Staatssekretärs: Wenn behauptet worden ist, daß durch die An-

träge der Kommission eine Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Reichstag und Verbündeten Regierungen beabsichtigt sei oder tatsächlich bewirkt werde, so sind das Phantasien, die eine Grundlage in unseren Anträgen nicht finden. Es kann gar keine Rede davon sein, daß wir auf einem Umweg eine materielle Änderung der Reichsverfassung herbeizuführen beabsichtigten.

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Mitteilungen, die uns der Vertreter des Herrn Reichskanzlers machte, waren entweder überflüssig oder nicht berechtigt. Ueberflüssig insofern, als eine Verwahrung dagegen, daß der Reichstag beabsichtige, durch die Ausgestaltung des Interpellationsrechts eine Machterweiterung vorzunehmen, deshalb vollkommen gegenstandslos ist, weil in den sehr ausführlichen Verhandlungen in der Kommission von allen Seiten ausdrücklich festgestellt worden ist, daß niemand etwas derartiges beabsichtige. Für meine Partei kann ich auch erklären, daß, wenn wir es auf Grund der politischen Entwicklung unseres Vaterlandes für notwendig halten, die Machtbefugnisse des Parlaments zu erweitern, wir den direkten Weg des Antrages auf Verfassungsänderung dazu beschreiten, wie wir das auch bereits getan haben, nicht aber auf Umwegen eine solche Machterweiterung zu erreichen suchen.

Daß Anfragen vom Reichstag an die Reichsregierung gestellt werden, ist ja an sich nichts Neues. Die Neuerung liegt nur darin, daß hier bestimmte neue Formen des Fragerechts vorgesehen sind. Wir haben nun beantragt, daß nicht nur der Antragsteller, sondern jedes Mitglied des Hauses berechtigt sein soll, Ergänzungsfragen zu stellen. Wir schießen uns dabei auf die Erfahrungen, die man in England, wo das Fragerecht des Parlaments die größte Ausdehnung gefunden hat, damit gemacht hat. Natürlich muß sich die Ergänzungsfrage in dem Rahmen der ursprünglichen Anfrage halten. Die Fassung der Kommission führt zu dem Resultat, daß für eine bestimmte Frage an einem Tage einer bestimmten Partei ein

Fragemonopol

gegeben wird. Erstens widerspricht es der Grundidee des Fragerechts, es in dieser Weise zu beschränken, und dann würde auch mit der Einschränkung nicht das Ziel, ein Ueberwuchern der Frage zu verhindern, erreicht werden. Man kann dem Fragesteller, wohl das Fragemonopol, aber nicht das Monopol der absoluten Einsicht geben, daß er sofort den richtigen Gesichtspunkt herausfindet, von dem aus eine Ergänzung der Anfrage notwendig ist, und es kann sehr leicht vorkommen, daß bei einer Anfrage von unserer Seite nach der Antwort der Regierung ein Mitglied der Rechten zuerst darauf kommt, daß hier eine Ergänzungsfrage dringend notwendig ist, und dann haben die Herren sich selbst den Mund verbunden. Es liegt also hier ein allgemeines Interesse des ganzen Reichstages vor. Die Folge der Fassung der Kommission wird sein, daß dieselbe Frage von den verschiedensten Parteien gestellt wird, damit jede Partei das Recht der Ergänzungsfrage hat. Es kommt dann zu einem ähnlichen Konkurrenzwettkampfe, wie wir es bei den Etatsresolutionen wiederholt erlebt haben.

Was die Anträge der Konservativen betrifft, so bedeuten sie alle eine Einschränkung des Fragerechts. Wenn diese Anträge angenommen werden, wird das Fragerecht ein Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Schließlich möchte ich betonen, daß die Anfragen schon deshalb notwendig sind, weil es dadurch im Getriebe der auswärtigen Politik, der Weltpolitik die Stimme Deutschlands, die Auffassung des deutschen Volks und der Regierung rascher zur Geltung kommen kann. Heute ist London gewissermaßen der focus (Herd) der Weltpolitik. Alle Informationen über die wichtigsten Fragen der Weltpolitik müssen wir heute aus dem englischen Parlament entnehmen. Durch die Neuerung, die wir jetzt schaffen, wird Berlin gleichberechtigt mit London. Es liegt daher im Interesse des Ansehens Deutschlands in der Welt, wenn die Kommissionsbeschlüsse mit unserem Antrag angenommen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kretsch (L.): Gewiß mag niemand in der Kommission die Absicht gehabt haben, in der formlosen Weise der Einführung der kurzen Anfragen die Macht des Reichstages zu erweitern. Aber eine Folge der Änderungen der Geschäftsordnung könnte es doch sein. Es soll jetzt verlangt werden, daß der Reichskanzler oder sein Vertreter am zweiten Tage der Woche hier erscheinen und außerhalb der Tagesordnung Rede und Antwort stehen. Das bedeutet eine erhebliche Belastung des Reichskanzlers. (Wider-

spruch bei den Sozialdemokraten.) Die Erklärung der Verbündeten Regierung zeigt, wie richtig unser Standpunkt in der Kommission war, und Sie täten gut, alles, was in dieser Erklärung mit Nachdruck hervorgehoben ist, unserem Antrage entsprechend in die Anträge der Kommission aufzunehmen. — Die kurzen Anfragen können in der Tat gut wirken. Wenn man aber auf England exemplifiziert, so soll man auch anführen, daß dort der Sprecher jede Frage zurückweisen kann, er ist omnipotent (allmächtig). Wollen Sie dieses Recht auch auf den Reichstag übertragen? (Abg. Ledebour [Soz]: Wenn wir alle anderen Einrichtungen des englischen Parlaments hätten.) England hat nicht unser Wahlrecht, und in England ist das ganze Volk patriotisch. Bei einem Tausch mit dem englischen Einrichtungen würde also die rechte Seite noch ein ganz gutes Geschäft machen (Heiterkeit). Wir fürchten einen Mißbrauch des Rechts der kurzen Anfragen, weil wir nicht das Vertrauen haben, daß jedes Mitglied des Hauses den nötigen Takt besitzt. Deshalb wollen wir durch unsere Anträge die Grenzen der Ausübung des Rechts der kurzen Anfragen festsetzen. Wird dies abgelehnt, so werden wir gegen das Recht der kurzen Anfragen überhaupt stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. List (natl.): Wir werden die Anregungen von links und rechts ablehnen; denn die Kommission hat diese Fragen eingehend erörtert und mit ihren Vorschlägen das getroffen, was den Anregungen und Absichten der nationalliberalen Partei entspricht. Von einer Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Regierung und Reichstag kann bei der Einführung der kurzen Anfragen gar keine Rede sein.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Auch meine Freunde begrüßen die Anträge der Geschäftsordnungskommission als eine erfreuliche Erweiterung unserer Geschäftsordnung. Daß der Reichskanzler bei Anfragen über ein schwebendes Gerichtsverfahren nicht antwortet, halten wir für selbstverständlich. Doch er aber, wie die Erklärung der Regierung besagt, auch bei Fragen über ein Verwaltungsverfahren nicht antworten will, ist eine bedenkliche Konzeption an die Rechte. Gerade wenn durch ein Verwaltungsverfahren ein Gesetz verletzt wird — denken Sie doch an das Vereinsgesetz —, sind kurze Anfragen am Platze; werden sie nicht beantwortet, so wird der Reichstag ja geradezu zu dem schweren Gericht der Interpellation gezwungen. Gegen die Anträge von links und rechts werden wir stimmen, so sympathisch uns auch die Anträge von links sind. Doch soll das System der kurzen Anfragen sich bei uns erst einleben und festigen. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. v. Halem (Sp.): Mir scheint, daß das Recht der kurzen Anfragen bedeutend überschätzt wird. Zu Informationen und privaten Auskünften sind die Vertreter der Verbündeten Regierungen stets bereit gewesen. In England läßt sich bei den kurzen Anfragen immer mehr das System der Schriftlichkeit einrichten. Mindestens sollten die kurzen Anfragen mit den Kautelen versehen werden, welche die Anträge der konservativen Partei verlangen; sonst müssen wir dagegen stimmen.

Abg. Dr. Bell (Z.): Kein einziger der von der Kommission gefassten Beschlüsse greift irgendwie in die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers oder der Verbündeten Regierungen ein. Die Verwahrung des Staatssekretärs war also nicht nötig. Solche Eingriffe können ja auch gar nicht einseitig vom Reichstag beschlossen werden, da sie eine Verfassungsänderung bedeuten würden. Schon jetzt werden oft kurze Anfragen an die Regierung gerichtet, nämlich bei der Staatsberatung. Die Form dieser kurzen Anfragen soll nur geändert werden. Im Abgeordnetenhaus hat sein anderer, als der Führer der freikonservativen Partei, Herr v. Jedlich, diese Einführung der kurzen Anfragen angeregt. (Hört! hört! links.) Die von den Konservativen und von den Sozialdemokraten beantragten Änderungen werden wir ablehnen. Wir beantragen aber, im § 31a einzufügen: „Anfragen, die in ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungsgerichts- oder Disziplinarverfahren eingreifen, sind unzulässig.“ Weiter beantragen wir, im § 31b eine Einfügung, wonach der Fragesteller nur noch zur „einmaligen“ Ergänzung oder Verichtigung das Wort erhält. Schon bei der kurzen Zeit, welche auf die kurzen Anfragen verwendet werden soll, empfiehlt es sich, dem Fragesteller nur noch einmal das Wort zu gestatten. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Graf v. Westarp (L.): Bei der veränderten Situation, die durch die Erklärung der Verbündeten Regierungen geschaffen ist, wäre es wohl richtig, die ganze Angelegenheit noch einmal an die veränderte Geschäftsordnungskommission zurückzuweisen. Der Antrag des Zentrums, in unserem Antrage das Wort „Verwaltungsverfahren“ zu ersetzen durch „Verwaltungsgerichts-

Mehring, Wendel und Anflug.

Genosse Heinz Sperber schreibt uns:

Da ich verzeiht war und bei meiner Rückkehr so viel zu lesen vorfand, daß mir dabei graute, besam ich die „Neue Zeit“ und die Polemik im „Vorwärts“ vom 25. April unter dem Titel: Die Westseite der schweligen Faust“ erst jetzt zu sehen. Obgleich ich ein Feind solcher polemischen Angriffe bin, meine ich mich doch ernstlich gegen eine schon von Genossen Döcker mit Recht gerügte Behauptung des Genossen F. Mehring ausprechen zu müssen.

Mehring schreibt in der „Neuen Zeit“:

„In dem Feuilleton des „Vorwärts“ ist kürzlich eine eifrige Propaganda für eine Westseite der schweligen Faust gemacht worden; was den Arbeitermassen nicht gefiele, hätte keinen ästhetischen Wert.“

Nach Klärung dieser Zeilen habe ich Genossen Mehring schriftlich um Aufklärung erucht, wann und wo ich den tatsächlichen Anflug behauptet haben soll; was den Arbeitermassen nicht gefiele, habe keinen ästhetischen Wert“. Genosse Mehring weigerte sich, Antwort darauf zu erteilen. Ich muß ihn also in der Öffentlichkeit der Verbreitung großer Unwahrheiten bezichtigen. Wie und nimmer habe ich irgendwo einen derartigen Wahn verbreitet.

Die Leser werden sich vielleicht entsinnen, daß ich im November 1910, also vor anderthalb Jahren, die Meinung vertrat, daß der bürgerliche Humorist, sobald er Proletarier „humoristisch“ behandelt, in der Interessensphäre seiner Klasse stecken bleibt und daß sein Humor deshalb auf den erwachten Proletarier abstoßend einwirkt. Genosse Ströbel war darin nicht mit mir einig und äußerte die Ansicht, daß der „Dichter“ über den Klassen stehe. Genosse Mehring war und ist mit Genossen Ströbel nach dieser Richtung hin während einverstanden. Mehring bekannte sich zu Ströbel — Genossen mit nicht zu unterstehendem kritischen Urteil, wie Maxim Gorki, Henriette Roland-Holst u. a. traten meiner Ansicht vollkommen bei.

Damit war — sollte man meinen — diese gewaltige Angelegenheit aus dem Jahre 1910 erledigt! Aber nicht für Mehring. Auf unfaire Weise gräbt er meinen „Anflug“; den Arbeiter-Lesern dieses Blattes den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Kunst klarmachen zu wollen, maulwurfsartig auf und serbiert ihn mit der aus den Fingern gelogenen Behauptung, daß ich die oben angeführte Torheit publiziert hätte. Diese Methode Mehrings gemahnt an gallische Kojuniki und ... macht vorzügliche Schule. In der „Frankfurter Volksstimme“ nimmt Reichstagsabgeordneter Genosse Axel War Ludwigs Hermann Wendel eine Mandel faule Eier in beide Hände, um sie mir, durch das Mehringsche Vorbild aufgeblasen, an den harten Schädel zu werfen. Ich möchte dem Genossen Wendel, von dem auf literarischem Gebiet bisher nur bekannt ist, daß er als Mitglied, der „Freien Landmannschaft Chruschka“ an der Münchener Universität von 1902—1904 Gott

und Welt einschüchternde Philosophie getrieben hat (siehe Kürschners Reichstagshandbuch), den Rat erteilen, seine stolze Devise: „... lieber mit Mehring irren, statt mit Sperber recht haben“, nicht als unantastbares sozialistisches Moralprinzip zu propagieren. Weil nach meiner bescheidenen Meinung jeder gute Sozialdemokrat die Pflicht hat, Jertümer, wo er sie findet, und selbst solche Mehring'scher Natur, aufzudecken.

Es ist der Anflug des Genossen Mehring und seines chruschischen Jüngers Wendel, bei Meinungsverschiedenheiten, noch nach anderthalb Jahren, die Sache, um die es sich handelt, aus dem Auge zu verlieren, um einen lokalen, äußerst korrekten Personenfreit zu entfachen, der höchst sympathisch an bürgerliche Dispute erinnert.

Heinz Sperber.

Seeminen. Die schreckliche Katastrophe, der im Hafen von Smyrna der türkische Dampfer „Texas“ mit mehr als 175 seiner Passagiere zum Opfer gefallen ist, ereignete sich zwar insofern geradezu verbrechenähnlich Unvorsichtigkeit des unter amerikanischer Flagge segelnden Silgerschiffes; sie zeigt jedoch auch, wie außerordentlich die ganze Handelschiffahrt durch das Auslegen von Minen im Seefriede gefährdet ist. Denn die Führung durch Leuten genährt keineswegs Sicherheit vor den schwimmenden Miesensprengkopfen; die Strömung des Meeres treibt die Minen unter Wasser weiter, reißt sie sogar aus ihrer Verankerung, soweit eine solche überhaupt erfolgt ist, und führt sie unter Umständen im Laufe der Zeit Hunderte und Tausende von Meilen weit in Gewässer, die mit dem Schauplatz des Seefriedes gar nichts zu tun haben.

Die Seeminen fanden ihre erste Anwendung vor fünfzig Jahren im amerikanischen Sezessionskriege. Auch im russisch-türkischen Kriege hat man sich ihrer bedient; ihre ganze Schrecklichkeit offenbarte diese unheimliche Waffe jedoch während des russisch-japanischen Krieges in den ostasiatischen Gewässern. Neben verschiedenen kleineren russischen Fahrzeugen fielen den Minen zwei gewaltige Panzerschiffe zum Opfer: das russische Flaggschiff „Petra Pawlowa“, mit dem 750 Mann, an ihrer Spitze der Admiral Makarow, in die Luft flogen. Auch der berühmte russische Schlachtenmaler Werschtschagin fand, wie erinnerlich, bei jenem Unglück den Tod. Nicht viel später stieß das japanische Linienschiff „Hatsuse“ mit etwa 450 Mann Besatzung auf eine Mine und ging unter. Seitdem sind derartige Katastrophen bis zu der jetzt im Hafen von Smyrna erfolgten nicht wieder vorgekommen; verhältnismäßig günstig mag dabei auch der Umstand gewirkt haben, daß der Schauplatz des russisch-japanischen Krieges sich in wenig befahrenen Gewässern befand. Was geschehen würde, wenn etwa das westliche Mittelmeer, die Nordsee oder der Kanal mit Minen besetzt würden, ist gar nicht auszudenken.

Die Minen stellen eiserne, verschiedenartig geformte Kessel dar, die durch ausgehauene Dedel luft- und wasserdicht abgeschlossen sind. Dieser Kessel enthält eine mehr oder minder komplizierte Maschinerie, die dazu dient, die Mine bei einer Berührung mit dem Boden eines Schiffes zur Explosion zu bringen.

Die Ladung ist meistens Schießbaumwolle. Da ein modernes Kriegsschiff zu seiner Vernichtung gewaltiger Sprengkräfte bedarf, enthalten namentlich die Grundminen, die nur den tiefgehenden Kriegsschiffen gefährlich werden können und die auch vielfach erst durch das Schließen eines Stromkreises vom Lande aus zur Entzündung gebracht werden, eine Sprengladung im Gewicht bis zu 500 Kilogramm. Solche Grundminen können schon wegen ihres großen Gewichtes beim Ausbruch von Feindseligkeiten nicht schnell genug ausgelegt werden; man verankert sie deshalb an wichtigen Punkten, zum Beispiel vor der Einfahrt großer Kriegshäfen, bereits in Friedenszeiten, ohne daß sie die Schiffsahrt gefährden. Handelt es sich jedoch darum, im Falle der Gefahr einer Annäherung feindlicher Kriegsschiffe enge Straßen, wie die Dardanellen, oder Hafeneinfahrten von Handelshäfen zu sichern, so finden fast durchwegs Kontaktminen Verwendung. Diese bedürfen zu ihrer Entzündung nicht der Schließung eines Stromkreises, der von einer Minenbeobachtungsstation bedient wird; sie fliegen auf, sobald ein die Sperre passierendes Schiff mit seinem Boden oder Seitenwänden auf die Mine aufstößt. Die eigentliche Entzündung erfolgt allerdings auch bei den Kontaktminen durch das Schließen eines Stromkreises. Durch die Erschütterung, die der Stoß des Schiffes auf die Mine überträgt, gelangt Quecksilber in Bewegung, und dieses bildet den Kontakt für den unterbrochenen Stromkreis, für den eine in der Mine befindliche kleine Batterie die Energiequelle liefert.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Titus und Salome bei Judith und Holofernes“. Zwei Köpfe Restros in einer! Das Neue Schauspielhaus feierte mit dieser Restros-Aufführung die fünfzigste Wiederkehr seines Sterbetages. Außer gewiss Partien des „Lumpacibagabundus“, der „Judithparodie“, und der durch Reinhardt's Regiekunst für eine Weile zu neuem Leben erweckten „Arabianer Revolution“ läßt sich aus den 60 Stücken des berühmten Wiener Possendichters wohl wenig finden, was jetzt noch frisch und eindringlich wirkt. Das Interesse an seinen Stücken ist mehr historischer Art, ähnlich wie bei den alten Berliner Köpfen der Kalisch usw., in deren harmlos vergnüglicher Genügsamkeit sich etwas von der Stimmung und dem Geschmack vergangener Perioden widerspiegelt. Die Technik auch der Spokmaderei hat sich inzwischen vorwärts entwickelt.

So suchte die Regie die Dürftigkeit der in „Titus und Salome“ unbeteiligten Pöffe „Talsman“ durch eine Anleihe bei Restros's Judithparodie aufzubessern, indem sie einiges daraus als Hintergrundspiel in den Rahmen mit hineinlocht. Auch die Erwägung, daß die Hebbelsche Judith, auf die die Parodie gemünzt ist, zum Repertoire des neuen Schauspielhauses gehört, mag zu dem Experiment ermutigt haben. Indes der eigentliche Zweck blieb leider unerreicht. Gerade das Wichtigste, die brillante Verspottung von Holofernes' pathetischer Grobphraserei, ließ sich bei solcher Verkopplung mit den Perückenpantoffeln des Talsmanhelden

berufen" ist und zu eng; wir wollen auch jedes Schwere bei der Verwaltungsverfahren gegen eine Einmischung des Reichstages schärfen; wenn der Reichstag das tut, mag er sich Rechte an, die ihm nicht zukommen, er legt sich damit das Streben bei, ein Konvent zu werden (Zuruf links: Hul hul), er will dann die Rechte einer Exekutive haben. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Den Antrag des Grafen Westarp auf Zurückverweisung an die Kommission kann ich nicht ernst nehmen; denn die Kommission hat die Frage seit 2 1/2 Jahren nach allen Seiten gründlich behandelt. Auch das Zentrum sollte seine Anträge zurückziehen, die nur eine Komplikation und Gefährdung der Sache bedeuten. (Zustimmung bei der Volkspartei.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Abg. Bell meint, bei Annahme unseres Antrages würden die kurzen Anfragen stets in Debatten ausarten. Die praktischen Erfahrungen des englischen Parlaments beweisen das Gegenteil. — Der Abg. Kretsch fand es unerhört, wenn der Reichstag die von ihm beantragte Einschränkung bei dem Recht der kurzen Anfrage ablehne; er sprach von einer Annahme der Rechte der Exekutive seitens des Reichstages. Dabei hat sich schon der Reichstag das Recht der Interpellation ohne diese Einschränkung. Es handelt sich also um ein bestehendes Recht, das auf eine andere Form der Anfragen übertragen wird. Der konservative Antrag dagegen will das bestehende Recht des Reichstages einschränken. (Weilfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bell (Z.): (zur Geschäftsordnung): Da unsere Anträge von rechts und links beantragt sind und uns daran gelegen ist, etwas Positives zu schaffen, ziehe ich unsere Anträge in der Erwartung, daß in der Praxis danach verfahren wird, zurück. (Bravo! links.)

Abg. Schulz (Sp.): Ein Reichstag, der sich in Reifung befindet, sollte diese Sache nicht so kurzerhand beschließen, die einen Versuch darstellt, die Rechte des Parlaments zu erweitern, und in die der Krone einzugreifen. (Große Unruhe links.) Ich bin ein Gegner der kleinen Anfragen überhaupt. (Zuruf links: Sehr v. Jedlig!) Abg. v. Camp: Was geht Sie denn an, was Jedlig sagt. (Große Heiterkeit.) Auch Herr v. Jedlig will die kleinen Anfragen sicherlich nicht ohne Kautelen und würde, wenn er von diesen Dingen Kenntnis hätte, die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf v. Westarp (L.): Ich will keineswegs ein bestehendes Recht des Reichstages einschränken, aber der Reichstag ist für die Verwaltung nicht zuständig und ein Recht der Ueberwachung kann es nicht geben, solange noch ein Verfahren schwebt.

Abg. Gröber (Z.): Die Befugnis des Präsidenten ist eine allgemeine Frage, die hier nicht speziell zu regeln ist. Auch heute schon hält der Präsident sich für befugt, beliebige Anträge und Petitionen zurückzuweisen. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Graf v. Westarp (L.): Die Ausführungen des Vorredners zeigen, daß man ein so beschränktes Gebiet eben nicht aus der Geschäftsordnung herausgreifen kann; man sollte warten bis zur allgemeinen Revision der Geschäftsordnung. (Zustimmung rechts. — Uha! links.)

Abg. Kretsch (L.): Die Dinge sind eben nicht so harmlos, sondern die einzelnen Teile der Geschäftsordnung hängen eng zusammen.

Abg. Graf v. Posadowsky (S. L. Fr.): Ihren Eifer, diese Sache unter Dach und Fach zu bringen, muß ich leider etwas dämpfen. Wenn wir uns über Diamanten und Diamantenschleifer so lange unterhalten haben, ist wohl auch der Wunsch eines Parlamentarismus begreiflich, daß wir uns über eine so grundlegende Frage des Parlamentarismus etwas länger unterhalten. In England liegt die Verhältnisse ganz anders. In wenigen Staaten ist der Verwaltungsorganismus so kompliziert wie bei uns. (Der Redner sucht dies im einzelnen nachzuweisen; mehrfach ertönen Rufe zur Sache.)

Vizepräsident Dove: Wenn Sie den Unterschied der deutschen und englischen Verfassung ganz erörtern wollen, würde das wohl zu weit führen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Posadowsky: Nun wollen Sie diesen schwierigen Mechanismus noch erweitern und belasten durch die kleinen Anfragen. Mit Tausenden von Anfragen würden wir überflutet werden, die ordnungsmäßig gar nicht erledigt werden könnten. (Zuruf links: Schaffen Sie doch den Parlamentarismus ab!) Ich lehne jedes Streben nach Erweiterung des Parlamentarismus ab. Ich halte ein Parlament mit elf Parteien für unfähig, die Regierung zu übernehmen und stelle mich rückhaltlos auf den Standpunkt der monarchischen Regierung. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Graf v. Dypersdorff (S. L. Fr.): Auf diesem Standpunkt kann man voll und ganz stehen und trotzdem den kleinen Anfragen zustimmen. (Heiterkeit und Sehr gut!)

nicht oder in ganz unzulänglicher Andeutung bringen. Nur die größten, gewaltigsten Effekte blieben übrig. Die Einlage, die das andere statt machen sollte, war, so gerupft, selbst ohne jede rechte Fließheit.

Der Kallistoman, der den rothaarigen wandernden Barbier, geschilfen Titus Feuerfuchs im Schloß der schreibstillernden Gräfin zur allgemeinen Frauengunst beistellt, ist eine schwarzglöckige Perle, das Geschenk eines aristokratisch empfindenden Friseurs, dem Titus das Leben rettete. Die weibliche Niedertracht des türkischen Friseurs, der seinem selbstgeschaffenen Schönheitskonkurrenten beim Schlafen eine sonnengelbe Perle über die schwarze Stirn, vermehrt nur dessen Chancen. Denn blond ist die Lieblingsfarbe der Frau Gräfin. Er wird der Ehre gewürdigt, in der Privataufführung ihres neuen Stückes den Holofernes zu mimen. Man verfolge seine Leistung mit ermunternden Zurufen, bis Judiths Schwert dem euschlammernenden Tyrannen eine Perle nach der anderen vom Haupte schlägt — und zum Entsetzen aller das brandrote Haar zum Vorschein kommt. Mit der Don Juan-Karriere ist es nun aus; zum Ersatz bekommt er Salome, ein rothaariges Waisenmädchen, zur Frau und wird von einem reichen Vater zum Universalarbeiter eingeseht.

Herr Rehbach hatte die Doppelpost geschickt inszeniert. Eugen Burg spielte den Vielwörterchen, Erich Ziegel den windigen Haarhändler mit gutem Humor. In den weiblichen Rollen wirkten die Damen Arnold, Balotti Schneider-Rissen und Gaston.

Musik.

Im Friedländer-Bühnenstädtischen Schauspielhaus, W. der Dramenwinter eines gräßlichen Mißvergnügens mit dem spanischen Ernesto Alcanos laßt zu Tode gebetet werden. Dafür zog mit Jean Gilberts leuchtender Susanne prompt ein ungeheures schillerndes Operetten-Frühling ein. Und es war ein glückverheißendes Beginnen: Die mit dem Jugendpreis bedachte Soubrette Susanne machte Zuzore und wurde jubelnd aufgenommen. Das geht sich auch so; denn Frigi Arco, die Titelheldin, führte sich als ein ungeliebter Stern erster Ordnung ein. Donnerwetter, da ist „Schmitz"! Und dazu Alfred Schmasow, der als Pommer ganz neue Klänge hören läßt; Edmund Paulsen und R. J. Senius in brillant hingeleiteten Rollen origineller Künze. Clara Berger als anbetende gütigblühende Delphine, sowie die ganze Familie „des Aubrais" nebst Reinhold Pasch (Leutnant), die so schlagend die wissenschaftlich begründete Vererbungstheorie des gelehrten Herrn Waters in praxi beweist. Donnerwetter noch einmal! Kapellmeister A. Friede dirigiert die musizierende Schar, die oben auf der Bühne agiert und die Kapelle unten im Orchesterraum, daß aus der Partitur Jean Gilberts nur so die Funken schlagen; während Alwin Neuh und Senius für eine geradezu glänzende Regieführung zeichnen. Wenn diese Susannen-Aufführung nicht das Blut in Wallung bringt, der ist ein saurer Fering — den aber der Knallpfeifengeist dieses schillernden Operettensembles hoffentlich gar bald in quieschbergnügte Stimmung versetzen wird. o. k.

Damit schließt die Debatte. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden § 31a, b und c nach den Anträgen der Kommission angenommen.

Der zweite Abschnitt handelt von den Interpellationen.

§ 32 steht vor, daß Interpellationen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein müssen, und daß ihnen kurze Erwägungsgründe beigefügt werden können.

Diese letzte Bestimmung will ein Antrag von Normann (L) streichen und außerdem eine Bestimmung einfügen, wonach Interpellationen nur Fragen von allgemeiner Bedeutung aus dem Gebiete der inneren oder auswärtigen Politik des Reiches zum Gegenstande haben dürfen, und Interpellationen, die ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betreffen, unzulässig sind.

§ 33 soll nach den Kommissionsbeschlüssen lauten:

An die Beantwortung der Interpellation oder die Ablehnung ihrer Beantwortung schließt sich die sofortige Besprechung an, falls mindestens 50 anwesende Mitglieder dies verlangen. Der Ablehnung der Beantwortung der Interpellation steht es gleich, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, ob er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt. Falls keiner der Interpellanten widerspricht, darf die Besprechung auch in einer späteren Sitzung erfolgen.

Durch Beschluß des Reichstages kann die sofortige Besprechung auch dann zugelassen werden, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, wann er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt oder die Frist zur Beantwortung auf mehr als zwei Wochen vom Tage ihrer Einbringung an bemittelt.

Ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) will im ersten Absatz hinter dem Worte „ob" einschalten die Worte „oder wenn" sowie hinter „nicht abgibt" die dem Absatz 2 entnommenen Worte „oder die Frist" usw. bis „bemittelt".

Ein Antrag v. Normann (L.) will im zweiten Absatz die Worte „oder die Frist" bis „bemittelt" streichen, event. statt 2 Wochen sagen 4 Wochen, oder, falls auch dies abgelehnt wird, die Frist auf 4 Wochen bemessen, sofern es sich um eine Angelegenheit der auswärtigen Politik handelt.

Ferner soll hinzugefügt werden:

Wenn der Reichskanzler das Wort vor dem Interpellanten ergreift, um nachzuweisen, daß die Besprechung der Interpellation das Reich schädigen würde, so hat der Reichstag über die Zulassung der Besprechung ohne Beratung zu beschließen. Die Abstimmung ist eine namentliche.

§ 33a sieht in der Kommissionsfassung vor, daß bei der Besprechung einer Interpellation Anträge gestellt werden können, welche die Feststellung verlangen, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstages entspricht oder daß sie ihr nicht entspricht.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt, daß durch die Anträge der Reichstag zum Ausdruck bringen soll, daß er die Antwort des Reichskanzlers billigt oder nicht billigt.

Ein Antrag v. Normann (Z.) will den § 33e durch die Bestimmung ersetzen:

„Die Stellung eines Antrages bei der Besprechung einer Interpellation ist unzulässig. Es bleibt aber jedem Mitgliede des Reichstages überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen."

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages sollen nur zugelassen werden bei Interpellationen, die ein Gebiet betreffen, für welches der Reichskanzler verfassungsmäßig die Verantwortlichkeit trägt, und die Abstimmung über solche Anträge soll eine namentliche sein.

§ 33b endlich bestimmt, daß die Verhandlungen über Interpellationen auf einen bestimmten öffentlichen Sitzungstag beschränkt werden können, wenn Interpellationen in zu großer Zahl einlaufen.

Die Sozialdemokraten beantragen, diesen Passus zu streichen.

Abg. Dr. Bell (Z.): Meine Freunde werden für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Den Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung des § 33b lehnen wir ab.

Abg. Kretsch (Soz.): Die Anträge auf Ausgestaltung des Interpellationsrechts stammen aus der Zeit unmittelbar nach den stürmischen Novemberdebatten des Jahres 1908. Man glaubte damals — ich will nicht erörtern, durch wessen Schuld — daß die Regierung zu allem bereit sein werde, was man forderte. In sanftem Eifer stützten sich damals die Vertreter der unentwegten Demokratie, auf das lebhafteste von den Rational-Liberalen unterstützt, auf die alten Wünsche der Demokratie, das Parlament auf Kosten der Krone zu stärken. Inzwischen sind nun vier Jahre vergangen und die Welt steht noch (Heiterkeit rechts). Das beweist, wie „dringlich" diese Aufgabe ist. Wir werden uns nach wie vor gegen jeden Versuch wenden, die Autorität des Kaisers zu schwächen und den föderativen Charakter des Reiches zu mildern. Einen

Humor und Satire.

Katze.

Defßlich weh die Frühlingstwinde
Und bedauernd konstatiert man:
Weißt der Balletot im Spinde
Spät am Abend, dann erfrert man.

Dennoch trotz der Raienküsse
Will der Jüngling sich beweisen,
Wußt er sich im Hochgefühl
Frostig auch die Hände reiben.

Ja, der Drang ist nicht zu halten,
Wondschneitrunken läßt der Schwärmer;
Freilich, voll wird sich entfallen
Die Natur erst, wenn es wärmer.

Auch im Reichstag siehst du Spuren
Neuer Lenzeskraft erstehen,
Nag auch von Ostbiens Fluren
Scharf der Wind herüberwehen.

Einig sind sich die Parteien,
Doch der Zweikampf nicht zu bill'gen,
Nur die Rechte will sich weihen
Erst dem Schanz der Arbeitswill'gen.

Und in Afrika die Sklaven
Will das Zentrum ganz befreit sein,
Wenn in Deutschland erst die braven
Jesuiten kampfbereit sein.

Doch der Reichstag nicht noch fleiß'ger
Unfre schillernen Scherzgen lindert,
Liegt nur daran, daß ein eifriger
Ostwind die Entfaltung hindert.

Trotz der Heil'gen und der Ritter
Weiß man, daß sich manches wendet,
Wenn des Volkes Horngewitter
Endlich erst Befruchtung spendet.

Fridolin.

Notizen.

— August Strindberg ist Donnerstag abends operiert worden. Die Operation ist gut verlaufen. Der Kranke fühlt sich bedeutend besser. Die Ärzte sind aber der Meinung, daß die Besserung nur eine vorübergehende ist und daß die Lage des Patienten gefährlich ist. Trotz seiner großen Schmerzen hat Strindberg das Interesse für alles, was um ihn vorgeht, bewahrt.

— Edwin Wormann, der Nienchendichter, der die sächsische Mundartdichtung wenn nicht begründet, so doch fruchtbar beeinflußt hat, ist in Leipzig gestorben.

solchen Verstoß gegen diesen föderativen Charakter des Reiches setzen wir in der Zulassung von Anträgen. Die Erweiterung des Interpellationsrechts bedeutet die Verleihung des Minderheitsrechts an den einen der beiden gleichberechtigten Faktoren gegenüber dem anderen, d. h. eine Erweiterungsfrage des Reichstages. Das hat die sozialdemokratische Presse offen zugestanden. Ein Reichskanzler mit nicht ganz robusten Nerven wird es vorziehen zu gehen, wenn er fortgesetzt schlechte Zensuren wegen Unfähigkeit usw. bekommt. Es ist allein das Recht des Kaisers, zu bestimmen, ob ein Reichskanzler bleibt oder geht. Gegen ihn also richtet sich die Kritik, die ihm ziffernmäßig bescheinigt, daß der Name seines Vertrauens des Vertrauens nicht würdig ist. Wir ist es verständlich, daß das Zentrum, das bis jetzt noch immer auf dem Boden des föderativen Charakters des Reiches gestanden hat, hier einen so ganz anderen Standpunkt einnimmt. — Dann noch eine praktische Frage. Der Beschluß des Reichstages wird doch dem Reichskanzler und dem Bundesrat vorgelegt. Angenommen dieser lehnt den Beschluß ab, so wird der Reichstag den Reichskanzler wiederum über diesen Beschluß interpellieren und so geht das Ballspiel weiter mit Gracioso in infinitum, es fragt sich nur, wer den Ball zuerst an die Nase kriegt. (Heiterkeit.) Den Vortour, daß wir rochalistischer wären, als die Regierung, nehmen wir gern auf uns. (Bravo! rechts.) Man wird jetzt wieder viel von „Reaktion" sprechen. Ein österreichischer Staatsmann hat einmal gesagt, die Liberalen aller Länder teilen die Welt in Aktionäre und Reaktionen. (Heiterkeit.) Abg. Dr. David (Soz.): Sie sind beides! — Erneute Heiterkeit.) Wenn wir ein Gemisch sind der kalten und der warmen Fahrt, die der Reichswagen jetzt nimmt, um möglichst schnell zum Abgrund zu laufen, dann wollen wir uns diesen Vortour als Reaktionäre gern machen lassen. Wir brauchen eine feste Regierung in dieser Zeit, wo dem Reiche von innen und außen Gefahren drohen. Darum wollen wir die Autorität, die zur Führung des deutschen Volkes berufen ist, nicht schmälern lassen, nach unserem Grundgesetz: Autorität, nicht Majorität. (Lebhafte Weilfall rechts.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Vorredner hat alle möglichen Gründe angeführt, weshalb die Konservativen im Interesse des Vaterlandes, im Interesse des Kaisers usw. die Vorschläge der Kommission bekämpfen müßten. Nur den Grund der Gründe hat er uns in seinen langen Ausführungen nicht gesagt. Dieser eigentliche Beweggrund: weshalb die Herren sich gegen die Absicht stellen, daß der Reichstag das Recht haben soll, im Anschluß an Interpellationen ein lazes Urteil über die Haltung der Regierung auszusprechen, ist der: die Herren von der Rechten betrachten die Regierung als ihren Exekutivauschuß. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn in England die Regierung der Exekutivauschuß der Majorität des Parlaments ist, so ist bei uns die Regierung der Exekutivauschuß der konservativen Minderheit

und die Herren setzen alles daran, um dies Verhältnis zu erhalten. Der Vorredner meinte, es sei eine Annahme, wenn die Volksvertreter sich herausnehmen, ein Vertrauensvotum gegen den Reichskanzler auszusprechen, der doch Vertrauensmann des Kaisers sei. Ach ja, meine Herren, einen solchen Reichskanzler, den darf man gar nicht scheel ansehen, weil er Vertrauensmann des Kaisers ist. Und dieselben Herren sind es, die einen Reichskanzler nach dem anderen über die Klinge haben springen lassen. (Lebhafte Zustimmung links, Händelklatschen auf den Tribünen, was Vizepräsident Dove nicht für zulässig erklärt.) Wer hat den Bismarck gestürzt? Er selbst hat es gewagt und hat es ausgesprochen mündlich und schriftlich. Und aus dem Lager der Konservativen sind auch die Pfeile gekommen, die den Grafen Caprivi gestürzt haben. Auch Herr Salow hat es den Konservativen schriftlich bestätigt, daß sie sich in frivoler Weise gegen die Interessen des Reiches und der Monarchie vergangen haben. So dachten die Reichskanzler selbst über die Art, wie die konservative Partei die Unantastbarkeit des Reichskanzlers und des Kaisers in der Praxis handhabt. Auch der jetzige Reichskanzler könnte vielleicht schon einiges sagen über die Art, wie ihm die Herren auf der Rechten das Leben erschweren. Angesichts all dieser bekannten historischen Tatsachen ist die Argumentation des Vorredners derartig gewesen, daß es mir schwer fällt zu glauben, daß er selbst an den Ernst seiner Ausführungen geglaubt hat.

Das Recht der Regierung seine Meinung zu sagen, hat der Reichstag heute schon durch Annahme von Resolutionen. Was hier neu geschaffen wird, ist lediglich, daß solche Anträge aus Zweckmäßigkeitsgründen auch am Ende der Besprechung einer Interpellation angenommen werden können. Also von einer Erweiterung der Rechte des Parlaments kann keine Rede sein.

Man kann doch nicht die

Mithilfe der Presse

bei der politischen Aufklärung unterschätzen. Der Zeitungen Klee, hat jedenfalls ein besseres Urteil über politische Dinge, als wer sie nicht liest. Freilich gibt es auch Leute, die keine Zeitung lesen, sondern sich Aufschnitte präparieren lassen. Gerade für solche Leute, die die öffentliche Meinung nur zurechtgeschneitten und verfälscht erfahren, ist es wichtig, die öffentliche Meinung hier in authentischer Weise klar festzustellen. Und das ist am besten durch eine solche Interpellationsdebatte zu erreichen. Geht sie ohne Beschluß aus, so liegt die Gefahr vor, daß dem Kaiser auch dann die Meinung des Reichstages nur durch Kassette der konservativen Presse und des „Lokal-Anzeigers" vor Augen kommt. Gerade im Interesse einer zuverlässigen Information des Reichskanzlers und des Kaisers dürfen wir keinen Zweifel lassen, wie in einem solchen Falle die Volkvertretung denkt. Herr Kretsch rühmte die Regierung, daß sie sich an das Kochen der Volksseele in den bekannten Novembertagen nicht gekümmert habe. Nun, auch die Freunde des Herrn Kretsch, haben damals scharfe Worte der Kritik an der Regierung bis zur höchsten Spitze hinauf geschunden, und das kann jetzt nicht wieder weggelassen werden. Bei den letzten Wahlen hat das Volk den Freunden des Herrn Kretsch ja auch einen Denkkettel gegeben. Sie sind zusammengeschmolzen, weil sie glauben, sich der Entwicklung entgegenstellen zu können. Das Wertvolle an dieser Debatte ist, daß sie uns die ganze Schwäche der konservativen Partei zeigt (Sehr richtig! links), die ganze Schwäche der Reinen Gruppe, auf die sich die Regierung stützt, und die Regierung sollte sich warnen lassen, sich noch weiter auf diese Gruppe zu stützen und so immer mehr in Gegensatz zur Mehrheit des deutschen Volkes zu kommen. Das Zentrum hat besser begriffen, um was es sich handelt. Aber die Konservativen sehen das nicht ein. Wenn Gott strafen will, schlägt er mit Blindheit. (Lebhafte Zustimmung links.)

Nach ein paar Worte zu unseren Anträgen! Der erste will bewirken, daß auch dann eine Besprechung der Interpellationen stattfinden muß, wenn die Regierung die Beantwortung ablehnt. Die Streichung des § 33b beantragen wir, weil bei einer Interpellation die Gefahr einer Obstruktion nicht vorliegt, dazu eignet sich eine Interpellation ihrer ganzen Tendenz nach nicht. Für einen solchen Fall, der an wichtige Dinge anknüpft und dann andere Formen annimmt, braucht man hier keine Vorkehrungen zu treffen. Im § 33a nämlich wird lediglich einem lazernen und deutlicheren Ausdruck. Eine beleidigende Form wählt man in solchen Fällen schon deshalb nicht, um in der Sache eine Mehrheit zu erreichen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jund (natl.): Ich spreche dem Abg. Kretsch und seinen Freunden den Dank dafür aus, daß sie namentliche Abstimmung beantragt haben. Und wäre es auch nicht unangenehm, wenn die Rede des Abg. Kretsch im Stenogramm verbreitet würde. Man würde dann erkennen, wie die Herren jeden Fortschritt hintanzuhalten suchen, wenn es sich um den bösen Reichstag handelt. Er stellte die Anträge als Ausfluß der Tätigkeit des Grobblöds hin. Vergißt er, daß das Zentrum daran mitgewirkt hat? (Sehr gut! links.) Die Ausführungen des Abg. Kretsch

waren — Ich sage das ohne Ironie — tiefgründig (Große Heiterkeit), tiefgründiger jedenfalls als die eines anderen hochgeschätzten Mitgliedes dieses Hauses. Aber neu waren sie nicht. Staatsrechtliche Wirkungen können Interpellationen nicht haben, sondern nur faktische, und davon wird durch eine Beschlußfassung nichts geändert. Graf Rosadowski, der sich als Gegner des Parlamentarismus bekannt hat, ist hier doch eingetreten mit der Absicht, das Niveau der Debatten zu heben. Aber seine staatsrechtlichen Ausführungen über die Kompliziertheit unseres Verwaltungsmechanismus erinnere ich mich schon in meinem ersten Semester gehört zu haben. Von einer Erweiterung der Rechte des Reichstages kann bei dieser Gelegenheit gar keine Rede sein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gröber (Z.): Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß über ein schwebendes Strafverfahren hier verhandelt werden mußte, z. B. 1882 wegen Verhaftung des Abg. Diez-Stuttgart. Art. 31 der Verfassung ist gar nicht durchführbar ohne Eingriff in ein schwebendes Strafverfahren. Solche Ausnahmefälle lassen sich auch sonst denken, z. B. wenn die Zeugen bei einer solchen Verhandlung so behandelt werden, daß die Öffentlichkeit davon unterrichtet werden muß. (Sehr richtig.) Daher bitte ich, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen.

Abg. v. Laszewski (Pole) erklärt sich für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. v. Halem (Sp.): Ich möchte Ihnen einen Lieberblick geben über die Entwicklung des Interpellationsrechts. (Unruhe links. Abg. Ledebour: Sie brauchen doch hier nicht Ihr Referendarexamen zu machen! Große Heiterkeit.) Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben überhaupt kein Interpellationsrecht. (Hört! Hört! rechts.) Das englische System der Interpellation dient der Information, das französische der Sensation. Diesem letzteren Zweck sollen auch die neugestellten Anträge zum Interpellationsrecht dienen. (Unruhe links.) Der Kaiser ernannt den Reichskanzler, und wenn der Reichstag ihm das Mißtrauen ausdrückt, haben wir einen Konflikt zwischen Kaiser und Reichstag. Das kann der ruhigen Entwicklung nicht dienen. Sie verlangen für den Reichstag ein Recht, um den Kaiser, den Bundesrat und den Reichskanzler durch das laudimische Joch zu zwingen. Dazu können wir unsere Zustimmung nicht geben. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Bell (Z.): Noch einmal möchte ich mit allem Nachdruck erklären, daß es uns nicht einfällt, die verfassungsmäßigen Rechte der Krone und des Bundesrats anfasten zu wollen und durch die Beschlüsse der Kommission geschieht das in keiner Weise. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Mumm (Wirtsch. Bg.): Ein Mißtrauensvotum würde das Ansehen unserer Regierung im Inlande und auch im Auslande herabziehen, und das wäre sehr bedenklich. — Stöder hat den Kaiser als Bismarck stets als sehr groß in der auswärtigen Politik betrachtet, als groß in der inneren Politik, nicht ganz so in der inneren Politik, gegenüber der Kirche (Heiterkeit), und hat ihn stets in aller Deutlichkeit belächelt. (Zuruf links: Scheiterhaufenbrief!) Dieser Brief ist von Treitschke als durchaus kühnes politisches Kampfmittel bezeichnet worden. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Graf v. Westarp (L): Dr. David sprach gegenüber der Rede meines Freundes Stöder von Obstruktion. Dafür fehlt mir jeder parlamentarische Ausdruck. So etwas von Heuchelei und Heberhebung ist mir noch nicht vorgekommen. (Eifrige Zurufe links.)

Präsident Koenig: Derartige Vorwürfe gegen Mitglieder des Hauses sind parlamentarisch unzulässig.

Abg. Graf Westarp (fortfahrend): Bei der Mißtrauensvorlage haben Sie stundenlang geredet. Wir haben Sie durch unsere Zurückhaltung verwöhnt. (Eifrige Heiterkeit links.) Dr. David brachte wieder die Legende der Kanzlerkürzerei durch uns vor. Darauf gehe ich nicht ein. (Heiterkeit links.) Ich läse eben auch da wieder Zurückhaltung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das höre Gewissen!) Ich verbitte mir einen derartigen Zuruf.

Präsident Koenig: Der Zuruf ist unparlamentarisch, Ich rufe den Herrn, der ihn gemacht, zur Ordnung.

Abg. Graf Westarp (fortfahrend): Auch ein Beschluß, der dem

Reichskanzler das Mißtrauen des Reichstages ausdrückt, ist nach der Verfassung dem Bundesrat zu unterbreiten. Was soll denn der Bundesrat damit machen? Also die ganze Sache paßt in unser System nicht hinein. — Gewiß kann das parlamentarische System staatsrechtlich durch diese Anträge nicht herbeigeführt werden, aber wir bekämpfen die Anträge als einen Versuch, Formen zu finden, um das Recht des Parlaments zu erweitern. Es handelt sich um Rechte des Königs von Preußen, die ihm durch die Verfassung garantiert sind, und für diese Rechte treten wir mit aller Entschiedenheit ein. (Bravo! rechts.)

Abg. Gröber (Z.): Ueber den Verg. den Graf Westarp sich äußert, daß der Bundesrat auch über ein etwaiges Mißtrauensvotum des Reichstages Beschlüsse zu fassen hat, kommen wir leicht weg. (Heiterkeit.) Wenn Graf Westarp, ruhiger geworden, seine Rede durchliest, wird er sich selbst über die Tragweite wundern, die er der Bestimmung beimißt. Wenn nicht und, wird er dem Staatssekretär Dr. Delbrück glauben, daß die Beschlüsse über unsere Geschäftsordnung dem Bundesrat nicht einzureichen sind. Es sind also nicht alle Beschlüsse dem Bundesrat vorzulegen. Solche grobartigen Vorträge über Staatsrecht wie heute von der rechten Seite des Hauses sind uns hier noch nicht gehalten worden. Sie sollten aber nicht solche staatsrechtlichen Bedenken vortragen, mit denen man wirklich keinen Staat machen kann. (Heiterkeit und sehr gut! im Zentrum.)

Abg. Dove (Sp.) betont gegenüber dem Abg. Graf Westarp, daß die Abgeordneten im Reichstag sich nicht als Preußen usw., sondern als Vertreter des deutschen Volkes zu fühlen hätten. (Bravo! links.)

Abg. Graf Westarp (Zus.): Ueber Beschlüsse, durch welche der Reichstag seine Geschäfte regelt oder zu Wahlprüfungen Stellung nimmt, hat der Bundesrat nicht zu beschließen. Aber das sind Ausnahmen, die beweisen, daß er sonst über alle Reichstagsbeschlüsse zu befinden hat.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmungen über die Paragraphen mit den Anträgen wird auf Mittwoch, den 8. Mai, vertagt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Debatte über die Mißlingfrage beim Graf für Samoa, Antrag der Geschäftsordnungskommission betr. die Mandatsstärke einer Fraktion). Schluß 7 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Wehrvorlagen in der Budgetkommission.

In der Freitagssitzung wurde lebhaft über die Errichtung von 22 Landwehrinspektionen debattiert, die von sozialdemokratischer und volksparteilicher Seite bekämpft wurde. Die von der Regierung für diese Inspektionen gegebene Begründung war vertraulich. Ein volksparteilicher Antrag, grundsätzlich diese Inspektionen abzulehnen, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt, ebenso sechs für Preußen geforderte Inspektionen; dagegen wurden für Preußen vier bewilligt, für Sachsen waren zwei Inspektionen gefordert, bewilligt wurde keine, für Württemberg wurde die Beschlußfassung ausgesetzt. Bei der Forderung, Errichtung von Maschinengewehrkompanien, wurde energisch die Geheimnisträumerei kritisiert, die die Militärverwaltung bei dem organisatorischen Ausbau der Bewaffnung des Heeres mit Maschinengewehren betreibt. Es sind eine ganze Anzahl von Kompanien errichtet worden, ohne daß der Reichstag davon unterrichtet worden wäre. Aus den Mitteln eines Fonds: Versuche im Wasserwesen, ist die Errichtung der Maschinengewehrkompanien bestritten worden. — Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt.

Die Branntweinsteuer in der Kommission.

Die Debatte über den Absatz 2 des § 2 wurde in der letzten Sitzung abgebrochen, da bis zur zweiten Lesung des Entwurfes in der Kommission eine bessere Formulierung gefunden werden soll, die sich mit der Abänderung des Absatzes Nr. 1 verträgt. Der § 3 betrifft die Herabsetzung der Verbrauchsabgabe für die kleineren Obstbrenner. Der Entwurf stellt als Grenze für die Gewährung der niedrigeren Steuer eine Jahreserzeugung von höchstens 90 Liter vor. Das Zentrum hatte zuerst die Herabsetzung dieser Grenze auf 100 Liter beantragt, hat

sich aber inzwischen mit der Regierung auf einen agrarischen Kompromißantrag geeinigt, und schlägt jetzt mit Konservativen, Nationalliberalen und Polen eine Höchstgrenze von 50 Liter vor. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Grenze auf 200 Liter wurde nach längerer Debatte gegen die acht Stimmen unserer Vertreter abgelehnt, der Kompromißantrag Dietrich darauf einstimmig angenommen.

Bei § 4 handelt es sich um die Vorzugsstellung kleinerer landwirtschaftlicher Brennereien, die vor dem 1. April 1912 betriebsfähig hergerichtet sind. Der Entwurf sah eine Grenze von 10 Hektolitern und einen Abgabensatz von 1,175 M. pro Liter vor. Genosse Wurm verteilte unseren Antrag: Das einschränkende Datum zu streichen und die Produktionsgrenze auf 300 Hektoliter festzusetzen mit dem Argument, daß auch die Konkurrenz der mittleren Betriebe gegen die großkapitalistisch betriebenen Brennereien gestützt werden müsse. Unser Antrag wurde abgelehnt, während die Gegner nur — in einem Antrag Herold — das Zugeständnis machten, den Abgabensatz auf 1,13 M. festzusetzen.

Eine sehr ausgedehnte Diskussion nahm der § 5 (Vorzugsstellung der landwirtschaftlichen Brennereien mit einer Jahreserzeugung von 10—300 Hektolitern) in Anspruch. Ein Antrag Herold (Z.) verlangte eine Stufung der Brennereien, ein sozialdemokratischer die Aufhebung der — ebenso wie bei § 4 — einschränkenden Zeitbestimmung. Der Fortschrittler Schweickhardt machte darauf aufmerksam, daß die neue Bestimmung gegen das Reservatrecht der süddeutschen Staaten verstoßen würde und ein Regierungsdirektor gab auch sofort zu, daß es die Absicht dieser Bestimmung sei, die kleineren und mittleren Betriebe in Norddeutschland den süddeutschen gleichzustellen. Abg. Dr. Südekum und Abg. Wurm wiesen nach, daß bei den teureren Produktionsverhältnissen in Süddeutschland die dortigen Brennereien bei solcher Gleichstellung beträchtlich benachteiligt würden, die im übrigen gegen den Sinn des Reservats verstoße. Wegen dieser einfache Logik suchten sich der Staatssekretär und die Redner des Zentrums, der Rechten und der Nationalliberalen mit allen möglichen Einwendungen zu wehren. Unser Antrag auf Streichung des einschränkenden Datums („vor dem 1. April 1912 betriebsfähig“) wurde gegen die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Stimmen abgelehnt, der Antrag Herold gegen die fortschrittlichen Stimmen angenommen.

Zu § 6 (Vorschriften über das Kontingent in den Reservatstaaten) beantragten unsere Genossen, daß eine zahlenmäßig bestimmte Kontingentsgrenze von 3000 Hektolitern für die gewerblichen Brennereien eingeführt werde. Abg. Dr. Südekum begründete diesen Antrag mit der notwendigen Stärkung der kleinen und mittleren Brennereien. Der Antrag wurde gegen unsere Stimmen und die Stimme des Abg. Sped (Z.) abgelehnt, der in ihm mit Recht einen Schutz der genossenschaftlichen Brennereien sah. Am Schluß der Sitzung wurden einzelne Änderungen an Bestimmungen des Branntweinsteuergesetzes vorgenommen. Eine kurze Debatte entstand nur bei dem Antrag, auf alle Steinobstbrennereien die Vorzugsstellung auszuweiten, die heute für Äpfeln und Zwetschen besteht. Nach Verantwortung durch die Abgeordneten Dr. Zehner (Z.) und Dr. Weill (Soz.) wurde der Antrag angenommen.

Witterungsübersicht vom 4. Mai 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in Grad C
Swinemünde	768	SE	4bedekt	11	Darunda	762	ENE	bedekt	-1
Hamburg	768	SE	4Regen	10	Petersburg	761	O	1bedekt	1
Berlin	760	SE	1bedekt	10	St. Petersburg	761	ENE	halbbd.	11
Königsberg	762	SE	3wolken	9	Aberdeen	761	ENE	3wolken	7
München	764	SE	3wolken	8	Paris	764	ENE	bedekt	10
Wien	764	ENE	3wolken	7					

Wetterprognose für Sonnabend, den 4. Mai 1912.

Etwas kühler, veränderlich, vielfach wolfig mit leichten Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Amt Norden, Nr. 1209. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987.

Montag, den 6. Mai 1912:

Bezirksversammlungen:

Westen und Schöneberg: Oeffs Festhalle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
Weißensee: Prälaten, Lehderstr. 122, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

Bericht von der ordentlichen Generalversammlung und Stellungnahme zur außerordentl. Generalversammlung.

Außerdem findet in folgenden Lokalen die

Fortsetzung der Bezirksversammlung vom 29. April statt:

Osten: Comenius-Säle, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
Siralau und Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
Südenbezirke: Hohenstaufensäle, Rottbuscher Damm 76, abends 8 1/2 Uhr.

do. Süd-Ost: Waldemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr.

Mitgliedsbuch legitimiert:

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet. Vollständiges Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Reichstr. 28. part. Filiale Berlin: Arbeitsnachweis: Kaiserstr. 9. Fernspr. Amt Nordplatz, 4787. Fernspr.: Amt Norden, 6708. Heute Sonnabend, den 4. Mai, abends präzis 8 1/2 Uhr:

Versammlung

der in den

Wagenladierrien der Kleinmeister beschäftigt. Lackierer in Frey Wilkes Festsaal, Sebastianstr. 39.

Tagesordnung:

Beschlußfassung über die weitere Verfolgung der Lohnbewegung.

Ingehoer der wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß die Kollegen vollständig erscheinen. Die Sekretionsleitung.

Zentralkrankenkasse der Mäurer Grundstein zur Einigkeit

Zahlstelle Charlottenburg. Sonntag, 5. Mai, vorm. 10 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, vorn: Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom ersten Quartal 1912. 2. Kassenangelegenheiten. 140/4 3. U. Die Ortsverwaltung. Wih. Strahl.

Möbel-Cohn
58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 bis 25 30 bis 45 50 bis 70 75 bis 160
Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
Jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rückzahl bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags 8 bis 10 Uhr geöffnet.

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verw. Gewerbe zu Berlin.

Montag, den 13. Mai 1912, abends präzis 8 Uhr: Ordentliche General-Versammlung sämtlicher Vertreter

in den 275/11 „Reminhalten“, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung für 1911, Bericht der Revisoren, Dechargeerteilung.
2. Bericht der im November 1911 gewählten Kommission zur Abänderung der Statuten und Beratung der von derselben gebrachten Anträge.
3. Bericht des Vorstandes über die Zentralisation der Berliner Krankenkassen.
4. Beschlußfassung über die weitere Zulassung der Kasse nach der Reichsversicherungsordnung.
5. Geschäftliche Mitteilungen.
Berlin, den 30. April 1912.

Der Vorstand:

H. A. W. Gutsche, Vorsitzender. Beschlüssen, zu deren Erledigung die Einfindung der Kassenakten erforderlich ist, sind bis zum 9. Mai schriftlich im Kassenlokal einzuweisen.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I: Neue Friedrichstr. 35 neben Zentral-Walkhalle
II: Turmstr. 67
liefert an jedermann elegante Herren-Garderoben nach Maß unter Garantie für tadellose Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.
Schnellerei u. Herf. im Hause. Aus Wunsch Besuch des Neuen mit neuesten Stoffmustern.
Besondere Abteilung für fertige Garderobe Sonntag geöffnet.

Vom Obstgarten zum Eigenhaus

Gartenstadt Hoppegarten: Q.-R. 15 M.
Gartenstadt Kottbuscher Str.: Q.-R. 15 M.
Birkenwerder: Fließparzellen im Holzjagdrevier: 500 M.
Kolonie Thyrow, Anhalter Bahn: 8 M.
Hohen-Neuendorf: Q.-R. 15 M.
Zehlendorf: Q.-R. 70 M.
Kaulsdorf: Q.-R. 15 M.
Königstal: Q.-R. 15 M.
50 M. Anzahlung — zehnjährige Restkaufgeldhypothek. — Wir haben nahezu 10,000 Gärten, viele Sommer- und Ferienhäuser und Eigenhäuser zu günstigen Bedingungen in 12 Kolonien geschaffen. Fordern Sie unsere Prospektüre „Zinsen statt Miete“.
Allgemeine Bau- und Anstiedelungs-Gesellschaft C. Winkler m. b. H.
Berlin C 25, Dircmannstr. 20.
Fernspr.: Köpenick 2504.

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer- Paletots und 4-500 geringere Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Savalleren getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen 176/12* billigen Preisen.
1 Fr., bezahlbar mit im Laden.
Hirsch Kiefernbaum, Wasserort, Straß. 12/13 I

Zigarren- W. Herbst Fabrik
gegr. 1902. Tel.: Moritzplatz 35/37.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erfolgreiche Ware. Zigarrenhändler bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

Anhängetisch für Balkons als Pult etc.

Neu! von 2.10 M. an.
Klappstühle Gartenmöbel
Blasberg, Markgrafentstraße 94.

Ziehung v. 13.—18. Mai 1912 Große Coburgor Geld-Lotterie

17355 Goldgewinne ohne Abzug — A
360000
100000
50000
Porto u. Liste 30 Pf. extra
Lose 3.—
Emil Stiller, Hamburg
Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gedruckt in D. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 60 (Laden).

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Angehörigen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Robert Glaub** am 1. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neufährner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
116/14 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk 1.
Den Beauftragten zur Nachricht, daß unser Mitglied **Gottfried Dubian** am 2. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weizener aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
254/8 Der Vorstand.

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.
Am 2. Mai verschied nach längerem Leiden unser Kamerad, der Zimmerer **Gottfried Dubiau** im Alter von 61 Jahren.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weizener, Lichtenberger Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Am 2. Mai verschied nach längerem schwerem Leiden nach circa 30-jähriger treuer Pflichterfüllung der Rentant a. D. **Franz Minx** im Alter von 70 Jahren.
Alle, die wir mit ihm lange Jahre zusammengearbeitet haben, bewahren ihm ein ehrendes Andenken!
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes in Berlin.
A. Brunzel, Vorsitzender.
Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landberger Allee, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Gottlob Herzfeld** am 1. Mai im Alter von 53 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Die Bezirksverwaltung.

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.
Am 2. Mai verschied nach schwerem Leiden unser Mitglied der Rentant a. D. **Franz Minx** im Alter von 70 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Straußenspenden bei der Beerdigung meiner ungeliebten Frau, unserer guten Mutter, sagen wir: allen Bekannten sowie den vier anwesenden Vereinen, insbesondere Herrn Gießig für die trostreichen Worte am Sarge, unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Karl Um**.

Allen Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß am Donnerstag, den 2. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, meine liebe Frau, die treuherzige Mutter, Schwester und Schwägerin **Frau Berta Karras geb. Busse** nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten im Namen der Hinterbliebenen **Richard Karras, Erich Karras**.
Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
15128

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe „Berlin“.
Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unsere Bundesgenossin **Frau Berta Karras** am 2. Mai verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
11/8 Der Zentralvorstand.

Dankagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Vaters **Otto Umschneider** sage ich dem Verband der Fotografen sowie den Kollegen der Firmen Schütte und Bahlich meinen herzlichsten Dank.
15035 Marie Umschneider.

Vornehme Herren-Bekleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen **Mass-Schneiderei**
J. Kurzberg
auf Wunsch Wochenrate.

von **1 Mark** an

Rosenthaler Straße 40
Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstraße.
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Wollen zu hohes Budget und Sigismund Lacroix. Die wahre Gestalt des Christentums, von August Hebel. Preis 75 H. Billige Ausgabe 30 H. Expedition Lindenstraße 69 Laden.

Sommerpreise.

A. B. KOCH
Kohlen- und Brikett-Großhandlung
Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
Telephon: Amt Königstadt, 3040 und 3096.
Lagerplatz 1: O. 34, Altdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof).
Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
pr. Ztr.
Vulkan-Salon-Briketts . . . 0.90 M. Krone Hallsteine . . . 0.85 M.
Krone-Salon- . . . 0.95 M. Ilse, Kaiser u. Akw. Halbst. . . 0.90 M.
Ilse, Kaiser u. Akw. . . 1.00 M. Anthracit Cadé . . . 2.30 M.
Ein Zentner (enth. 110-120 Stück) Holz zerkleinert 1.90 M.
Bei Frankfurterlieferung je nach Quantum per Ztr. 5-15 Pf. mehr.
Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialkorte.
Sonntags wieder von 8-10 Uhr geöffnet.
Neuheit: Vom 1. Juni cr. an findet die Anlieferung der Briketts auf Wunsch in meinen patentantlich geschützten verschließbaren, staubfreien Kohlentransportkästen statt, welche den Konsumenten leihweise überlassen werden. Bestellungen darauf werden von allen besseren Kohlenhandlungen sowie durch meine Firma direkt ausgeführt.

Seit unserer letzten Bekanntmachung vom 2. Januar 1912 sind folgende Beiträge bei uns eingegangen:
A) Regate: 3000.— Dr. J. D. Goldschmidt, 202.76 Frau Schelme Rangierat Kurgenberg. — Beiträge der Städte: 1000.— Charlottenburg, 2000.— Neufährn.
B) Einmalige Beiträge: 3000.— Alfred Böhm, 2000.— Baron Hans v. Weichroder aus Anlaß seines u. seiner Gattin Geburtstag, 1000.— Frau Anna Friedberg zum 19. März. Diskonto-Gesellschaft, von den Erben der verstorben. Frau Geh. Kommerzienrat Th. Hahn, 400.— Th. Rosse, 300.— Gehr. Schneider, 200.— Otto und Gustava Schilling, 100.— Kommerzienrat H. Eisner, Dr. Georg Hahn, Hrl. Marie Meyer Cohn, Frau Prof. Meyer, L. Arbeiter der Bergmann Elektr.-Werke, Rosenthal durch H. Heymann, J. Dortmann, 80.— Frau v. Thielmann, 54.05 Dolar Lieb aus einer Vergleichsache, 50.— R. Brud u. Loewenstein Dr. Rathen, Kommerzienrat H. Walter, Karl J. Lehmann zur Verteilung von Speisemarken an bedürftige Arbeiter und Arbeiterinnen, 36.— Berliner Feuer-Versicherungsklub, 32.— Otto Dank, 30.— Dr. J. Kränzel, E. Schlinger, Felix Wilsch, Arbeiter u. Arbeiterinnen von Ferd. Köhlem statt Kranzspende i. d. Märzgesellschaften, 23.70 Hochzeitsfeier Cohn-Hellbrunn, H. Heymann, 20.— A. Behrend, Klara Fiedler, Geh. Reg.-Rat Dr. C. Dortmann, Heymann Weller u. Co., Geh. Rat Winterfeld, Dr. Karsten, J. Runt, 16.98 Martin Cohn, Meran, d. Hrl. Thöde, 10.— L. D., Graf Berckheim, Dr. Erwin Brettauier, Frau Helise Cohn, Geh. Reg.-Rat Dr. Eger, A. Feit, Karl Wernsdorf, Klänchen, Frauenschule für innere Mission, d. Gaiser d. S. Manasse, Hrl. Deute Wilschberg, J. Meyer, Emil Meyer, Rannheim, Paul Oppenheim, Goldbuche aus einer Privatflagelade d. Justiz-Rat Dreschner, Frau Dr. Heinemann, Dr. Leiden, Dr. S. Weinberg und Frau Berta Weinberg, 6.75 Arbeiter der Elektr. Werke Rosenthal, Hrl. Konkolleura, 5.50 Chauffeure der Konsumgenossenschaft Lichtenberg statt Kranzspende für die Märzgesellschaften, 5.35 500. Wahlbeist. 5.10 601. Wahlbezirk 5.— Hrl. A. Coeler, Geh. Kommerzienrat Fromberg, Otto Fiedler, Wlth Gloscher, Königl. Domlandtagskass., Frau Elise Gauschot, Deute Wilschberg, L. Wilschberg, W. Rengel, H. R. 4.75 Radfahrer der Konsumgenossenschaft Lichtenberg statt Kranzspende für die Märzgesellschaften, 4.— Severen u. Co. Stammsammlung, 3.— Beamte der A. G. S., Hedwig Barbara di San Giorgio, S. Goldstein, Alice Israel, Sigmar Hedring, E. Weber, Glauhan, 2.— Henriette Herrmann, durch Otto Loeb, E. Müller, 1.50 Bygob.
Wir sagen den geehrten Spendern herzlichen Dank und bitten, weitere Beiträge und Zeichnungen an unseren Schatzmeister, Herrn A. Dürschfeld, Berlin W, Rajanenstr. 33 — Postfachkonto 2989 — oder an dessen Stellvertreter, Herrn Kommerzienrat Dr. Krons, Mauerstr. 34 — Postfachkonto 1153 — des Bankhauses Gebr. Krons einzusenden. Gebrachte Kleidungsstücke lassen wir durch unsere Boten oder durch die Paketfahrt gern abholen.
Berlin, den 1. Mai 1912.
Der Verwaltungsrat des Berliner Arbeitervereins für Obdachlose.

Westmann
Mohrenstr. 37 & Gr. Frankfurterstr. 115
Für dieses Angebot gelten, wohl Ermäßigung nicht mehr möglich,
äußerste Preise!!
Kostüme Mäntel
aus Kammgarn, Leinen und Seide. Staubmäntel, Seiden-, Tüll-, Leinen- u. Kammgarn-Mäntel.
10, 12, 15, 18, 21, 24 bis 100 6, 9, 12, 15, 18, 24 bis 55
15, 19, 24, 28, 35, 40 bis 150 15, 18, 24, 27, 30, 36 bis 180
45, 48, 56, 68, 75, 82 bis 200 25, 30, 36, 45, 50, 55 bis 175
Voile-Kleider Biusen u. Röcke
25, 33, 45 bis 100. enorm billig.
Stücke für starke Figuren in allen Abteilungen vorrätig!
Sonntag geöffnet von 8 bis 10 Uhr.

Jeder schwört
auf unser Verkaufssystem
Selbstkostenpreis + 10%
der nur einmal bei uns gekauft hat. Der Käufer sieht sofort, daß ihm bei uns etwas ganz besonders Günstiges geboten wird.
Gegen eine Umsatzgebühr von 10 Prozent hat jeder das Recht, Ware von der **Deutschen Bekleidungsgesellschaft** zu ihrem Selbstkostenpreise zu beziehen. Die Feststellung des Selbstkostenpreises geschieht auf Grund des Einkaufspreises zuzüglich sämtlicher Geschäftskosten.
Gemäß ihrer beim Gericht niedergelegten Statuten ist unsere Gesellschaft an obige Vertriebsart gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet.
3000 M.
sichern wir demjenigen zu, der uns den **Nachweis** erbringt, daß unser Nutzen größer als der oben angegebene ist.
Wir verkaufen z. B.:
Knaben-Anzüge und Herrenhosen
Selbstkostenpreis . . . 2.50 . . . 4.25 . . . 7.50 . . . 9.50
Verkaufspreis . . . 2.75 . . . 4.67 . . . 8.25 . . . 10.45
Herren-Anzüge □ Ulster □ Paletots
Selbstkostenpreis . . . 14.25 . . . 21.00 . . . 26.50 . . . 33.00
Verkaufspreis . . . 15.68 . . . 23.10 . . . 29.15 . . . 36.30
Sämtliche Berufskleidung, □ Anfertigung nach Maß,
Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.
Gr. Frankfurter Str. 4 (Ecke Fruchtstraße). Turmstr. 80 (neben Kleinem Tiergarten).

Greift zu!
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlin's garb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herrn-Hosen 2.50, 5.00 M.
Ulster, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderobe.
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98 (Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!
Sonntags 8-10 Uhr geöffnet.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Albessinier-Pumpen
zum Selbststellen für Gartenbesitzer u. Landbesitzer von 8 M. an
Hägel-pumpen, Gartenspritzern, Röhren, Schläuche usw. billigst.
Erdböhrer leichteste.
Karl Köchlin & Co.
Berlin SW., Alte Jakobstr. 20/22
(1V 1676)

Reste Konfektion
Damentuche schw. u. farb. 3 M. an
Kostümstoffe engl. 2 M. an
Seldenplüsch Velours 4 M. an
Voile zu Kleidern 130 cm breit 2 M. an
per Meter . . . von
Paletots i. d. neuest. Façon, in engl. Stoffen etc. 14 M. an
Kostüme in reichlicher Auswahl in engl. Stoffen u. Kaning v. 25 M. an
Kostüm-Röcke in grosser Auswahl von 4.50 M. an
Staubmäntel zu sehr billigen Preisen!
C. PELZ Kottbuser Strasse 5.

Der tote Jagow gegen den lebenden Rosenow.

Am 1. Mai hat der Polizeipräsident v. Jagow folgende Maßnahme an die Berliner Freie Volksbühne erlassen:

Die öffentliche Aufführung des von der Direktion am 10. April dieses Jahres zur Zensur eingereichten Stückes „Die im Schatten leben“ im Thalia-Theater wird gemäß § 10, II 17, d. Allg. Landrechts aus ordnungspolizeilichen Gründen hiermit untersagt.

Als der Berliner Polizeipräsident durch seinen bekannten Erlass der Freien Volksbühne die Zensurfreiheit entzog, deren sie sich viele Jahre lang unbeschränkt erfreut hatte und gegen die Beschwerden des Vorstandes ein obliegendes Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts erreicht, wurde von der Regierung feierlich erklärt, daß das Vorgehen gegen die Volksbühne aus keinerlei parteilicher Voreingenommenheit erfolge.

Das nachgelassene Werk unseres leider zu früh verstorbenen Parteigenossen Emil Rosenow, des Dichters des „Roter Lampe“, spielt im Aufrevidier und behandelt in der naturalistischen Manier der neunziger Jahre Konflikte des Vergarbeiterlebens.

Was in Frankfurt a. M. erlaubt war, wird nun in Berlin verboten. Es wird interessant sein, die Gründe kennen zu lernen, mit denen die Berliner Zensur ihren Streich zu rechtfertigen versuchen wird.

Soziales.

Aus dem Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts.

Der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts beschäftigte sich in seiner Sitzung am Donnerstag mit der Sonntagsruhe in Kontoren, Ruhezeit und Festsetzung der täglichen Arbeitszeit in denjenigen Betrieben des Handelsgewerbes, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind.

Hierzu lag ein Antrag der Freien Vereinigung der Kaufmannsgerichtsbeisitzer Groß-Berlins (Handlungsgehilfen) vor, welcher lautete:

Das Kaufmannsgericht Berlin wolle auf Grund des § 18 Abs. 2 des Gesetzes über Kaufmannsgerichte bei den verbündeten Regierungen die Vorlage einer Novelle zur Gewerbeordnung beantragen, in der die Arbeitszeit und Sonntagsruhe der Angestellten in Kontoren nach folgenden Vorschlägen geregelt wird:

1. Der § 105 b Absatz 2 der Gewerbeordnung ist dahin zu ergänzen, daß den Angestellten in Kontoren eine sechsunddreißigstündige Sonntagsruhe gewährt wird.

2. Dem § 139 c Absatz 1 ist eine Bestimmung anzufügen, nach der die Angestellten in Kontoren nicht länger als neun Stunden, unterbrochen durch eine zweistündige Mittagspause, beschäftigt werden dürfen.

3. Die Bestimmungen des § 139 d sind dahin umzuändern, daß Ausnahmen von der vorgeschriebenen Arbeitszeit nur zugelassen werden können für Arbeiten, die in unvorhergesehenen Fällen im öffentlichen Interesse oder zur Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Inventuren auszuführen sind.

Zu diesen Anträgen wurde von Seiten eines Gehilfenbeisitzers noch folgender Unterantrag gestellt:

§ 139 f der Gewerbeordnung ist dahin zu ergänzen, daß auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenhängende Gemeinden durch die höhere Verwaltungsbehörde für alle oder einzelne Geschäftszweige angeordnet werden kann, daß die Kontorarbeiten an zwei Sonntagen spätestens um 3 Uhr nachmittags zu beendigen ist.

Die deutschen Handlungsgelöhnsbeisitzer hatten zu Antrag 2 noch den Zusatzantrag gestellt, die Vergütung der früheren Schlußstunde auch auf alle weiblichen Angestellten auszuweihen, zogen denselben auf Anraten der übrigen Gehilfenbeisitzer aber zurück.

Nach dem zweiten Satz des Antrages 2 ist einzufügen:

„Bei geteilter Arbeitszeit muß der Gewerbebetrieb um 7 Uhr, bei ungeteilter Arbeitszeit um 5 Uhr nachmittags beendet sein.“

Nachdem die Antragsteller ihre Anträge eingehend begründet hatten, wurde den den Beisitzern der hiesigen Kaufleute ausgeführt, daß ihnen dieselben viel zu weit gehen. Wenn die Gehilfen in ihrem Antrag 3 schon selbst Ausnahmen zugestehen, so beweise dies, daß von ihrer Seite noch viel mehr Ausnahmen zu fordern seien. Ein großer Teil der Geschäftsinhaber strebe bereits selber danach, früher Feierabend zu geben, man soll aber diejenigen, die es nicht können, durch Gesetze nicht dazu zwingen.

Der Vorsitz der sozialdemokratischen Kaufleute trat für die Anträge ein. Er und die Gehilfen traten der Anschauung der bürgerlichen Beisitzer entgegen. Wenn diese Kaufleute sich so energisch gegen die polizeiliche Überwachung wehren, so hätten sie doch seiner

Zeit für den Antrag auf Einführung von Handelsinspektoren stimmen sollen. Wer keine Gesetzesübertretung begeht, habe auch den Schutzmann nicht zu fürchten.

Da auf der Seite der Kaufleutebeisitzer nur 7 Mitglieder anwesend waren, müßten 3 Gehilfenbeisitzer bei der Abstimmung auscheiden.

Sämtliche vorliegenden Anträge sowie die 2 Unteranträge wurden hierauf bei der Abstimmung mit 7 Stimmen der Gehilfenbeisitzer und der Stimme des sozialdemokratischen Kaufleutebeisitzers gegen die 6 Stimmen der bürgerlichen Kaufleutebeisitzer angenommen. Der Vorsitzende enthielt sich der Stimme.

Verfrühte Abmeldung bei der Krankenkasse.

Erhebliche Folgen für die Beklagte dürfte ein Urteil des Gewerbegerichts, das vorgelesen gefällt wurde, nach sich ziehen. Die Botenfrau L. klagte gegen die Firma Deutsches Druck- und Verlagshaus auf Zahlung eines Tagelohns in Höhe von 1,10 M. Die Klägerin war bei der Beklagten damit beschäftigt gewesen, die Zeitschrift „Arbeita“ auszutragen. Diese Tätigkeit erstreckte sich immer auf die letzten drei Tage der Woche. Des Mittwochs mußte die Klägerin sich aber die Exemplare aus der Expedition in der Lindenstraße abholen, um am anderen Tage pünktlich ihre eigentliche Tätigkeit beginnen zu können. Am Mittwoch, den 6. September 1911, weigerte sich nun die Klägerin, einen Posten der Hefte, da er ihr zu schwer war, nach ihrem Wohnort Oberschöneweide zu schaffen. Daraufhin wurde sie sofort entlassen. Ihre Abmeldung von der Krankenkasse seitens der klagenden Firma erfolgte aber nicht vom 6. September ab, sondern als letzter Arbeitstag gab die Firma den vorübergehenden Sonnabend, den 2. September, an. Die Klägerin, welche die Absicht hatte, selbstzahlendes Mitglied der Krankenkasse zu bleiben, veräumte es, innerhalb der statutarischen freigesetzten Frist nach dem 2. September eine dahingehende Erklärung bei der Krankenkasse abzugeben, tat dies vielmehr erst einige Tage später. Die Krankenkasse wies deshalb ihre Mitgliedschaft ab. Da nun aber wenn der 6. September als letzter Arbeitstag zu gelten hätte, die Frist noch nicht abgelaufen war und die Krankenkasse die fernere Mitgliedschaft hätte anerkennen müssen, klagte die Klägerin bei dem Gewerbegericht zunächst auf Erstattung des Schadens, der ihr durch die verfrühte Abmeldung entstanden war, indem die Krankenkasse ihr bei einer später eintretenden Krankheit keine Unterstützung gewährte. Für diesen Vorprozeß erklärte sich jedoch das Gewerbegericht als unzuständig und verwies die Klägerin auf den Weg des Verwaltungsstreitverfahrens gegen die Krankenkasse. Das Gewerbegericht stellte der Klägerin damals anheim, vorher auf Zahlung des Lohns für den 8. September zu klagen, um dadurch festzustellen, ob an diesem Tage noch ein Arbeitsverhältnis bestand. Diesem Rate war die Klägerin denn auch gefolgt.

Die Kammer 8 unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz verurteilte am 2. Mai die Beklagte gemäß dem Antrage der Klägerin zur Zahlung des Tagelohns. Ein sofortiger Grund zur Entlassung habe nicht vorgelegen, und hätte die Klägerin daher an dem betreffenden Mittwoch noch Anspruch auf Beschäftigung gehabt, da sie sonst mindestens am Abend vorher hätte entlassen werden müssen. Der Umstand, daß nur die letzten drei Tage der Woche eigentliche Arbeitstage waren, sei schon um deswillen unerheblich, weil der Klägerin ja nicht schon am letzten Sonnabend ihre Entlassung mitgeteilt worden sei.

Auf Grund dieses Urteils dürfte nun Frau L. gegen die Berliner Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe, die hier in Betracht kommt, bei der Aufsichtsbehörde auf nachträgliche Anerkennung ihrer Mitgliedschaft klagen. Falls dann die Krankenkasse verurteilt wird, steht es dieser zu, gegen das Deutsche Druck- und Verlagshaus Regrehanprüche zu stellen.

Billige Schuhwaren für den Sommer!



Gegr. 1867

Die alte Firma Schuhwarenhaus Carl Stiller hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen. — Man achte genau auf Strassennamen und Hausnummern

Zentrale u. Versand: Jerusalemer Str. 32-35

- Potsdamer Strasse 2
Tautenzien-Strasse 19a
Friedrich-Strasse 75
König-Strasse 25 u. 26
Schöneberg, Hauptstr. 146
Neukölln, Bergstr. 25 u. 26
Rosenthaler Strasse 5
Charlottenburg:
Wilmsdorfer Str. 45
Oranien-Strasse 161
Grosse Frankfurter Str. 123
Mai 1912: Chausseestr. 114

12.50 Spezial-Verkauf: Tautenzien-Strasse 7b

Für Damen:

- Eleganter Chevrete-Halbschuh zum Schnüren mit Lockkappe und Derby-Schaftschnitt 5.90
Chevrete-Schnürstiefel mit Lockkappe und amerikanischem Absatz, sehr preiswert... 7.50
Boxkalf- und Chevrete-Schnürstiefel, auch braun Chevrete, mit u. ohne Lockkappen und Derby-Schaftschnitt. Elegante Halbschuhe in Boxkalf und Chevrete, auch braun Chevrete 8.75
Braun und schwarz Chevrete-Schnür- und Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen oder niedrigen Absätzen, Rand gedoppelt. Halbschuhe in schwarz Boxkalf und Chevrete schwarz und braun, Lock sowie Lock mit Wildledereinsatz... 10.50

Für Herren:

- Boxrind- und Roß-Chevrete-Schnürstiefel, in schlanker und breiter Form, mit oder ohne Derby-Schaftschnitt, auch mit Lockkappe, Maslbox-Zug- u. Schmalen-Stiefel, in bequemer halbbreiter Form... 8.75
Boxkalf- und Chevrete-Schnürstiefel, in schlanken und breiten Modelformen, Besatz oder Derby-Schaftschnitt, mit und ohne Lockkappe, sehr haltbar, Rand gestulpt... 10.50
Braun und schwarz Boxkalf- und Chevrete-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, mit starken Doppelsohlen (Tourenstiefel), erstklassig in Qualität und Ausführung, Goodyear-Well... 12.50

Für Kinder:

- Kinder-Schnür-Stiefel, kräftiges Oberleder, in breiter Natur-Form, dauerhafter Schul- und Strapazier-Stiefel
25-27 4.50
28-30 5.50
31-35 6.50
36-39 8.00
Kinder-Schnür-Stiefel, Boxkalf und Chevrete, mit und ohne Lockkappe, auch braun Chevrete und Ziegenleder
25-27 5.50
28-30 6.50
31-35 7.50
36-39 9.00

Elegante Halbschuhe in neuen Farben, in neuen Formen, in neuen Schnitten

Weiss mit Schwarz! Die grosse Model! Knopf- und Schnür-Halbschuhe mit farbigen Einsätzen Drei-Spangen-Schuhe! Kreuz-Spangen-Schuhe und andere Phantasie- und Luxus-Halbschuhe

Turn-Schuhe Segler-Schuhe Tennis-Schuhe
Ruder-Schuhe :: Sandalen :: Leinen-Schuhe

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Auch Teilzahlung!
Nur mit.
Möbel-Misch
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Gardinenhaus
Bernhard Schwartz
erstklassige Bezugsquelle für
Gardinen u. Teppiche
Wallstr. 13 (dreizehn)

Unsere Genossenschaft ist durch
Generalversammlung vom
5. und 10. März 1912 aufgelöst. Die
Mitglieder werden aufgefordert, sich
zu melden. 14875
Möbelfabrik Einigkeit,
Eing. Genossensch. m. beschr. Haftpflicht.
Die Liquidatoren.
J. Stephan. C. Finkbeiner.

•• Borussia-Festsäle ••
Vnd.: Georg Wolffgramm
Königsstr. 6/7. Tel.: Amt Nord. 2674
empfiehlt seine 4 Säle, 100-800 Pers.
fassend, zu Veramml. u. Feiern.
Kulant. Entgegenkommen. Bräutigam
Ratungarten mit Bühne. Einige Sonn-
abende und Sonntage noch frei.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.

Plomben. Beste Aus-
führung, billigste Preise.
Gegr. 1859.
Olga Jacobson, Invaliden-
str. 145, II.

Neu!

MAGGI^s Nudel-Suppe (Faden-Nudeln)



der Würfel 2-3 Teller
10 Pfg.



eine vorzügliche, wohlschmeckende Suppe.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 4. Mai 1912.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Der Toldman.
Neues Schauspielhaus. Unter dem
Schwert.
Anfang 4 Uhr.
Kraus. Taubenstraße 48/49.
Ueber den Brenner nach Venedig.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Regimentslogier.
Kgl. Schauspielhaus. 1812.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Weltbäder an europäischen Küsten.
Leistung. Heimliche Liebe.
Römische Oper. Rigoleto.
Deutsches. George Dandin.
Nammerspiele. Kanak.
Kurfürstentoper. Oberst Chabert.
Wetten. Die schöne Helena.
Königgräzer Straße. Die fünf
Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Titus
und Salome.
Neues. Der liebe Augustin.
Neubau. Alles für die Firma.
Kaufspielhaus. So'n Windhund.
Berliner. Große Hofinen.
Neues Operetten. Rühemmarkt.
Schiller O. Der scharfe Junker.
Schiller O. Charlottenburg. Der
Kompagnon.
Friedr. Wilt. Schauspielhaus.
Die krönliche Sultane.
Luffen. Ich lasse dich nicht.
Hofe. 500 000 Teufel.
Lrianon. Der Ehemann am Fenster.
Ein angebrochener Abend.
Thalia. Antiochen.
Kleines. Der Nachtwächler. Lottchen's
Geburtstag.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Gabeland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Apollo. Spezialitäten.
Wahage. Spezialitäten.
Weichsballen. Eine Hochzeit in der
Müllerstraße.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Hofes Caprice. Der Polizeihund.
Walhalla. Um eine Krone.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Meister.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Ballner-
Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Montag, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königgräzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwanz in 3 Akten von H. Hennequin
und G. Nitsch.
Morgen u. folgende Tage: Alles
für die Firma.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Wiener Blut.
Luifen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Ich lasse dich nicht.
Sonntag 3 Uhr: Ich lasse dich
nicht. Abends 8 Uhr: Premiere:
Gold und Liebe. (The King of Gold.)
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Abends 8 Uhr:
5 x 100 000 Teufel.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die
Griffe. Ab. 8 Uhr: 5 x 100 000
Teufel.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Nauchen gestaltet.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in
3 Akten aus dem Englischen völlig
frei bearbeitet von F. Freund. Musik
H. Kellon. U. a. Tänze v. W. Schöpp.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Morgen nachm. 3 Uhr:
Dorothea. Die kleine Lämmen.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Ein sensationeller Erfolg
Will Bishop
in seiner Langversion.
Robins
der
Urkönigliche
etc.

Passage-Theater.
Claire Waldoff
Littke Carlsen
Alt-Bonner
Studenten
und das große
Mai-Programm!
14 Varieté-Attraktionen!

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund
Das Broadway-Girl.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Eine Hochzeit in der
Müllerstraße.
Büchlein
von Reibel.
Anfang
Bodenstraße
8 Uhr,
Sonntags:
7 Uhr.

SPREE HAVEL
Stern
DAMPFSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT
Sonntag, den 5. Mai 1912:
Letzte Fahrten nach Werder zur Baumbülte!
Ab Berlin, Weidend. Br. (Bahnh. Friedrichstr.) . . . 9.00 Uhr
Café Gärtner (Bellevue) . . . 9.25
Charlottenburg, Schloßbrücke . . . 9.50
Spandau, Charlottenbrücke . . . 11.00
Potsdam von 10.00 bis 6.00 Uhr stündlich, ebenso zurück
von Werder: 5.15 bis Berlin.
Billige Sonderfahrten ab Jannowitzbr. (Schl. Tor 1/2, Std. später):
Vorm. 9.00 Uhr nach Weltersdorfer Schleuse } Einfache Fahrt
" 9.30 " " Rauchfangswerder } 50 Pf.
" 10.00 " " Krampenburg, Schmöckwitz }
Beginn der regelmäßigen Fahrten laut Fahrplan:
I. Auf der Oberspre zwischen Berlin - Grünau - Rauchfangs-
werder, dem Möggelsee und dem Scharmützelsee. (Auf der
Lücknitz an Sonntagen von 9.00 Uhr ab halbstündlicher,
Wochentags vom 12. Mai an täglicher Verkehr.)
II. Auf allen Linien der Unterspre und Havel.
III. Auf allen Linien des Tegeler Betriebes.
Dampfer u. Motorboote werden äußerst billig abgegeben.
: : : Preisverzeichnisse u. Taschenfahrpläne gratis : : :

Kammer
Licht-
Spiele
Sotsclamer Platz

Ab 4. Mai täglich
von 4 bis 6
Sonntags 3 bis 5
Kinder-
Vorstellung.
Das lebendig gewordene
Märchen.
Tierbilder,
Humoresken
und sonstiges auf besonderen
Wunsch von Behörden und
Schulvorständen für Kinder
von 3-14 Jahren
zusammengestelltes reich-
haltiges Programm.
Kinder und
Erwachsene halbe
Preise.
40 Pf. bis 1,50 Mark.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
8 Uhr:
Weltbäder an europäischen
Küsten.
ZOO
LOGISCHER
GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. abds.
6 U. ab 50 Pf. Kinder
unter 10 Jahren die
Hälfte. - Jahres-
Abonnements an allen 3 Schalter-
Kassen.

Ki-ko-Kroll
früher Neues Kgl. Operntheater.
Lichtspiele
in wirklichen Naturfarben
Kinemakolor.
Nur noch kurze Zeit das von
der gesamten Presse glänzend be-
sprochene, farbensprühende Pracht-
Programm.
Gr. Orchester mit Gesang.
Täglich von 4-11 Uhr - Mont-
tag von 4-7 Uhr Schüler-Vor-
st. besonders ermäßigt. Preisen.
Unsere Eintrittskarten gelten
auch für den Besuch des
Konzertgartens.
Casino-Theater
Lotharinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 29. Mai
das glänzende neue Programm
5 erstklassige Spezialitäten - Schlager.
Kleines-Lachserfolg der Woche
Die lustige Strohwitwe.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Unsere lieben
Frauen.

Union-Theater
Die
Titanic-
Katastrophe
Original-kinemato-
graphische Aufnahmen:
Kapitän Smith auf der Kom-
mandobrücke. - Die Eisberge
kommen. - Die Menschen-
menge vor dem Bureau der
White-Star-Line. - Ankunft
der „Carpathia“. - Die Ueber-
lebenden gehen an Land. -
Marconi, der Erfinder der
drahtlosen Telegraphie.
Usw. usw.

Der Kampf zwischen
der Polizei
und dem Automobil-
Verbrecher Bonnot.
Ungewöhnliches Aufsehen
wird erregen wegen des
eigenartigen Sujets und
der künstlerisch hervor-
ragenden Darstellung die
Filmsensation:
Der fliegende
Zirkus
Schauspiel in 3 Akten.
Außerdem die übrigen Novitäten

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt u. Wiegandstraße
Täglich wochentags von 1/8 Uhr
Sonntags von 1/6 Uhr:
Das brillante Maiprogramm
9 Spezialität. u. Mutter Mine.
Gesangspolke von D. Klein.
Vorzugsarten haben an allen
Bodentagen Gälligkeit. - Rit-
moth-Sonnab. u. Sonnt. Tanz.

Passage-Panoptikum.
Das vereinte
Riesenpaar
Brühild und Dusorc
Deutschland u. Frankreich
lebend zu sehen
Ohne Extra-Entree.

Eröffnung
Heute
30 Attraktionen 30
Kongo, Zwergstadt, Luna-Ball-
haus, Liebesmühle usw.
Entree 50 Pf. Dauerkarten 5 M.
(A. Werthelm, Invalidendank.)

Voigt-Theater.
Belundbrunnen Badstraße 56.
Morgen Sonntag, den 5. Mai:
Der Glockenguß zu Breslau.
Drama in 9 Akten v. Strogoner.
Kasseneröffnung von 10 bis 1 Uhr,
abends 6 Uhr.
Anfang 7 Uhr.

Theater des Weddings
Müllerstr. 182-183
Ecke Sellen-
straße am Weddingplatz.
Heute von 6 Uhr an:
Das Neueste
von der
Titanic
u. a.:

Die kolossale Menschenmenge vor
dem Bureau der White Star-Line in
New York.
Ankunft der „Carpathia“ in New
York mit den Geretteten.
Die Ueberlebenden von der Titanic
und viele sehr interessante Szenen
mehr, sowie
das übrige Glanzprogramm!
Lrianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Gierauf: Ein angebrochener Abend.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Eis-
palast Deutschlands
Allabendl. d. sensat. Eishallott
„Vrono“. Die kl. Walz-Königin
Charlotte. Weltmstr. Bror Meyer.
Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham Bank Meissner- u. Römerstr. 11.

Bestes alkoholfreies Getränk

Si-Si Turmstr. 34.

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk Hamburger Laden, Charl. Walle 69.

Backwaren, Konditor

Blottner's Großbäckerei Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Adlershofer Bäckerei, E. Zeyher

Brot-Fabrik, Vorwärts

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Engel's Landbrot

W. Engel

Fischer, Görtzstr. 35.

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Killes-Großbäckerei

Landbrot-Großbäckerei

Hermann Leibel, Musantenstr. 39

Lichtenberger Brotfabrik

Backerei "Nordstern"

Richard Renke

Otto Szillat

Schütt, G.

Backerei "Nordstern"

Volkebroit E. G. m. b. H.

Jou. Wagenknecht

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Athona-Bad, Anklamstr. 31.

Bad August-Bad, Köpenickerstr. 31.

Canitz-Bad, Münzstr. 2.

Central-Bad, Nonnkölln

Erstes Lohtannin-Bad

Bad Frankfort, Gr. Frankf. Str. 120.

Bad Friedrichshagen, La.-Sch. Allee 153.

Bad Pankow, Wollankstr. 39.

Passage-Bad, Kottbuscher Damm 79.

Reform-Bad, Wiener Str. 63.

Kur-Anstalt, "Löser"

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bad Ostend, Boxhagen-Str. 17.

Passage-Bad, Kottbuscher Damm 79.

Reform-Bad, Wiener Str. 63.

Kur-Anstalt, "Löser"

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bad Ostend, Boxhagen-Str. 17.

Passage-Bad, Kottbuscher Damm 79.

Reform-Bad, Wiener Str. 63.

Kur-Anstalt, "Löser"

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bad Ostend, Boxhagen-Str. 17.

Passage-Bad, Kottbuscher Damm 79.

Reform-Bad, Wiener Str. 63.

Kur-Anstalt, "Löser"

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Bandagen, Gummiw.

R. Banks, Stralauer Str. 56.

Wende, A.

Reiche, A.

Zaremba

Seidg.-Anst., Sargol.

A. Bötti, Zorndorfer Str. 23.

H. Fischer

Max Fuchs

W. Urban

Beleucht.-Gegenst.

Bunzel, R.

Carl Imme jun.

Schramm, H.

Berufsbekleidung

M. Bertram, Norden, Maxstr. 17.

Wecker, A.

Bettfedern u. Betten

G. Behrend, Neukölln, Kottbuscher Damm 104.

Max Schöne

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeling u. A. Hoffmann

Berghraueri Weißensee

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tiyoh

Caramel-Weißbier

Deutsche Bierbrauerei A. G.

Groterjans

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Deutsche Bierbrauerei A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrand A. G.

Goldbier

C. Habels Brauerei

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Paul Zuteremann

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann

Drogen u. Farben

Butterhandlung

Oskar Beck

Buntrock, W.

Drei Kronen

Fried. Göseke

Gebrüder Groh

August Holz

Kosmalla, E.

Butterhandlung

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Stettiner Butterhalle

Cacao, Chocolate

Cylliax, G.

Die Fabrikate der "Sarotti"

Bonbonhaus Fr. Schröder

Seiffert, Erich, u. Vororten.

G. Senff

Stolwerck

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

Fördern Sie

Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlung

Klein, Wilh.

Damenkonfektion

Giesenow & Co.

Restat, J.

Westmann

Fleischhandlungen

C. Dittmann

Köhler

Werner

Winkler & Bärthold

Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowicz

W. Becker

August Bieder

Wilhelm Behr

Danziger Fleisch-Centrale

Rich. Deckert

Arno Fischer

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Georg Heiter

Ernst Höne

Gusinde, Rich.

Gutschmann's

Max Kallier

Jul. Kempe

Fritz Kienle

Max Knaut

Ernst Kolbe

Ernst Korth

L. Lange

Rob. Lindner

Linke's Fleischzentrale

Wilhelm Liebherr

W. Lindemann

Luecke, Job.

H. Matzker

Merker, P.

C. Müller

R. Müller

Karl Petrich

O. Rosemann

P. Reibel

Oscar Rübner

Riedel, B.

Rodewald

R. Rotbe

Ottomar Rudolph

H. Schaefer

F. Schmidt

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Otto Schubert

Uatenstehende Geschäfte

Emil Wilhelm, Graunstr. 30.

Wiedmanns Wurst

Glas u. Porzellan

Oberländer

Hoyer, A.

Haar-Artikel

E. Joel

F. Müller

Haus- u. Küchengeräte

Gomgowski

Kannick

Rockstroh, Karl

Sandow, Rud.

Korren-Artikel

Magazin England

Torkel

Emil Jäger

E. Klein

Gg. Karsch

Ad. Mahne

A. Nitschjan

S. Scholz

Max Schulze

Sprengel, A.

Herren- u. Knabenmod.

Amerikan. Verkaufshaus

J. Baer

Hessen, Julius

Hamburg-Steglitz

Herren-Moden-Vertrieb

L. Lamroth

Loske & Slupecki

Marcus, S.

Raltzig, Ad.

Rosner, Max

77 Kottbuscher Damm

Julius Salomon

Huthaus

Beide, Rud.

Casper, Ed.

H. Grund

Hermann Haus

Hansen

Jacob, Oskar

Panama-Centrale

Hut-Engr.-Lager

Ruthaus Monopol

A. Lemnitz

Rieck, Em.

Urgast-Hüte

Vereinigte Hutcompagnie

Wagner, E.

Weiner, H.

Zum Hutwinkel

Kaffee-Spezialgesch.

Oskar Krösche

Rauers Mischungen

Kaffee-Surrogate

Otto Goetz

Wester, E.

Z. Alexander & Co.

Hermann Bernhard

C. Kurtzahn

Alfr. Kirschner

H. Weid & Co.

Kohlen, Koks, Erikotta

Paul Bieger

Perd. Gräning

J. Mannheim

W. Pieper

Kolonialwaren

<p>Linoleum u. Wachs. Häntsch, Weissenhof, Berliner-Allee 229, Tapeten. Rausch, Rich., Linoleum-Fabrik, Niederlage Warschauerstr. 6.</p> <p>Mehlhandlungen W. Bachmann, Charl., Behringstr. 15. Bethke, Georg, Muskauerstr. 44. Rind., Elbest. 33, Kalk-Friedr.-Str. 44. Weserstr. 189, Friedelstr. 23. Trepow, Grätz-Straße 64.</p> <p>Berdach, G. Klein, Kalk-Frd.-Str. 29. C. Boase, Reinkendorferstr. 29. Jul. Conrad, Rheinbergerstr. 44. Bernhard Danne, Karkassall. 50-51. C. F. Flak, N. Pankstr. 92. Halff. Herm., N. Kalk-Hermannstr. 227.</p> <p>Frese, Ernst Geschäfte im SO.</p> <p>Gaege, Otto Charlottenburg. Paul Gaege, Spandau.</p> <p>Jos. Hauke Mehl-u. Kolonialw. Bergmannstr. 26. Hoerma, H., N. Kalk, Hermannstr. 179. Hermannstr. 53-60. Heinrich, R., Bergstr. 144. Kalk-Friedr. 81-84.</p> <p>Karl Hahn, Bernauerstr. 9. Korn, Hugo, Wrangelstr. 17. A. Nohbett, Invalidenstr. 128, T. A. Nord 4302. B. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 153. E. Kunze, Charl., Knobelsd.-Str. 16. L. Lutzke, H., Fruchtstr. 67. Gus. Meyer, Hahnd.-Str. 19, Wittst.-Str. 1. C. Neugebauer, Ober-Schöneweide. Carmen-Mietzsch & Rabsahl, Silvestr. 155. Otto Nowack, Nachf. Spandau. P. Pflugmacher, Colonnenstr. 48. Greifswalderstr. 11. Jul. Pennel, vis-a-vis Lippeherstr. Hanssteinstr. 17. P. Rentner, Steinmetzstr. 27. Schleinitz, A., Markth. Marktblatz. Schneider, Emil, Reichenbergerstr. 28. Walter Seldel, Heusselstr. 26. Thiele, Nachf., Prinzenstr. 10. H. Wendler, Reinkendorferstr. 64. E. Zyczynski, Karkassall. 50.</p> <p>Möbelmagazine Gustav Böse, Tischlermstr., Louise-Platz 22, am Grunplatz. Berliner Möbelhalle, N. Kalk, Invalidenstr. 118. Daehne, F., N., Neue Jannstr. 58. A. Dohmann, Stromstr. 44.</p> <p>Wilh. Gabbert, Brunnenstr. 162. Geppert, Paul, Zossenstr. 22. Gericke, Fritz, Müllerstr. 145. Gleiser, A., Alexandr.straße 42.</p>	<p>H. Gebert, Birkenstr. 44. G. Hacke, Wilhelmshavenstr. 20. Wilh. Hamann, Schönhauser-Allee 42. Harnack, Stallschreiberstr. 97. Bar- und Teilmahlung, Verkauf l. Fabrikgeb. Hopp, Jul., Brunnenstr. 128. König, A., N. Kalk, Berlinerstr. 102. Herm. Kogel, Neukölln, Hermannstr. 12.</p> <p>Küchenmöbel Berliner Küchenmöbel-Fabrik, Neue Köpenickstr. 81-82, T. VII 4740.</p> <p>Küchenmöbel billig, Neukölln, Niemötscherstr. 179. Kottbusser 83/85. Lange, Max, Schwedter Str. 24. a. d. Kant. Allee. L. Lazarus, Petrusburger Str. 52. Lüdtke, R., N. Kalk, Bergstr. 4.</p> <p>Misch Hugo Mohr, W. 27, Potsdamerstr. 87. Kastanienallee 40. Möbelhaus, Fabrikgeb. pgr. 1984. Teilmahlung gestiftet.</p> <p>Rebsch, E., Spandau. C. Reiber Nachf., Veteranenstr. 21.</p> <p>Emil Ruffar Tischler-Innungsmeister, Prinzenstr. 24.</p> <p>Schmidt, Otto Möbel-Fabrik, Gartenstr. 52. Siebeky, W., Gneisenstr. 13. eig. Tischl.-Tapp.-Werk. I. Schuster, Ob. Schönefeld, Eisenstr. 53. Schwanke, Hildr., Hermannstr. 229.</p> <p>Wendland, Ernst Ewinemünd. Stra. 52. Möbel-Fabrik - Bar- u. Teilmahl. Reinkend.-Straße 114.</p> <p>Möbel-Transport P. Enderz, Gieselerstr. 7, T. Krist 4124. Robert Frenzel, Gieselerstr. 122. Krüger, Leichb., St. 16, Tel. N. 5307. Ritterstr. 96, IV., 4199. J. Lange, Billigste Preisberechnung. Paul Schur, G. N. Kalk, N. Kalkstr. 52.</p> <p>Molkereien Molkerei „Nord-West“, Brennerstr. 59. Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VL 1070. Kinder- und Kurnilch.</p> <p>Milchkuranstalt am Viktoriapark Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VL 1070. Kinder- und Kurnilch.</p> <p>Milch Schmidt Neukölln, Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96. J. Reich, Birkenstr. 11, Evingstr. 21.</p>	<p>„Schweizerhof“ Meierei und Milchkuranstalt, Emdener Str. 48, u. Tel. II 2565.</p> <p>Musikalien Niemeyer, Brückstr. 8, Köpenickstr. 78. Scholz, Frankfurter-Allee 73b. Frankf.-Chaussee 115.</p> <p>Musikinstrumente Kirst, Rich., Brunnenstr. 45. Menzel-Pianos, Köpenick, Kantstr. 51. Plato & Co., Köpenickerstr. 165-167. Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181. Lorbeer, Müllerstr. 14.</p> <p>Musik-Haus Menzenhauer Größtes Spezialgeschäft der Branche, Spittelmarkt 14a.</p> <p>Reetz, Spandau, Havelstr. 21. Schnöke, Otto, N. Kalk, Karkassall. 115.</p> <p>Nähmaschinen Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Wassermasch. Charlotterstr. 11. alle Systeme ohne Anzahlung.</p> <p>Ferra Hermannstr. 177. Kottbusser Damm 23. bestes deutsches Fabrikat. Stelzner, Spandau.</p> <p>Pfaff Litauer Adler-Nähmaschinen ohne Anzahlung. Turm-Str. 29.</p> <p>Litauer Verfr. Wilke, N. Kalk, Berlinstr. 84. Hermannstr. 99/100.</p> <p>Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.</p> <p>Afrana-Nähmaschinen G. A. Böttcher, Andriastr. 79, Peterstorgerstr. 87, Spandau, Schönwalderstr. 19.</p> <p>Optiker Bardorf, Mosbit, Turmstr. 74. Daso, Paul, N. Müllerstr. 174. Groß, Paul, Warschauerstr. 66. Hasler, Gollnowstr. 18, Essenhof. E. Riek, Mühlstr. 14-15. Schubert, Carl, N. Kalk, Bergstr. 148. Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.</p> <p>Papier- u. Schreibw. O. Prochnow, N. Kalk, Hermannstr. 49. Seldler, Louis, N. Kalk, Bergstr. 42.</p> <p>Pfandleihen Rix, Pfandleihe, Neukölln, nur Bergstr. 58. Spezialgeschäft, Hochmoosstr. 10. Kron, Köpenickerstr. 55a, T. Langer, Wrangelstr. 21, Billiger Verkauf. Schmidt, Fennstr. 3. E. Senftleben, Kottb.-Damm 28, I.</p>	<p>Photogr. Apparate M. Albrecht, SO. Kottbusserdamm 100 a. Fig. Artikel, Gelegenheitskäufe. Zaromka, Weinbergsweg 1, Y. N. 4832.</p> <p>Putz- u. Modewaren M. Haase, N. Kalk, Bergstr. 1. Putzgeschäft. 34 Hermann-Str. 34 f. Damenhüte. Bertha Mierzwa, Frankfurter-Allee 65. Spezialhaus für Damenhüte. Peterson, Spezialha. f. Damenhüte. L. Frankf.-Chaus. 152a. Lief. d. Konsumgenossenschaft.</p> <p>Puppen P. R. Zierow, Schönhauser-Allee 179.</p> <p>Restorhandlungen Lutz-Frömel, Greifswalderstr. 159. Carl Job, NO. Pallasenstr. 37. Pauline Pressing, Reinkendorferstr. 12, I.</p> <p>Schuhwaren, Schuhm. Ernst Adam, Friedrichshagen. Anhalt, E., Andreasstr. 13. Baumgart, H., Mantelhofstr. 28. Warschauerstr. 21. Hans Bry, Rumburg, Mozartstr. 2. Damaschke, Invalidenstr. 144. J. Denzlig Nachf., Chausseestr. 28. Eilers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112. Engel, W., Reinkendorferstr. 99. Osk. Engler, Swinemünderstr. 61. Osw. Fabian, Köpenick, Karkassall. 1. Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17. Formanowicz, Tenckstr. 53, 199, Bab. D. Gauz, N. Kalk, Hermannstr. 190. Tipp-Topp, Lauer d. Ztg. 5, Rabat. Ostermann, Golts-Str. 41.</p> <p>Otto Grätsch, Chausseestr. 120, 67. Goldmann, Spandau, Schönwalderstr. 54. Heinrich Johann, Petersstr.-Str. 26. H. Jetzlaff, Badstr. 64.</p> <p>Kn Fabrikmarken für haltbarste Flasche und Pantoffeln. Herm. Körner, Köpenick. Fiedr. A. Lange, Lützowstr. 45. Paul Lehmann, Friedrichshagen. Ernst Müller, Teltowstr. 19. Nehring, Charl. Kalk-Augsb.-Allee 69. C. Neumann, Falkensteinstr. 37. Petersohn, Osk., Müllerstr. 155. P. Planmann, Jagowstr. 20, 59. Reetz, Max, Spandau, Schönwalderstr. 12. Schmidt, Gebr., Fennstr. 69. Schuhwarenhaus des Westens, York-Schwesener, Turmstraße 48. Alb. Seeger, Wm., Lortzingstr. 6. Sommer, Wilh., N. Schik-Allee 15. A. Trettin, Friedrichshagen, Friedrichstr. 22. Witt, Spand., Neuenfelderstr. 92.</p>	<p>Schirme u. Stöcke Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19. Herrmann, Lybenerstr. 5, Eig. Fabrikale. Jehlich, N. Kalk, Kalk-Friedr.-Str. 19. M. Lerche, Schöneb., Köpenickerstr. 42. A. Rieka, Badstr. 11, Bezüge billigst. Herm. Rosenky, W. Havelstr. 4. O. Schleusner, Warschauerstr. 96.</p> <p>Soffen Gustav Gambal, Kantstr. 64. Heidke, Paul, Burgdorfstr. 13.</p> <p>Teppiche u. Gardinen Gardinen, Bernhard Schwarz, Berlin, Wallstr. 12 (dreisehn).</p> <p>J. A. Schulz Weinbergsweg 10 I.</p> <p>Trauer-Magazin Westmann, Mohrenstr. 37 a, Gr. Frk. Str. 118.</p> <p>Uhren u. Goldwaren Oscar Aldag, Charl. Krummest. 29. J. Behrendt, Wrangelstr. 52. Otto Bickel, Kantstr. 144.</p> <p>Gustav Schöder Fabrik moderner Goldw. u. Uhren. Hauptgesch. S. 42, Oranienstr. 135, 54. L. Füllau, W. 80, Lützowstr. 80. H. ... Schöneberg, Hauptstr. 143. Otto Brauer, Müllerstr. 164.</p> <p>Charlottenburg E. H. Hirsch, fr. Frank. Max Elsermann, Charl., Schripstr. 18. Brüggemann, Reinkendorferstr. 94. Bürger, Jul., Müllerstr. 6.</p> <p>Max Busse Brunnenstr. 175/177. W. Elsdorf, Charl. Willmsdörferstr. 111. Ellinghausen, Gebr., Grinerweg 44. Fehman, S., Kottbusserdamm 96. P. Fischer, SO., Michaelstr. 8. J. Gebhardt, Charlottenburg, Berlinerstr. 124. Georg, Adolph, Badstr. 65. Ernst Gräber, Brunnenstr. 78. Bilwstr. 27, Lief. 4. M. Graupner, Kottbusser-Allee 10. H. Kammner, Charl., Krummest. 2. M. Kariol, Brunnenstr. 118. Kalebusch, W., Frft. Chaussee 61. Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40. Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.</p> <p>Lüders, H. Schöneberg, Köpenickerstr. 15.</p> <p>Nolle, K., Simon-Dachstr. 13. Brunnenstr. 112. Rudolf Plunz, Brunnenstr. 81. Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a. Schöneberg. Emil Quade, Hauptstr. 148. Carl Schlewinsky, Köpenickerstr. 4. Reichenbergerstr. 148.</p>	<p>Willy Schmidt, Friedesstr. 118. Schöneberg Hauptstr. 158.</p> <p>Schönemann, G. N. Kalk, Karl-Frd.-Str. 73. F. Schönwyl, Berl. O., Essenerstr. 27. W. Schultz, Bezüge, N. Kalk, Friedrichstr. 33. Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 54. Schulz, Osw., Frankf. Allee 24. Max Storch, Eibingerstr. 100. M. Tomesch Nachf., Brückstr. 16. Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32. A. Trenner, Wilhelmstr. Hauptstr. 12. Truxa, W., Frankf. Allee 183.</p> <p>Uhren- u. Goldwaren-Industrie Berlin 220, Lindenstr. 16. Beste direkt Bezugsquelle! Katalog gratis. Versand nach allerh. Billigste Preis.</p> <p>Wittig, Ad. Neukölln, Berlinstr. 44. Zabel Nachf., Charl., Berlinstr. 118.</p> <p>Versicherungen „Deutschland“ Berlin, Arbeitsversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherung, Straße 3. Friedrich Wilhelm, Berlin WS, Bohrenstr. 55-61. Lehrer-Sterbekassen- u. Arbeitsversicherung. Mit u. ohne Krill. Untersuchung. Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge.</p> <p>„Iduna“ zu Halle a. S., Berlin, Charlottenstr. 82. Volks- und Lebensversicherung.</p> <p>Warenhäuser Warenhaus M. Hirsch, Spandau.</p> <p>Wilh. Herm. Lesser Kalkstr. 54, Schöneberg, Eisenstr. 114. Bei jedem Einkauf Rabattim.</p> <p>Weine, Liköre u. Fruchtsäfte Hugo Selig, 60 Filialen in allen Stadtteilen. Bettlinger, E., Wald-Feld, W. Kalk. Eise m. Wely, Liborstr. Getrichstr. 15. Großd., Zar-Sommer, P. Freudenberg. Horn, Neukölln, Hermannsplatz 3. Ignatz Sello, Brunnenstr. 15. und Filialen. Einzelverk. i. Begr.-Preis. Conrad, Großdistillation, Oranienstr. 297.</p> <p>Waschmittel Verlangen Sie „Edelweiß“ Krone aller Waschmittel.</p>	<p>Welf-, Wollw., Trikot Ahlischer, Gust., Chorinerstr. 75. H. Barts, Schönhauser Allee 107. Bredow, Otto, N. Kalk, Hermannstr. 107. Kottbusser-Str. 5. Carl Braun, Damm. M. Gardels, Beusselstraße 78. Taurroggerstr. 10. Georgi, Ernst, Krut-Str. 51a.</p> <p>Hoffmann, Carmen, Ebyastr. 6. Hoppe, E., Schanzwälderstr. 32. Lortzingstr. 2. Dunkerstr. 1. Julius John, Köpenick, Pfl.-hain. Neukölln. Jonas, Hermann, Köpenick, Pfl.-hain. Juncker, H., Hermannstr. 172. Carl Klein, Höchststr. 16, N. O. 18. Robert Kutache, Gubenerstr. 54. A. Kaesler, Caprivistr. 5. Ch. Loewy, Bergstr. 52/53. vis-a-vis der Kirche. Meyer, Bernstr. 11, (Arbeiterbedarf). Nachmann, Köpenick, 131a, Uena-Idol. Fr. Ollwetzki, Alle Jakobsstr. 137. Schaefer, Hunsdenstr. 43. Schrom, Lina, Mirbachstr. 21. Otto Seelisch, Kochhanstr. 8. Hermann Meyer, Schwalbenstr. 21. J. Stein, Reinkend. W. Schanzwälderstr. 116.</p> <p>Ad. Schäfer Nachf. 50. Admiralsstr. 4. L. Schneider, Weberstr. 61. A. Tschaege, Eise m. Wely, Kalkstr. 13. Wäsche, Bettfedern. Thuraw, O., Charl., Canonstr. 14. L. Vierarm, Zionskirchstr. 34. E. Volgt, Reinkendorferstr. 101. Urbanstr. 31.</p> <p>Wild u. Geflügel Prima Logenhühner sowie Bettfedern. Geflügel-Importhaus, Neukölln, Kneesebeckstraße 105.</p> <p>C. Dittmann, Neukölln, Berliner Str. 42. P. Hildebrandt, Brunnenstr. 122. Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19. Zastrow, Lützowstr. Allee 147, Fische.</p> <p>Zahn-Atelier E. Bode, N. Schönhauser Allee 41. Hollbruch, Herm., Fackelstr. 5, pgr. 1871. Herold, H., Essenerstr. 97, a. Essenerstr. 11. Jordan, Alfr., Fennstr. 61, pgr. 1888. Körber, O., Havelstr., Chaussee 206. H. Lindeke, Warschauerstr. 80. Muskauerstr. 16. Eise m. Wely, Fackelstr. 5.</p>
---	--	---	---	---	--	---



Dr. Axelrod's
JOGHURT liefert in Otto C. Bolle
 Berlin allein echt Meierei
Gesundheitsmilch f. Jung u. Alt, Kranke u. Gesunde.
Bei Magen-schwäche, Darmerkrankungen = Brechdurchfall, Blinddarmentzündungen, Stoffwechselkrankheiten
 Erfrischendes, wohlschmeckendes u. gesundes Nahrungs- u. Genuss-Mittel.
Preis für das Original-Glas frei Haus 20 Pf.

Leihhaus Moritzplatz 58a * **Extra-Angebot** * „Vorwärts“-Leser 10 % Rabatt.
 Ca. 800 Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Paletots, größtenteils von Kavaliereu wenig getragen, auf Seide. von 9 bis 18 M.
 Damen-Kostüme, Kleider, Tuchmäntel, Seidenmäntel, früher jetzt 15 bis 25 M.
 Herstellungspreis bis 100 M.
 Ferner vom Versatz zurückgekauft: Betten, Uhren, Ketten, Ringe, Wäsche, Teppiche usw. werden zu jedem annehmbareren Preise verkauft.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Schneider, Ahrensfelde, eine öffentliche Versammlung statt.

Friedrichsfelde. Die Parteigenossen, welche die Absicht haben, an der Frühjahrsfeier in Ahrensfelde teilzunehmen, versammeln sich Sonntagnachmittag 2 Uhr bei Brum.

Wandlitz i. d. M. (Bezirk Pankow). Am Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 4 Uhr, bei Poffan (Gesellschaftsbau): Öffentliche Versammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Käppler-Altenburg.

Die Parteigenossinnen und Genossen wollen für starken Besuch Sorge tragen. Die Agitationskommission.

Berliner Nachrichten.

Der Norden Berlins vor zwei Jahrhunderten.

Die Landstraße, die im Norden aus Berlin herausführte, war die Schönhauser Allee. Ihre Fortsetzung aber hatte vor 200 Jahren nicht die gleiche Richtung wie heute.

Aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts stammt auch die Kavallerstraße, an deren Anfang das sogenannte Kavallerhaus stand, in welchem die zum Schloß nach Nieder-Schönhausen besohlenen Kavaliere Unterkunft fanden.

Die Wertzuwachssteuerordnung der Stadt Berlin bleibt gültig!

Wie noch erinnerlich sein wird, hat der hiesige Bezirksauschuss seinerzeit die Wertzuwachssteuerordnung der Stadt Berlin für ungültig erklärt, das Oberverwaltungsgericht dagegen unter Aufhebung dieser Entscheidung die Gültigkeit bestätigt.

Die gewissenhafte Instandsetzung des Parabelplatzes. Auf dem Tempelhofer Felde kann man seit einer Woche täglich die Beobachtung machen, wie eine größere Zahl von Arbeitern damit beschäftigt ist, den mit Pfählen abgesteckten Parabelplatz zu säubern.

Der Turm des neuen Stadthauses wurde im Monat April, wie wohl anfangs des Monats die Fernsicht durch das ungünstige Wetter behindert war, von 2365 Personen erstritten.

Ueber einen sonderbaren Stundenplan berichteten wir am 27. April aus der 238. Mädchen-Gemeinschafts-Schule (Pappelallee). Wir bemängelten, daß in diesem Sommerhalbjahr die Klasse III O am Sonnabend von 5 bis 7 Uhr turnen müsse.

Hierzu äußerte sich Herr Rektor Groth, der seit diesem Sommerhalbjahr die 238. Schule leitet. Er schrieb uns, der Stundenplan bestehe für Klasse III O schon seit Jahren, er selber aber habe die Aenderung eingeführt, daß die Kinder am Sonnabend nicht mehr von 4 bis 6, sondern von 3 bis 5 Turnunterricht erhalten.

gehenden Sonnabend, 20. April, von 5 bis 7 Uhr geturnt habe, und daß den Kindern erst am dem Tage, an dem wir jene Notiz veröffentlichten — am Sonnabend, 27. April —, in der 12 Uhr-Pause gesagt worden sei, es werde von 3 bis 5 Uhr geturnt.

Warum eigentlich hat Herr Groth nicht sogleich in seiner ersten Zuschrift bestätigt, daß tatsächlich — wenn auch nur infolge eines Irrtums — an einem Sonnabend von 5 bis 7 Uhr geturnt worden war? Nun erst tut er das, erst auf besondere Erinnerung, obwohl der Sachverhalt ihm, wie seine zweite Zuschrift ergibt, schon damals bekannt war.

Herr Groth bittet uns, wir möchten die Eltern darauf hinweisen, sich zu allererst an den Leiter der Schule zu wenden, wenn ihnen etwas am Unterrichts ihrer Kinder auffällt.

Die Millionenschätze des Pastors Liebe.

Die berichteten kürzlich von dem eigenartigen Todesfall des Pastors Liebe in Wilmsdorf. Herr Liebe erkrankte am Freitag, den 28. April nach dem Genusse eines Likörs, den er aus einer mit dem Elixette Anisette versehenen Flasche genommen hatte.

Unwillkürlich legt man sich die Frage vor, woher denn der Pastor Liebe diese Millionenschätze habe. Die Antwort auf diese Frage erhält man, wenn man erfährt, daß der Herr Divisionspfarrer früher Missionar war und als solcher in aller Herren Länder gewesen ist.

Ein entsetzlicher Betriebsunfall hat sich in der Maschinenfabrik von Hartmann in der Spandauer Straße zu Vorkingwalde ereignet. Der Schlosser Hermann Buchardt, Rühlsstr. 6, wohnhaft hatte im Fabrikraum, in dem die Maschinen in vollem Betriebe standen, eine der Maschinen ölen wollen.

Furchtbare Folgen hat für das siebzehnjährige Dienstmädchen Emma G., Schönliedter Straße 3, ein Selbstmordversuch gehabt. Das junge Mädchen jagte sich eine Revolverkugel in die linke Schläfe und brach leblos in der Nähe ihrer Herrschaft zusammen.

Verunglückt. Ein schwerer Strohbahnunfall ereignete sich am Donnerstagnachmittag gegen 6 Uhr in der Spandauer Straße. Dort wollte der Riksenmacher Johann Hansen aus der Fürstenstr. 9 einen nach Reußhain verkehrenden Strohbahnwagen der Linie 27 während der Fahrt bestiegen.

Rechtsanwalt Ehrhardt aus der Gast entlassen. Der unter dem Verdacht, allerlei strafbare Manipulationen begangen zu haben, verhaftete Rechtsanwalt Ehrhardt ist gestern vormittag gegen Stellung einer Kaution von 200 000 M. auf freien Fuß gesetzt worden.

Enttäuschte Liebe hat die 21 Jahre alte Verta Graber aus der Dammstraße 5, eine Tochter aus erster Ehe der verstorbenen Sprachlehrerin Frau Dr. Tröng, in den Tod getrieben. Die junge Dame hatte ein Liebesverhältnis mit einem höheren Beamten.

In die Kreisfänge gefügt. Ein schrecklicher Betriebsunfall hat sich gestern nachmittag in der Ristenfabrik von Drabach, Dresdener Str. 96 ereignet. Der dort beschäftigte 25jährige Arbeiter Hermann Wetke aus Kummelsburg hatte an der Kreisfänge zu tun, als er plötzlich von einem Drehmaschinenanfall heimgeführt wurde.

Geldschrankbrecher suchten in der Nacht zum Freitag das Bankgeschäft „Deutsche Central-Genossenschaft“ in der Halleschen Straße 1 heim. Die Diebe, die sich in das Haus hatten einschließen lassen, schnitten aus einer vom Hof in die im Erdgeschoß liegenden Büroräume führenden Tür die Füllung heraus und verhofften sich so Eingang.

Durch zwei Schüsse schwer verletzt wurde gestern mittag auf der Oranienburger Chaussee zwischen Hermsdorf und Frohnau der Waldwärtner Scherf von einem Fremden, der sich seiner Festnahme auf seinem Rade durch die Flucht entzog.

Im Invalidenpark erhängt hat sich in der Nacht zum Freitag ein bisher noch unbekannter, ungefähr 40 Jahre alter Mann, der seinem Neukamer nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint.

Auffsehen erregte am Freitagnachmittag in der Markussstraße das Gedahren zweier berittener Schaulente. Welche ritten im Galopp die Straße entlang, gefolgt von einer nach Hunderten zählenden Menschenmenge, die alle Augenblicke in Johlen ausbrach.

Der Leichenfund in Moabit, über den wir berichteten, ist nach der Richtung aufgeklärt, daß kein Verbrechen vorliegt. Die ärztliche Untersuchung hat festgestellt, daß die Zerstückelung der Leiche und die Verletzungen einzelner Teile von Dampferkrahnen und Bootshaken herühren.

Selbstmord eines Defraudanten. In seiner Wohnung Jünger-Fürst-Straße 4 zu Karlsruh hat sich gestern früh der 35 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Jaeserich durch einen Revolveranschlag getötet.

Welder konnte noch nicht genau festgestellt werden, doch nimmt man an, daß sie etwa 60 000 M. erreichen werden. J. hatte seit mehreren Jahren die Vertretung der westfälischen Butterfirma Karl Jürgensen und der Firma Götliche in Hamburg. Die Niederlage befindet sich in der Neuen Friedrichstraße 2. Donnerstag morgen erschien der Direktor der sibirischen Butterfirma plötzlich in Berlin, um eine Revision der Geschäftsbücher Jürgensens vorzunehmen. Wider Erwarten kam man dabei großen Fehlbeträgen auf die Spur, die, wie sich bald herausstellte, auf Veruntreuungen des Vertreters zurückzuführen waren. Es zeigte sich, daß Jürgens durch geschickte und raffinierte Forderungen den Versuch gemacht hatte, die Untersuchungen zu verschleiern.

Zur Eröffnung seiner Sommerturnplätze hält der Turnverein „Nichte“ im Frühjahr und im Herbst sein An- und Abturnen ab. Dasselbe besteht in Einzelspielen der Männer-, Frauen- und Lehrlingsmitglieder. Am Sonntag, den 28. April, fand das Abturnen sämtlicher Frauenabteilungen auf den beiden Vereinsturnplätzen, in Krepitz, Köpenicker Landstraße, und Köpenicker, hinter der Olympia-Kadrennbahn, statt. In diesem Abturnen versammelten sich 158 Turnerinnen, um sich im edlen Wettstreit zu messen. Es wurden auch von einzelnen Turnerinnen recht gute Resultate erzielt. Auf den Sommerturnplätzen ist den Turnerinnen Gelegenheit gegeben, den Körper zu härten und zu kräftigen.

Bermüht wird seit 8 Tagen der 16½ Jahre alte Richard Roal. Der junge Mensch verließ am Donnerstag, den 28. April, das Geschäft, in dem er beschäftigt war und ist bis heute nicht zu den Eltern zurückgekehrt. Der Bermühte ist mittlerer Statur und trägt einen dunkelhaarigen Zottenzopf und einen Strohhut. Wer über den Verbleib des jungen Menschen Auskunft geben kann, wolle diese an die Eltern des Roal, Stralauer Str. 13/14, vorn III, gelangen lassen.

Im Apollotheater hat W. Bishop, der bekannte Tänzer des Metropolitantheaters, seinen Einzug gehalten. Mit einer jungen Dame (Miss Gages) und W. Bishop jun. zusammen gibt er im raschen Fluge eine kleine historisch-internationale Uebersicht des Tanzes. Man sieht, wie die langsame, gemessenen Formen des bürgerlichen Walzers wie der höfischen Gabelle sich gelodert und beschleunigt haben. Dann kommt dieser Dialektler des Beines uns mit Nigger-tänzen und tanzt und ihre Entwicklung zum modernen Kunsttanzschau vor. Das Beste aber gibt er als Pantomime. Er stellt eine Kunstfigur dar, die ausgezogen wird und dann als scheinbarer Mechanismus die ausdrucksvollen Gesten und Tanzbewegungen vorführt. Von den übrigen Darbietungen des Abends sind die unterhaltlichen Parodien des Georg Hartmanns und die ganz außerordentlichen Leistungen von Bellonis dreifachen Anlaufes hervorzuheben. Ein leidhaftiges Universalinstrument, das alle Klangcharaktere annimmt, ist Robins, der ein Orchester ohne alle Apparate miment. Eine Schauspielergesellschaft, bestehend aus Georg Kaiser gelang darstellerisch recht nett, aber die Malauer und Wige waren alle aus der ältesten Kumpfkammer.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang der Vieheinfuhr.

Die Versorgung der deutschen Märkte mit Schlachtvieh geht neuerdings wieder ganz erheblich zurück. Im vorigen Herbst und Winter haben die Viehbestände in Deutschland mit Rücksicht auf die hohen Futterpreise eine recht bedeutende Verminderung erfahren. Das durch den Winter gebrachte Vieh wird naturgemäß gegenwärtig nur ungern verkauft, da sich bald Gelegenheit zur Verwendung von Grünfütter bieten. Infolgedessen läßt der Auftrieb an den inländischen Viehmärkten ganz erheblich nach. Es kommt hinzu, daß auch die Zufuhr aus dem Ausland in starkem Rückgange begriffen ist. Die Einfuhr von Rindern, fast ausschließlich zur alsbaldigen Schlachtung bestimmt, belief sich im ersten Quartal 1912 auf 12 941 Stück. In den ersten drei Monaten 1911 wurden 29 383 Stück importiert. Der Wert der Einfuhr ist von 7,55 auf 3,33 Millionen Mark gesunken. Dänemark lieferte in der Berichtszeit 12 509 Rinder nach Deutschland gegen 28 068 Stück im Vorjahre. Die Zufuhr aus Frankreich, die sich im ersten Quartal 1911 auf 1084 Stück belief, wurde in diesem Jahre ganz eingestellt. Der Import von Bullen ist von 4061 auf 734 Stück zurückgegangen. Dem Werte nach ergibt sich eine Senkung von 1,94 auf 0,55 Millionen Mark. Die Einfuhr von Ochsen belief sich in den ersten drei Monaten d. J. auf 4898 Stück gegen 10 770 Stück im Vorjahre. Der Wert des Imports ist von 6,74 auf 3,07 Millionen Mark gesunken. Frankreich, das im Vorjahre noch 8667 Stück über die deutsche Grenze lieferte, hat in diesem Jahre gar keine Ochsen nach Deutschland importiert. Ingegnen ist die Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn von 510 auf 4160 Stück gestiegen. Der Gesamtimport von Jungvieh unter 2½ Jahren belief sich im ersten Quartal 1912 auf 14 500 Stück. Im Vorjahre wurden 18 929 Stück eingeführt. Der Import aus Dänemark ist erheblich zurückgegangen, während die Zufuhr aus der Schweiz gestiegen ist. Eine kräftige Zunahme hat die Einfuhr von Schweinen aufzuweisen. Sie belief sich in den Monaten Januar bis März 1912 auf 30 655 Stück gegen 22 802 Stück im Vorjahre. Dem Werte nach ergibt sich eine Steigerung von 3,3 auf 4,60 Millionen Mark. Der Import von Schweinen aus Rußland ist von 22 394 auf 30 582 Stück gestiegen. Der Rest kam aus Frankreich resp. Oesterreich-Ungarn.

Prämien für Staatsbeamte.

Die preussisch-fiskalische Bergwerksverwaltung ist modern geworden. Sie hat kaufmännische Grundzüge akzeptiert. So läßt sie nämlich die Einführung des Prämienystems von offiziellen Bediensteten prüfen. Die höheren technischen Beamten, die Vorstehenden der drei Bergwerksdirektionen, der Direktor der Bergbauverwaltung, der Direktor der Oberbergbauverwaltung und des Bergbauamtes, der Leiter der Sondelbüros bei den drei Bergwerksdirektionen sowie die 40 Werkdirektoren sollen fortan am Gewinne der hierfür in Betracht kommenden Staatswerke beteiligt werden. Die Gesamtsumme der Gewinnanteile ist auf 124 000 M. berechnet. Die oberen und mittleren Verwaltungsbeamten ferner werden durch monatliche Prämien an den wirtschaftlichen Ergebnissen ihrer Tätigkeit interessiert werden. Hierfür sind 278 000 M. vorgesehen. Die Grundzüge über die Verwendung dieser Mittel und über die Berechnung der einzelnen Gewinnanteile und Prämien werden zwischen dem Handelsminister und dem Finanzminister vereinbart. Ein Rechtsanspruch auf Gewinnanteile und Prämien wird keinem Beamten eingeräumt, auch sind diese Bezüge nicht pensionsfähig. Für den fiskalischen Geist ist es sehr charakteristisch, daß er fast solche kaufmännischen Grundzüge akzeptiert, die auf eine Verschärfung der Anreizwirkung hinauslaufen. Gerade im Bergbau mit seiner besonders hohen Unfallgefahr ist das eine sehr bedenkliche Praxis. Im letzten Gewerbeinspektorenbericht wird vielfach eine Zunahme der Unfälle konstatiert. Die Beamten wissen keine Erklärung dafür. Wenn im laufenden Jahre die Unfälle auf den fiskalischen Gruben zunehmen, dann erinnert man sich bei dem Suchen nach der Erscheinung Ursache der neuen kaufmännischen Grundzüge.

Gerichts-Zeitung.

Das Weihnachtsgeschenk für das Dienstmädchen.

Wenn ein Dienstmädchen seine Stellung kündigt, wird von manchen „Herrschäften“ das letzte Weihnachtsgeschenk zurückgefordert oder der Wert des Geschenks bei der Lohnzahlung in Anrechnung gebracht. Der Zentralverband der Hausangestellten hat für seine Mitglieder schon manchen Prozeß deswegen geführt, und zwar mit wechselndem Glück. Vor einigen Tagen erzielte der Verband ein günstiges Urteil vor dem Charlottenburger Amtsgericht. Das Dienstmädchen des Kaufmanns Turk in Charlottenburg hatte gelündigt und mußte einige Sachen, die es zu Weihnachten be-

kommen hatte, wieder herausgeben, die Sachen hatten einen Wert von etwa 12,50 M. Das Mädchen wandte sich an den Verband, der seinen Mitgliedern Rechtschutz gewährt. Die eingeleitete Klage hatte den gewünschten Erfolg; dem Mädchen wurde das Weihnachtsgeschenk als Eigentum zugesprochen. Der Beklagte hatte dem Rechtsanwalt Dr. Remat die Vertretung seiner Interessen übertragen. In dem Schriftsatz, den der Rechtsanwalt dem Gericht einreichte, war zum Schluß die eigentümliche Wendung enthalten: „Offenbar ist die Klägerin nur durch die Prozeßvertreteterin, Fräulein Auguste Lude, die Vorsitzende des sozialdemokratischen Dienstbotenverbandes ist, zur Klage veranlaßt worden.“

Wahnte der Rechtsanwalt, mit dieser Angabe seine Sache stärken zu können, oder welchen Zweck verband er damit? Die Angabe ist übrigens unrichtig. Denn der Verband ist nicht sozialdemokratisch. Wer Mitglied werden will, wird wieder bei dem Eintritt noch später nach seiner Gesinnung gefragt. Der Verband ist eine wirtschaftliche Interessensvertretung für seine Mitglieder, und er hat damit alle Hände voll zu tun. Wenn die Vorsitzende des Verbandes neben den vielen übrigen Arbeiten auch die zeitraubende Prozeßvertretung für die Mitglieder übernimmt, so erfüllt sie damit eine schwere Pflicht. Nach der angeführten Äußerung des Rechtsanwalts könnte man glauben, sie laßt sich diese Bürde aus Vohheit auf oder nur zu dem Zwecke, die „Herrschäften“ zu ärgern.

Der ungläubige Pastor.

Ein Verleumdungsprozeß, in dessen Mittelpunkt der in Stahnsdorf amtierende Pastor Reinhold Luther steht, gelangte gestern wieder vor dem Schöffengericht in Potsdam zur Verhandlung. Pastor Luther hat gegen den praktischen Arzt Dr. Wilhelm Edert in Stahnsdorf im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, weil Dr. Edert öffentlich behauptet hat, Pastor Luther habe vor mehreren Jungen Äußerungen über Kirche und Religion getan. Nach den Behauptungen Dr. Ederts soll Pastor Luther unter anderem gesagt haben, daß „Herrschaffen Welt-räuber“ sein richtiger Glaube sei. Er habe mehrere Predigtbücher und nehme sie zu Hilfe, je nachdem er bezogen werde. Wenn reiche Leute kämen, lese er aus einem besonderen Buche vor, und wenn arme Leute kämen, lasse er eine um so härtere Predigt. Er habe ferner gesagt, ihn könne niemand etwas anhaben, denn wenn ihn jemand auf die Folgen seiner Ansichten aufmerksam mache, dann sage er im Notfall immer, er sei vom Herrn erluchtet worden und aus einem Sauslud ein Paulus geworden. Ueber die Kollektensammlungen habe Pastor Luther gesagt: Das ist nur für den Wohlstand der Kirche, damit diejenigen, die keine Parzen haben und nicht genug bekommen, Geld zu Vergnügungen und Sausereien haben. Drei Viertel der Kollekten bekommt der Kollekteur und das übrige ist für den Wohlstand der Kirche. In einem anderen Zusammenhang soll Pastor Luther gesagt haben: „Die ganze christliche Religion und alles, was in der Bibel steht, ist Quatsch. Kein vernünftiger Mensch und er am allerwenigsten glaube an solche Dinge, die längst veraltet sind. Er glaube überhaupt kein Wort von dem, was er in der Kirche sage. Er sage seine Predigten aus den Büchern heraus und zwar nur deswegen, weil er das Gehalt als Pastor beziehe. Die kirchlichen Behörden seien so dämlich, daß er ihnen doch mit ein paar Witzsprüchen zu kommen brauche, wenn man ihm etwas anhaben wolle. In das Konsistorium kämen nur Galunken, die schon Proben von Diebstahl abgelegt haben.“

In der Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Amtsgerichts-rats v. Naumann stattfand, bestritt der Pastor, denartiges gesagt zu haben, mit Entschiedenheit. Er sei ein gläubiger, orthodoxer Christ. Eine Reihe Zeugen bestritten die Richtigkeit der Angaben des beklagten Arztes. Unter anderem belandete Zeuge Rechtsanwalt Naefe-Steglich: Vor etwa 8 Jahren war ich am Heiligabend mit Pastor Luther zusammen, der mit zwei Freunden vom Regalabend kam. Es wurden Joten erzählt, keiner jedoch sich aus. Mir fiel es damals auf, daß gerade der Pastor sich am Erzählen beteiligte und daß er Joten vorbrachte, die auf sein geistliches Amt Bezug hatten. Der Zeuge belandete, daß Pastor Luther ihm gesagt habe, er glaube nicht das, was er von der Kanzel sage. Was in der Kirche gesagt werde, sei überhaupt Quatsch, Religion wäre nichts für gebildete Leute. Die Hauptfrage für ihn sei, daß er am ersten sein Gehalt kriegen. Der Zeuge hatte diese Besprache längst vergessen, als er einige Jahre später bei einem Frühlingsfesten mit seinem Gekoltenbruder Dr. Edert zusammentraf. Als Edert ihm sagte, er habe in Stahnsdorf seine Praxis eröffnet, fragte ihn der Zeuge: „Ist denn da noch der alte Pastor?“ Dr. Edert war über diese Bemerkung sehr erfreut, denn er befand sich schon im heftigsten Streit mit dem Pastor und konnte sich nun auf das Zeugnis Naefes beziehen.

Der Rechtsanwalt beantragte auf Grund der Vernehmung Naefes-Steglich, nach längerer Beratung erlaube das Gericht diesem Antrage entsprechend mit folgender Begründung: Der Wahrheitsbeweis ist gelungen. Die Behauptungen sind tatsächlich geschehen. Welchen Einfluß dieses Verahren auf das Schicksal des Pastors Luther hat, ist für das Gericht gleichgültig. Dr. Edert hat von den Äußerungen schon seit Jahren Kenntnis, er hat sie aber erst verwendet, als er durch das Verhalten des Pastors Luther dazu gezwungen wurde und sah, daß das Pfarrhaus und nahestehende Personen ihn dazu provoziert hatten.

Wem gehört die „Ase“?

Zur Uebertragung des Eigentums an einer beweglichen Sache ist neben dem Willen der Eigentumsübertragung die Uebergabe der Sache erforderlich. Ist der Erwerber oder ein Dritter im Besitz der Sache, so kann die Uebertragung durch Vereinerbarung erfolgen. In den Fällen, wo der Veräußerer beim Verkauf nicht mehr Eigentümer der Sache war, kommt es für die Wirkung des Eigentumsüberganges darauf an, ob der Käufer in gutem Glauben war, als er die Sache erwarb. Hat er infolge von großer Fahrlässigkeit übersehen, daß der Verkäufer gar nicht rechtmäßiger Eigentümer sein konnte, so gehört ihm die erstandene Sache nicht. Ganz ausgeschlossen ist der Erwerb des Eigentums nach § 935 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wenn die Sache dem Eigentümer gestohlen worden, verloren gegangen oder sonst abhandelt gekommen war und dann von einem anderen verkauft worden ist. Das Gesetz umfaßt mit dieser Bestimmung alle die Fälle, wo keine freiwillige Übergabe der Sache stattgefunden hat. In umfangreichen Erörterungen haben schon die Streitfragen geführt, ob ein Abhandeltkommen dann vorliegt, wenn die Sache durch widerrechtliche Drohung oder Irrtum jemandem abgenommen worden ist. Die Praxis der Rechtsprechung hat in solchen Fällen das Abhandeltkommen verneint und eine „freiwillige“ Uebertragung angenommen. (Kammergericht Band 19, S. 57.) Von großem Interesse ist deshalb die jetzt vom Reichsgericht entschiedene Frage, ob ein Abhandeltkommen vorliegt, wenn jemand irrtümlich glaubt, eine Forderung sei berechtigt und wenn er infolgedessen die Sache fortzuschaffen läßt. Die Prozeßvorgänge sind folgende:

Jede der Parteien nimmt das Eigentum und das bessere Recht zum Besitze an einem Motorboot „Ase“ in Anspruch, welches zufolge einer einseitigen Verfügung bei der Spreewerft in Stralau untergebracht ist. Dieses Boot hat mannigfache Besitzveränderungen durchgemacht: Die Firma B. verkaufte es einem Paul M. unter Eigentumsvorbehalt. Von dem M. ging das Boot an die Frau B. in Schöneberg über, die es bei dem Restaurateur Schreier in Oranien einstellte. Bei Schreier wurde es für einen Kaufmann S. gekauft, der es bei einem Restaurateur Schröder in Köpenick unterbrachte. Dort ist es schließlich von dem Fabrikanten S. in Berlin erworben worden. Nach diesem Kauf nahm es die Frau B. die es in Oranien eingestellt hatte, wieder in Besitz. S. als Käufer widersprach und klagte gegen die Frau B. auf Herausgabe des Bootes. Auf Grund einseitiger Verfügung wurde es in Stralau untergebracht.

Das Landgericht Berlin erkannte dann zugunsten der Beklagten, das Kammergericht aber verurteilte die Beklagte, damit einverstanden zu sein, daß das auf der Spreewerft Stralau liegende Motorboot „Ase“ an den Kläger herausgegeben werde. Auf die

Revision der Beklagten hat das Reichsgericht das Urteil des Kammergerichts bestätigt. Aus den Entscheidungsgründen inter-essiert nach folgendes: Bevor das Boot zu Schröder geschafft war, hatte es sich im Verwahrungsbefehle des Schreier befunden. Der Berufungsrichter hat festgestellt, Schreier, welcher geglaubt habe, gegen die Forderung nichts machen zu können, habe sie gelassen und sei zur Herausgabe des Bootes bereit gewesen, ihm sei sonach das Boot nicht abhandelt gekommen. Rechtlich kommt in Betracht, daß gemäß der Feststellung die Forderung und Fortschaffung des Bootes nicht ohne den Willen, sondern mit dem Einverständnis des Schreier vollzogen worden ist. Wenn Schreier sich zufolge seiner irrigen Ansicht, zur Duldung der Abhandlung des Bootes verpflichtet zu sein, einverstanden gezeigt hat, so schließt ihm darum keineswegs der Wille, das Boot herauszugeben. (Allgemein: VII, 363/11.)

Aus aller Welt.

Die Genkerwahlzeit an Bord der „Titanic“.

Man weiß, daß Bruce Ismay am Abend vor dem Untergang der „Titanic“ den Passagieren der ersten Klasse ein Festmahl gegeben hat. Das Menu dieses opulenten Dinners hatte einer der Gäste zu sich geschickt, und nach seiner Rettung fand er die Tischkarte in der Koffertasche vor. So ist die Speisefolge dieser Genkerwahlzeit dem letzten Grobe entziffert worden, und ein Londoner Blatt druckt jetzt die ominöse Menukarte ab. Hier ist sie:

R. M. S. „Titanic“, April 14, 1912.

- Verschiedene Sorten d'Ordnre
- Aufern
- Lachsostete mit Gurkensauce
- Filet Mignon à la Pitt
- Magout von Honore Külen
- Gebadene Pfanzen-Mark
- Lammbraten mit Ringtunke
- Junge Ente mit Apfelsauce
- Mindererentstük mit Schloßkartoffeln
- Junge Schoten-Karotten mit Rahm-Reis à la Parmenier und Neuen Kartoffeln
- Punch Roman
- Gebratene Ländchen mit Stressefsalat
- Eingemachter Spargel
- Gänseleberpastete
- Selleriefsalat
- Waldorf-Pudding
- Wirschingebe in Chartreuse
- Schokoladen- und Vanilleortete — Französischer Eiskreme.

Neue Ueberschwemmungen im Mississippigebiet.

In ungeheuren Schrecken wurden in der letzten Nacht die Bewohner von Lora beflegt, da der Mississippi wieder im Eisigen begriffen ist, bereits den Wall durchbrochen und die ganze Stadt und Umgegend überschwemmt hat. Die Bewohner haben sich fluchtartig auf höhergelegene Punkte gerettet. Der bisher durch die Ueberschwemmung angerichtete Schaden ist enorm. Große Zuckerplantagen stehen unter Wasser. Gart mitgenommen sind auch zahlreiche Baumwollplantagen, die fast vollständig von der Flutvernichtet sind. Es sind bereits Hilfszüge abgegangen, um die Bewohner der gefährdeten Gegend zu retten.

Oekonomisch.

Im schwarzen „Bürmtalboten“ lesen wir in der Nummer vom 1. Mai folgendes Inserat:

Warnung!
Wer meiner Frau Anna etwas leiht oder borgt, hat von mir keine Zahlung zu erwarten.
Karl Meier, Suchheim 17.
Um aber das Unangenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, ließ Herr Meier unter diese Anzeige setzen:
„Mutterschwein mit 12 Ferkeln (14 Tage alt) sehr preiswert zu verkaufen. Der Obige.“

Nebel verpflichtet.

Ein unerhörtes Vorkommnis bildete am Donnerstag den Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage im englischen Unterhause. Am 11. April hatten die bekannten Frauenrechtlerinnen Miss Sheepshanks, die eine Tochter des Bischofs von Norwich ist, und Miss Fawcett in Breter eine Frauenrechtsversammlung abgehalten, die einen völlig geordneten und erfolgreichen Verlauf nahm. Die beiden Damen hatten für die Nacht im Crown-Hotel Wohnung genommen. Gegen 11 Uhr nun drangen vier junge Herren, Angehörige des Grasshalls-Adels, von denen zwei dem Offiziersstande angehören, in das Schlafzimmer der beiden Damen ein, schlugen alle Möbel entzwei und rissen die Kleider der Suffragettes in Fetzen. Anfangs wurde versucht, die Angelegenheit um der hohen Stellung der Schuldigen willen totzuschweigen. Jetzt aber forderten im Parlament Mitglieder aller Parteien eine strenge Untersuchung der roten Tat, die denn auch seitens des Ministers des Innern MacKonnau zugesagt wurde.

Kleine Notizen.

Arbeiterriß. Auf dem neuen Güterbahnhof in Kiel ist in der letzten Nacht bei Vaggararbeiten eine Wand eingestürzt, wodurch zwei Arbeiter getötet wurden; einer ist schwer verletzt. — Der Monteur Wähl, der bei dem Einsturz eines Pängegerüstes am Rheinbahnhof in Mannheim schwer verletzt wurde, erlag Donnerstagsabend seinen Verletzungen. Der Monteur Jooß, der beim Einsturz sofort getötet wurde, hinterläßt eine Frau und acht Kinder.

Das Apokalypsen in Paris. Ein neuer Ueberfall auf einen Automobilkäufer wurde Donnerstagsabend in Paris verübt. Gegen 7 Uhr abends wurde auf dem Boulevard Verrière der Chauffeur Amagat von einem unbekannten Verbrecher angefallen und durch einen Revolverkugeln am Fuß verletzt. Trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung gelang es dem Wanditen, unerkannt zu entkommen.

Hier Kommen angekommen. Bei einem Brande des Konnen-Hofers in Ardatow bei Nishni-Nogorod sind gestern vier Kommen erstickt.

Touristenverein „Die Naturerunde“. Ortsgruppe Berlin-Sonntag, den 6. Mai: Wanderung von Nischon, Schönholz, Kommenfleß, Leutenberg, Tiefensee. Abfahrt früh 6 Uhr Stralauer Bahnhof (Berntalbahnhof nach Nischon). Gäste willkommen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt von Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		Wasserstand			
am	seit	am	seit		
2.5.	1.5.	2.5.	1.5.		
cm	cm	cm	cm		
Remel, Müst	172	-4	Saale, Großh.	70	-1
Regel, Ansternburg	47	-6	Quel., Spandau	47	-1
Weichsel, Thom	148	-12	Matheson	108	-8
Oder, Rathow	124	-10	Spree, Spremberg	64	-2
„ Krossen	102	-5	„ Beetzow	82	+1
„ Brandh.	119	-1	„ Witten	123	0
Sartze, Schrum	14	-1	„ Rügen	122	-8
„ Landsberg	15	-1	Rhein, Maximilianst.	390	0
„ Boedamm	4	-1	„ Raab	145	-1
„ Leimert	-2	-1	„ Röh	130	-1
„ Drosden	-154	-1	„ Reda, Weidrom	47	-1
„ Berch	94	-1	„ Rain, Qamau	129	-2
„ Ragdeburg	90	+4	„ Rojel, Arter	45	-3

+) + bedeutet Waß, - Gall - *) Unterpegel

Kauft KLEIDER bei der H. K. G.
Dann bleibt gefüllt das Portemonnaie!



SELBSTKOSTENPREIS + 10%

Wer seinen Bedarf an fertigen Herren-, Knaben- und Sportkleidern bei der H. K. G. deckt, macht bedeutende Ersparnisse, da die H. K. G. ihre Verkaufs-Preise um ca. 20-30% billiger berechnet wie allgemein regulär üblich. Die H. K. G. hat nicht nötig, durch fortwährende „Ausnahme-Tage“ sowie „Sonder-Angebote“ das Publikum anzulocken. Infolge des geringen Nutzens von nur 10% gelangen alle Waren bei der H. K. G. jederzeit gleichmäßig billig zum Verkauf.

Wir haben keine Filialen

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. H. K. G.
Neue Schönhauserstr. 1, Ecke Weinmeister- und Münzstr.

Besichtigung unserer Verkaufsräume u. Läger jederzeit gestattet!

Special-Haus größten Styls für fertige Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sport-Bekleidung!

Sonntags geöffnet von 8-10 Uhr.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Welche Herrenhüte v. 1.50-6.00

Stiefelherrenhüte v. 2.00-7.00
Nur fehlerfreie moderne Ware.

Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.

Photographin
F. Fuchs

Unpouft

gebe ich jedem

von Sonntag, den 5. Mai
bis Sonntag, den 19. Mai inkl.

eine

Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei

Größe 42 x 50 cm mit eleganter Aufmachung, der sich in dieser Zeit eine Matt-Aufnahme bestellt.

12 Visit von 1.80 an 12 Visit matt 4.00
12 Kabinett von 4.80 an 12 Kabinett matt 8.00

Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig.

Man achte genau auf die Größe und Ausführung meiner Gratis-Bilder.

Geöffnet von 9-7 Uhr.

Meine Filialen sind nur:

Berlin

Friedrichstrasse 108

Friedrichstraße 138

Königstraße 20-21

(Fahrstuhl) neben Gumpert

Rosenthaler Straße 72a

Reinickendorfer Str. 4

am Weddingplatz

Schöneberg

Hauptstraße 19

Neukölln

Bergstraße 151-152

in der Passage Fahrstuhl.

Berlins grösstes Kredithaus
ALLE TAGE ANDERS
direkt am Nettelbeckplatz
Bahnhof Wedding

Auf Kredit

Herren-Garderobe
Damen-Garderobe
Kinder-Garderobe
für Knaben und Mädchen

Wöchentliche Teilzahlung nur 1 M.

Sport- u. Kinderwagen

Kolossale Auswahl

Preise so billig wie nur möglich

Gratiszugabe Herren: eleganter Hut oder moderner Stock
Damen: elegant Lederwaren usw. usw. usw.

Bis zum Pfingstfest Verabfolgung der doppelten Anzahl Sparmarken der Rabatt-Gewährungsgenossenschaft oder 10 Prozent Rabatt in der pro Mark

Einzig. Waren-Abschluss-Geschäft, das zur Verabfolgung der Sparmarken der Rabatt-Gewährungsgenossenschaft berechtigt ist.

Waren- und Möbel-Kredit-Haus
ALLE TAGE ANDERS
Grösstes Haus am Nettelbeckplatz

Pank-, Gericht- und Reinickendorfer Str.-Ecke.
Parterre, I., II., III., IV. Etage.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe
direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an

Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

Waldorf-Astoria
Cigarettes

Dockey 3 Pf.

Clio 5 Pf.

33/2*

Ilmenau

Bad Ilmenau Thür. Wald, 640 m
höch. Rilm u. Terrain-
kurort, Sanatorium, Sommer-
Wintersportpl. Russ. Gröps. m. Wob-
nungsnachm. frei b. d. Bahnhöfen.

Achtung

Kaufen Sie
nur beim Fachmann
Elegante fertige

Herren-Garderobe

Teilzahlung von

1 Mark

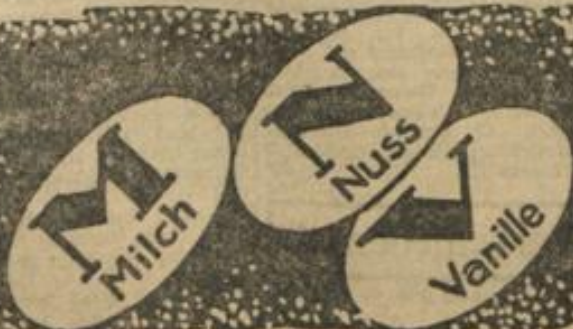
wöchentlich an

Vornehmste Maßanfertigung u. Garantie

Julius Fabian
Schneidermeister

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 37
2. Geschäft: Turmstr. 18

Besichtigung meines grossen und englischen Stoffen ohne Kaufzwang gern gestattet. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.



Die drei neuen
Edelschokoladen

Sarotti

Jugendbewegung.

Im Kampfe gegen die Arbeiterjugend.

Im Anschluß an einen Prozeß gegen eine Anzahl Jugendlicher in Eisen, worin die Genossen Parteisekretär Wegers und Redakteur Steinbüchel als Zeugen vernommen wurden, war gegen diese ein Reineidsverfahren anhängig gemacht worden und zwar auf Veranlassung der Eisenpolitischen Polizei. Beide sollten über die Stellung mehrerer Jugendlicher zur Jugendbewegung falsche Angaben gemacht bezw. vor Gericht anders ausgesagt haben, als im Vorverfahren. Seit dem Oktober v. J. fanden in dieser Sache mehrere Hausdurchsuchungen statt, zahlreiche Zeugen wurden vernommen. Nachdem das Verfahren ein volles halbes Jahr geschwebt, mußte es — wie selbstverständlich vorauszuweisen war — nun endlich eingestellt werden. Polizei und Staatsanwalt ist um eine Erfahrung reicher in ihrem Feldzuge gegen Arbeiterjugend und Sozialdemokratie.

Aus der Frauenbewegung.

Zum Frauentag.

Nun der große Feiertag der Arbeiterklasse vorüber ist, muß überall für den Frauentag gerüstet werden. Die geschlossenen Frauen werden in geschlossenen Klassen ihren Anspruch auf das gleiche Recht erheben. Nicht länger wollen die Frauen in stupider Entfremdung verharren. Sie wollen nicht länger den Stempel der Unfreiheit und „angeborenen“ geistigen Beschränktheit tragen. Die Frauen der Arbeiterklasse beweisen in einem arbeitsreichen, mühsalbeladenen Leben ihre Tüchtigkeit, ihre physische und geistige Leistungsfähigkeit. Tag um Tag wird die Phreze von der Parteilichkeit und Schonungsbedürftigen Frau Lügen gestraft, denn keinem Manne mutet man zu, was der Frau auferlegt ist. Die „zarte“ Frau hat einen Arbeitstag ohne Ende. Wenn der Mann noch ruht oder wenn er schon wieder ruht, rüht sie noch immer die Hände. Fabrikarbeit und Hauswirtschaft, Mutterpflichten und Erwerbsarbeit im Heim sind bei ihr vereinigt. Die „zarte“ Frau hat einen Arbeitstag, der weit über das gesetzlich erlaubte Maß hinausgeht. Gar oft muß sie auf die Nachtruhe vollständig verzichten, wenn kranke Kinder ihrer Pflege bedürfen. Dennoch ruft sie die Pflicht am Tag wieder zur Arbeit. Die bleichen, abgehärmten Gesichter, die nur allzuoft überbrachten Gestalten liefern einen sprechenden Beweis, wie schwer die Arbeitslast ist, die der „zarten“ Frau auferlegt ist. Aber die Politik taugt nicht für die Frauen, sie ist zu schmutzig für die reine Weiblichkeit, sagen die bürgerlichen Phrezeure, wenn sie die Forderung heranzieht, der Frau Rechte zu geben. Gleichmäßig leben sie aber, daß das kaum zum Mädchen erwachsene weibliche Geschlecht 10-12 Stunden im Tag schmutzigste Arbeit verrichtet, sogar schwere Arbeit, bei der die jugendlichen Glieder in der Entwicklung gehemmt und für die künftige Mutterchaft untauglich gemacht werden. Heilig, dreimal heilig ist der Profit, der auf die halb kindlichen Mädchenleiber nicht verzichten kann im Interesse der Industrie. Mit Worten kultiviert man der Frau, mit Taten der Industrie. Wenn sie den arbeitenden Massen angehört, Rechte verweigert man ihr, weil sonst die Weiblichkeit durch das politische Reizgeschehen herabzuwürdigen könnte. Und Phrezeure, die sie sind! Wie sie körperlich das Geschlecht in der politischen Treiben nicht gewachsen, der weibliche Geist ist für eine andere Art Tätigkeit geeignet, sagen sie. Indessen machen sie es der Mehrheit der Frauen überhaupt unmöglich, ihren

Geist zu pflegen. Dennoch muß die Arbeiterfrau eine gehörige Menge Geisteskraft aufwenden, denn mit geringen Mitteln einen Arbeiterhaushalt bestreiten, ist wahrhaftig nicht möglich, ohne daß die Frau eine große Gedankenarbeit leistet. Das Wirtschaftsgeld der Arbeiterfrau ist geringer als das sogenannte Radelgeld der Bourgeoisien. Die Handschuhe der eleganten Dame kosten mehr als die der Arbeitermutter für die vollständige Bekleidung ihrer Kinder ausgeben kann. Die Spielsachen eines Fabrikantenkindes verschlingen mehr Summen als die Nahrung der Arbeiterkinder kosten darf. Mit 2 M. im Tag muß eine Arbeiterfrau die Lebensbedürfnisse von oft drei bis fünf Köpfen befriedigen. Könnte das eine Frau, deren Gehirn nicht Platz für Vernunft hat? Die Frauen zahlen beim Einkommen von ihrem geringen Haushaltungsgeld Steuern für Zucker, für Salz, für Fleisch und Mehl. Sie zahlen Zölle für Kaffee, für Reis, für Kakao usw. usw. Die Frauen aber, die in allen Berufen arbeiten, die Kinder gebären und pflegen, die den Haushalt führen — alle diese Frauen sind rechtlos. Geisteskranke, Verbrecher und Frauen haben kein Wahlrecht!

Dagegen wollen wir uns am 12. Mai auflehnen. Unser Frauentag am 12. Mai soll ein flammender Protest gegen die Gesehe sein, die für Frauen nur Pflichten, aber keine Rechte kennen. (Aus dem Aufruf der Genossin Adelheid Popp in der „Arbeiterinnen-Zeitung“, Wien.)

Die Frauen Kopenhagens als Wählerinnen.

Ueber die Stadtverordnetenwahlen in Kopenhagen vom 12. März 1912 liegt jetzt der offizielle Bericht des Statistischen Bureaus vor, der Auskunft über die Wahlbeteiligung der Männer sowohl wie der Frauen gibt. Männliche Wahlberechtigte waren 70 326 vorhanden und von ihnen kamen 56 795 zur Wahl, weibliche Wahlberechtigte waren 67 473 vorhanden und von ihnen übten 46 347 ihr Stimmrecht aus. Von den männlichen Wahlberechtigten beteiligten sich also 80,8 Proz. an der Wahl, von den weiblichen 68,7 Proz. und für beide Geschlechter zusammen beträgt die Wahlbeteiligung 64,8 Proz., wogegen es bei der vorigen Stadtverordnetenwahl, im Jahre 1909, 75,2 Proz. waren und zwar 80,5 Proz. der männlichen und 69,4 Prozent der weiblichen Wahlberechtigten. Der Rückgang der Wahlbeteiligung kommt also lediglich auf das Konto der Frauen, ein Beweis dafür, daß noch viel Aufklärungsarbeit notwendig ist, um die Frauen in dem Maße für ihr Wahlrecht zu interessieren, wie es bei den Männern gelungen ist.

Das Wahlrecht der Frauen in den Handelskammern.

Die Handelskammer Köln hatte kürzlich den Beschluß gefaßt, für eine Verteilung des persönlichen aktiven Wahlrechts zu den Handelskammern an Frauen, die Inhaber handelsgerichtlich eingetragener Firmen sind, einzutreten. Aus diesem Anlaß hat die „Neue Frauen-Korrespondenz“ an einige größere Handelskammern die Anfrage gerichtet, wie sie sich zu diesem Beschlusse der Kölner Handelskammer stellen. Die Anfrage ging von der Lieberzeugung aus, daß die preuhische Regierung sich einer Abänderung des Handelskammergesetzes vom Jahre 1870 im Sinne der Kölner Anregung nicht widersetzen wird, falls eine Mehrheit der größeren Handelskammern für die bezügliche Forderung eintritt. Auf die Anfrage haben die Handelskammern zu Frankfurt a. M., Hannover, Bonn und Bromberg geantwortet, daß sie den Kölner Antrag unterstützen. Die Handelskammer zu Osnabrück vermag zurzeit ein Bedürfnis für diese Abänderung des Handelskammerwahlrechts nicht zu erkennen, würde andererseits jedoch auch kein Bedenken tragen, sich auf eine etwaige behördliche Anfrage zustimmend zu äußern. Die Vorsteherämter der Kaufmannschaft zu Danzig, Königsberg und Stettin gewähren bereits das aktive Wahlrecht den Frauen.

Vorort-Nachrichten.

Neudölln.

Diejenigen Versammlungsbefucher, welche am 1. Mai in der Vormittagsversammlung in Goppes Festhale anstatt der Markmarke einen Stempel ins Mitgliedsbuch erhalten haben, können von heute ab die Marke gegen Vorzeigung des Stempels beim Genossen Gendrichs, Thomaststr. 28, vorn IV, in Empfang nehmen. Berliner Gewerkschaftskommission. Bezirk Neudölln.

Mariendorf.

Gemeindevertreterwahl. Wir verweisen nochmals auf die am Sonntag stattfindende Gemeindevertreterwahl. Unser Kandidat ist Genosse Paul Bell, Tapezierer, Kurfürstenstraße 1. Die Wahl findet von 1/2-8 Uhr im Lokale von Grothe, Dorfstraße 1, statt. Vom Gemeindevorstand werden auch bei dieser Wahl wieder jedem Wahlberechtigten Postkarten zugesandt, auf welchen die Listennummer verzeichnet ist und die gleichzeitig als Legitimation gilt. Die Genossen mögen rechtzeitig zur Wahl erscheinen.

In der letzten Gemeindevertreterwahl wurden zunächst die neu gewählten Gemeindevertreter, darunter auch unser wiedergewählter Genosse Reichardt, in ihr Amt eingeführt. Hierauf beriet die Vertretung über die Verlängerung des Vertrages mit dem Deutschen Tierchutzverein wegen Ausübung des Hundefanges. Bei der letzten Stabsberatung war man im Prinzip darüber einig, den Vertrag zu kündigen. Nach den Ausführungen des Gemeindevorstandes ist die Gesellschaft bereit, die Vertragskosten von 5 auf 2 1/2 Proz. der Hundesteuer herabzusetzen. Der Redner unserer Genossen sprach sich auch hiergegen aus und betonte, daß die Ausgabe um so zweckloser sei, als die Gesellschaft ihre Hundefänger vielleicht alle 14 Tage einmal heraussendet, die Gemeinde bekomme, wenn wirklich ein Hund gefangen werde, dadurch noch lange nicht die Steuern ein, weil ja die Gesellschaft der Gemeinde gar keine Nachricht zukommen lasse. Die Mehrheit ließ diese Argumente nicht gelten und beschloß, den Vertrag mit dem Zusatz gutzuheißen, daß die Gesellschaft die Hundefänger mindestens in der Woche einmal nach unserem Ort entsenden möge. — Die Regulierung und der Ausbau der Kurfürstenstraße, deren Südseite gegenwärtig in der ganzen Länge mit Steinen belegt und für Passanten und Kinder geradezu lebensgefährlich ist, erfordert an der Schöneberger, Ecke Kurfürstenstraße die Veränderung des das Grundstück umgebenden Zaunes mit gemauertem Sockel. Da hier das Straßenland kostenfrei abgetreten ist, übernimmt die Gemeinde die Kosten von 2235 M. für die Veränderung. — Hierauf entwickelte sich eine heftige und lebhaft geführte Geschäftsordnungsdebatte. Genosse Reichardt beantragte die Verlegung von vier Punkten der Tagesordnung aus der geheimen in die öffentliche Sitzung mit der Begründung, daß diese Punkte ohne jeden Nachteil für die Gemeinde — es handelte sich hier um Protokollberichtigung und Vornahme von Wahlen für Kommissionen, Armen-, Bau- und Straßenkommissionen — öffentlich verhandelt werden könnten. Die große Zahl der Tribünenbesucher bewies, daß die Bevölkerung den Verhandlungen reges Interesse entgegenbringe. Wenn der alte Gemeindevorstand gegen Geheimisungen anberaunt habe, so brauche der neue Vorstand nicht das gleiche zu tun. Die Protokollberichtigung wollte der Gemeindevorsteher für die Öffentlichkeit preisgeben, sonst aber wandte sich scharf gegen unseren Genossen. Die bürgerlichen Vertreter, die wohl auch lieber geheim verhandeln als später der Aufsicht einer besetzten Tribüne, unterstützten natürlich den Gemeindevorsteher und so wurde denn der Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Advertisement for Gottlieb Weiß suits. Features an illustration of a man in a suit holding a sign that says 'Anzüge'. Text includes 'Besonders preiswert!', 'In ersten Lausitzer Tuchfabriken habe ich größere Posten solider Anzugstoffe neuster Musterung sehr billig erstanden...', and 'Gottlieb Weiß, Schöneberg, Hauptstraße 161'.

Advertisement for Leske & Lehrer suits. Features an illustration of a man in a suit. Text includes 'Leske & Lehrer, 78 Kottbuser Damm 78, Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung', '6 preiswerte Anzüge!', and 'Grosse Auswahl in Ulstern u. Paletots'.

Charlottenburg.

Die Ausschließung des Dypsenheimischen Parks mit seinem schönen alten Baumbestand, der bekanntlich von der Stadt Charlottenburg angekauft ist, durch die Anlegung einer Straße zwischen Schloß und Hebbelstraße liegt bevor. Der Magistrat hat bei der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung der Mittel für Regulierung und Kanalisation der Straße in Höhe von 110 000 M. beantragt. Der größte Teil des Parks bleibt bekanntlich erhalten und wird voraussichtlich noch diesen Sommer als öffentlicher Park dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Grünau.

Aus der Gemeindevertretung. Am 1. Mai hielt der erste Sozialdemokrat, der Genosse Wigner, seinen Einzug in unser Ortsparlament. Von der sehr reichhaltigen Tagesordnung ist besonders erwähnenswert, daß die 7. Klasse der Gemeindefschule, die 68 Kinder zählt, geteilt werden soll, wodurch die Anstellung einer neuen Lehrkraft bedingt wird. Für die Gewährung von Flußfreibädern an Schulkinder wurden 130 M. bewilligt mit der Maßgabe, daß es den Kindern freigestellt ist, die Badeanstalt im Ort oder das Freibad zu besuchen. Die Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen im „Grünauer Tageblatt“ wurde abgelehnt. Für die Gemeindegewerkschaft wurde eine tägliche Arbeitszeit von 9 Stunden festgesetzt. Ueberstunden sollen mit 40 Pf. und Sonntagsarbeit mit 60 Pf. vergütet werden. Genosse Wigner erklärte, in nächster Zeit eine neue Volksschule sowie den Entwurf zu einer Arbeitsordnung vorzulegen. Ferner wurde der sehr dringende Beschluß gefaßt, die Köpenicker Straße von der Bahnerstraße bis zum Kanal neu zu pflastern. Die Kosten betragen einschließlich der Entwässerung etwa 25 000 M. Dieser Betrag wird aus Staatsmitteln, Erträge der Umlagesteuer, sowie durch den Verkauf des Altmaterials annähernd gedeckt. Genosse Wigner brachte zur Sprache, daß bei der letzten Gemeindevertretung der Lehrer K. nicht allein besonders für den bürgerlichen Kandidaten eingetreten sei, sondern sogar das Austragen von Wahlschriften durch Schulkinder habe besorgen lassen. Einige Vertreter bestritten die Kompetenz, auf Drängen unseres Genossen wird die Schulkommission hierzu Stellung nehmen. In der nachfolgenden geheimen Sitzung zogen sich die Verhandlungen bis 1/21 Uhr hin.

Notizen.

Aus der Gemeindevertretung. Zur Beratung stand zunächst ein von den Vertretern der dritten Abteilung gestellter Antrag auf Vereinstellung von Mitteln zur Errichtung einer Badeanstalt in der Rütche. Genosse Jester begründete den Antrag kurz damit, daß die Gemeindevertretung ja bereits vor Jahren die Notwendigkeit einer den Ansprüchen der Einwohner genügenden Badeanstalt anerkannt habe, jedoch die Unausführbarkeit des Planes damit nachzuweisen glaubte, daß der Gemeinde kein geeignetes Grundstück zur Verfügung stünde. Dieser Einwand könne heute nicht mehr erhoben werden, da durch die Erwerbung des großen, an die Rütche grenzenden Geländes in der Nähe der Klärstation die Möglichkeit zur Errichtung der Badeanstalt wohl gegeben sei. Die von Jahr zu Jahr wachsende Einwohnerzahl mache es der Gemeinde zur Pflicht, das Projekt so rasch wie möglich zu verwirklichen. Bei Bewilligung der Mittel dürfe man nicht zu sparieren sein, denn es müsse ein schönes, modernes Volksbad geschaffen werden, das sich auf lange Zeit hinaus als ausreichend erweisen soll. Der Bürgermeister erkannte zwar die Verdrängung der Forderung an, bezeichnete jedoch ihre Erfüllung nach Maßgabe des Antrages als unmöglich, weil nach einer Regierungsverordnung kommunale Badeanstalten, die gleichzeitig dem Schwimmunterricht für Schüler dienen müssen, nur an solchen stehenden Gewässern errichtet werden dürfen, die keine Schmutzwasser aufnehmen. Bei der Rütche sei letzteres jedoch der Fall und die Gemeinde würde deshalb die Genehmigung zum Bau nicht erhalten. Es empfehle sich daher, die Frage solange zurückzustellen, bis es der Gemeinde gelänge, ein passendes Gelände zu finden, eventuell an der Havel,

deren Wasser er übrigens für einwandfreier halte. Leider sei ein Grundstück für diesen Zweck nicht so leicht, da die Privatbesitzer in Fällen, wo die Gemeinde als Käufer auftritt, ihre Forderungen nicht hoch genug stellen können. (H) Die Angelegenheit wurde schließlich der Begehrkommission zur weiteren Prüfung überwiesen. Damit ist die in gesundheitlicher Beziehung so wichtige Frage wiederum auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. — Der auf der Tagesordnung stehende Punkt: „Kündigung des Vertrages mit der Continental-Gesellschaft“ kam im öffentlichen Teil nicht zur Verhandlung und zwar auf Grund eines von 16 bürgerlichen Vertretern schriftlich und eines vom Gemeindevorsteher mündlich gestellten Antrages. — Ueber die Eingemeindung des nördlich der Wehlarer Bahn am Bahnhof Drewitz gelegenen Parzellensweges ist nach längerer durch den Kreisaußschuß geführten Verhandlung insbesondere mit der Aktiengesellschaft Drenstein u. Koppel eine Einigung zustande gekommen. Die Vertretung stimmte dem abzuschließenden Vertrage zu. — Ueber die Nahrungsmitteluntersuchung sind mit der Landwirtschaftskammer neue Vertragsbestimmungen vereinbart worden. Die Vertretung erklärte ihr Einverständnis damit. — Die letzten zwei Punkte betrafen Kündigung der Baufluchtlinien der Schul- und der Großbierenstraße.

Spandan.

Stadtverordnetenversammlung. Die Verhandlungen in der letzten Sitzung vollzogen sich fast gänzlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. In der öffentlichen Sitzung wurden zunächst die Ferien für die Stadtverordnetenversammlung vom 5. Juli bis 4. September festgesetzt. Dann lag ein Vertrag vor, den der Magistrat mit dem königlichen Kreisarzt Medizinalrat Dr. Jaenicke abzuschließen gedenkt. Demzufolge sollen die Funktionen des Dr. Jaenicke, der seine Pensionierung als Kreisarzt in die Wege geleitet hat, noch erweitert werden. Die bisher im Nebenamt innegehabte Stellung als Stadtarzt soll in Zukunft Haupttätigkeit des Herrn J. werden. Die bisher an ihn gezahlte jährliche Vergütung von 3000 M. wird auf 5000 M. erhöht. In der Versammlung machte sich Opposition dagegen bemerkbar, daß man einem Arzt, der schon eine reichliche Pension beziehe, noch diesen so gut dotierten Posten übertragen müsse. Die Genossen Piech und Pieper besonders wiesen darauf hin, daß man die Funktionen besser zwei jüngeren Ärzten überweise, welche sicher eine größere Arbeitskraft mitbrächten, wenn auch die Kosten für die Stadt dann etwas höher

würden. Die Mehrheit stimmte aber doch der Vorlage zu. — Eine längere Debatte entspann sich nur noch bei dem Bericht über die Streitfragen wegen Abnahme der Dampfessel in den Wasserwerken. Von dem Stadtv. Lielow war seinerzeit auf erhebliche Mängel an diesen von der Maschinenfabrik „Cyllopp“ gelieferten Dampfesseln aufmerksam gemacht worden, infolgedessen er, da er dabei die Wasserwerksdeputation angegriffen hatte, vielen Anfeindungen ausgesetzt war. Wie nun der Magistrat selbst angegeben mußte, waren die Mängel tatsächlich vorhanden und sie sind inzwischen von der Maschinenfabrik abgestellt worden. Der Stadtverordnete Lielow soll nur etwas zu weit übers Ziel geschossen haben, indem er ausgeführt hatte, daß durch die Schuld des Betriebsleiters der Wasserwerke der Maschinenfabrik zum Schaden der Stadt ein Vermögensborteil erwachsen wäre. Herr Lielow hat später erklärt, daß er dies in gutem Glauben getan habe. Die Versammlung nahm dies zur Kenntnis und dürfte damit diese Angelegenheit, die seinerzeit viel Aufregung verursacht hat, endgültig erledigt sein.

Nachträge zur Maifeier.

Ober-Schöneweide. Zu einer gewaltigen Demonstration gestaltete sich die Maifeier unseres Ortes. Sowohl die Vormittagsversammlung wie auch die Abendveranstaltung waren zahlreich besucht. Besonders hat bei dem Verfasser der Antimaisfeierannoncen im „Ober-Schöneweider Tageblatt“ die Kenntnisnahme des imposanten Verlaufes der Maifeier keine gesundheitschädigende Wirkung ausgeübt.

In Alt-Landsberg nahm das Maifest einen würdigen Verlauf. Die Festrede hielt Genosse R o h a u p t.

Marktbericht von Berlin am 2. Mai 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Kartoffelpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Weizen, gelb, zum Kochen 34,00—50,00. Speldeböden, weiße, 40,00—55,00. Linen 40,00—50,00. Rartoffeln (Reinbbl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 3,00—5,00. 1 Kilogramm Karotten 0,90—2,40. Kala 1,40—3,20. Jambur 1,20—3,60. Zwiebeln 1,20—2,50. Petersilie 1,00—2,00. Schmalz 1,40—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Rindfleisch 2,40—45,00.

Nur 10% Nutzen!

Der Herren-Moden-Vertrieb Charlottenburg

ist durch die öffentliche Bekanntmachung gesetzlich verpflichtet, seine Waren, gleichviel ob fertig oder noch roh, zum Selbstkostenpreis abzugeben und einen Nutzen von 10 Prozent zu erheben. Es ist somit für jedermann von großem Vorteil, seine Bekleidung nur vom Herren-Moden-Vertrieb Charlottenburg zu beziehen. Sie finden dort fertige Herren-Anzüge, Paletots, Uister, Bekleidungs etc.

in jeder Preislage am Lager, sowie größte Auswahl von Stoffen deutscher und englischer Fabrikate zur Anfertigung nach Maß. Herstellung erfolgt in eigenen Werkstätten. Auf Wunsch Masterversand zur Maß-Anfertigung.

Telephon: Charl. 420. **H M V** Telephon: Charl. 420.

Herren-Moden-Vertrieb Charlottenburg „Wilhelm-Platz“

vis-à-vis Rathaus, direkt am Untergrundbahnhof Wilhelm-Platz.

Grosser **Serien-Verkauf** in **Ulstern**

Dauer von Sonnabend, den 4. Mai bis inklusive Sonnabend, den 11. Mai

Serie I. zweireihig, grau gestreift, mit breiten englischen Besätzen, großen Klappen, breiten Kragen **16.75**

Serie II. zweireihig, grau-grünes Diagonalmuster, moderne Machart **22.50**

Serie III. Machart wie nebenstehendes Bild, in grauen Noppen- und Zickzack-Mustern **28.00**

Serie IV. in verschiedenen modernen Formen, in dunkelbraunen u. grauen Farbentönen **34.50**

Serie V. vollständ. Ersatz für Mass, in vornehm. soliden Farben, homespunartige Stoffe **42.00**

Der gute Ruf meiner Firma bürgt für höchst sachgemässe und streng reelle Bedienung

Auf diese Serien wird in meinen Schau-entern der Hauptstrasse durch Plakate hingewiesen

S. JOSEPH
Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstrasse.

Reik

Nicht für Wiederverkäufer. Nur solange Vorräte reichen.

frische Tischbutter Pfd. 120 Pf.
hochfeine Tafelbutter Pfd. 128 Pf.
allerfeinste Stückenbutter 136 Pf.

Butter

Schmalz ff. Bratenschmalz Pfd. 50 Pf.
ff. Rohschmalz Pfd. 50 Pf.

Eier große frische . . . Mandel 90 Pf.
mit 10 Proz. Rabattmarken also netto ca. 81 Pf.
1 Stück 6 Pf. mit 10 Proz. Rabatt also netto ca. 5 1/2 Pf.

ff. Weizenmehl . . . p. Pfd. 17 Pf.
Feinstes Kaiseranzugmehl " 19 " und
Allerj. Viktoria-Auszugmehl 5 Btl. 105 " noch
10 Btl. 210 " 10 Proz.
Bohnen, Rundbohnen . . . p. Pfd. 19 " Rabatt-
" Langbohnen . . . " 23 " marken
Erbsen, grüne . . . " 21 "
" gelbe Viktoria . . . " 19 "
" geschälte, extrafeine . . . " 24 "
" geschälte, halbe . . . " 19 "
Linsen I. " 24 "
" Mittel-Linsen " 18 "

Beachten Sie auch unsere sonstigen billigen Preise.

Reik, Neukölln.

In allen
Abteilungen

Extra-Preise

In allen
Abteilungen

Ein gross. Posten Knaben-Wasch-Anzüge u. Blusen

gefertigt aus gewebten und bedruckten Stoffen unter Verwendung prima Zutaten, durchweg beste Verarbeitung. Dieser Posten ist vom einfachsten bis zum elegantesten Genre sortiert. Trotzdem sind die Preise so enorm billig gestellt, dass dieselben teilweise kaum die Herstellungskosten decken.

Knaben-Anzüge	Kadett, weiss, dunkelblau-weiss, Blusen- und Joppen - Passons	Serie I	II	III	IV	V
für das Alter von 2-5 Jahren		1.95	2.75	3.75	4.75	6.00
für das Alter von 6-9 Jahren		2.75	3.75	4.95	6.25	7.25

Baby-Kittel-Anzüge	In hocheleganter Ausführung, teilweise mit Spitzen-Ueberkragen,	für das Alter von 2-4 Jahren	4.95	6.50	7.75

Knaben-Hosen blau Satin	für das Alter von 2-5 Jahren	90 Pf.	für das Alter von 6-9 Jahren	1.10

Knaben-Blusen	blau-weiss, mode, dunkelgestreift mit und ohne Abzeichen	für das Alter v. 2-5 Jahren	Serie I 90 Pf.	Serie II 1.25	Serie III 1.95
		für das Alter v. 6-9 Jahren	Serie I 1.25	Serie II 1.95	Serie III 2.75

Kieler-Blusen	aus gestr. Kadett mit Abzeichen	für das Alter von 2-5 Jahren	2.95	für das Alter von 6-9 Jahren	3.95	für das Alter von 10-12 Jahren	4.95

Russen-Kittel	3 Grössen	einfarbiger Körper mit bunten Besätzen	95 Pf.	hell- und dunkelfarbig	1.30	mit Druck-Bordüren	1.50

Matrosen-Kleider	aus gestreiftem Cretoné	Grösse 55-65	70-80	85-90	95-100
		3.50	4.25	5.00	5.75

50000 Paar diverse Strümpfe und Handschuhe

zu besonders billigen Preisen

Damen-Strümpfe	schwarz und leder	durchweg jedes Paar	35 Pfennig
Damen-Strümpfe	geringelt		
Herren-Socken	nahtlos, schwarz und leder		
Schweiss-Socken			

Damen-Strümpfe	englisch lang, schwarz und leder	durchweg jedes Paar	48 Pfennig
Damen-Strümpfe	mit Laufmasche		
Damen-Strümpfe	englisch lang, Stiefelmuster		
Damen-Strümpfe	englisch lang, halbdurchbrochen		
Herren-Socken	makofarbig, schwarz und leder		

Damen-Strümpfe	ser. ganz durchbrochen	durchweg jedes Paar	75 Pfennig
Damen-Strümpfe	Mako, schwarz und leder		
Damen-Strümpfe	Musselin, moderne Farben		
Herren-Socken	Mako, mit Laufmaschen, moderne Farben		

Zwirn-Handschuhe	mit 2 Druckknöpfen	35 Pf.
Suede-Handschuhe	mit 2 Druckknöpfen	48 Pf.
Leinen-Handschuhe	imit., mit zwei Druckknöpfen	65 Pf.
Wildleder-Handschuhe	imit. mit 2 Druckknöpfen	90 Pf.
Seidene Handschuhe	glattes Gewebe, mit 2 Druckknöpfen	95 Pf.

Lange Halbhandschuhe	durchbrochen	30, 40 Pf.
Lange Halbhandschuhe	feines Gewebe	60 Pf.
Lange Halbhandschuhe	Blumenmuster	55, 85 Pf.
Lange Halbhandschuhe	Seide durchbrochen	85 Pf.
Lange Halbhandschuhe	Seide, porös	1.10

Leinen-Handschuhe	Form Musquetaire, 12 Knopf	9.75 Pf.
Seiden-Handschuhe	glattes Gewebe Form Musquetaire, 12 Knopf	1.50
Seiden-Handschuhe	porös, Form Musquetaire, 10 Knopf	1.35
Seiden-Handschuhe	porös, Form Musquetaire, 12 Knopf	1.65
Seiden-Handschuhe	durchbrochen, Form Musquetaire, 12 Knopf	1.50

Waschstoffe

Zephyr	in modernen Streifen, hell und dunkel	35, 50, 65 Pf.
Musselin	mit und ohne Bordüre, neueste Dessins	28, 38, 45 Pf.
Kleiderleinen	imitiert in allen modernen Farben	50, 65 Pf.
Wasch-Voile	110 cm breit „Neuhelb“ uni mit farbigen Punkten, Meter	1.65 1.20
Wollmusselin	moderne Dessins mit Bordüre	75, 95 Pf.
Stickereistoffe	150 cm breit besondere Gelegenheitskäufe	1.85 2.90 3.75
Mulle	gepunkt und gestreift	38, 48, 75 Pf.

Einmaliges Angebot:

Damen-Regenschirme
Direktore mit Hornknöpfen
Reine Seide Stück **5.50**

3 Serien Batist-Blusen	mit breiter Stickerei, halsfrei und geschlossen	Serie I	Serie II	Serie III
		1.45	1.95	2.95

Rindleder-Sandalen

24-26	27-30	31-35	36-42	43-47
2.35	2.85	3.15	3.75	4.50

Volapük-Sandalen

23-24	25-26	27-30	31-35	36-42
2.65	3.00	3.60	4.30	5.00

Segeltuch-Turnschuhe

22-24	25-29	30-35	36-42	43-46
1.10	1.50	2.15	2.50	3.15

Garten- und Balkon-Möbel

Peddigrohr-Sessel

Sessel „Hamburg“	weiss gebleicht	8.75
Sessel „Bremen“	weiss gebleicht	9.75
Sessel „Stettin“	weiss gebleicht	10.75
Sessel „Lübeck“	Klubesselform weiss gebleicht	12.75
Tisch	eichene Platte, gewacht	10.75

Blumenbretter		Stück	1.25
Feldstühle		40, 50, 90 Pf.	
Feldstühle	mit Rücklehne	95 Pf.	1.95 2.25
Triumphstühle		Stück	1.85
Triumphstühle	mit Armlehne	Stück	2.85
Triumphstühle	mit Arm- und Fussstütze	3.75	4.50
Blumenkästen	aus Holz, grün gestrichen	Länge	40 50 60 70 80 90 100 120 cm
		50, 60, 72, 85, 95 Pf.	1.05 1.20 1.60

Kongo-Möbel

Stühle		2.75
Tische		2.95 5.50
Hocker		1.95 2.50
Sessel		6.50 8.75
Sessel	gepolstert	13.50

Verlangen Sie bei Ihren Einkäufen unsere Rabattmarken!

A. Weiss & Co. Nachf.

Inh. Fritz Prieur

Berlin W, Schöneberg

Hauptstrasse 11 Ecke der Vorbergstr.

Die Konfiskation ist aufgehoben!
VON UNTEN AUF
 Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich
 Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern
 und Bildwerken

Preis: In 1 Leinenband 5 Mark
 :: In 2 Leinenbänden 6 Mark ::
 Band 1 und 2 können auch einzeln zum Preise von je 3 M.
 bezogen werden.

Das Werk ist von der Arbeiterpresse überaus lobend besprochen
 worden und sollte daher in keiner Arbeiterfamilie fehlen.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69
 (Laden).

Michel-Brikett-Kohlenhandlung
 G. m. b. H.

Neukölln 
 Bergstraße 110
 Telefon 1810.

Kohlenplatz: **Knesebeckstr. 148**

Verkaufsstellen in Neukölln:
 Niemetzstr. 18, Allerstr. 15, Bodestr. 19,
 Steinmetzstr. 96, Selkestr. 29, Jägerstr. 41,
 Bergstr. 155, Weserstr. 204.

Ringfreil

Pa. Stelnkohlen 1,60 M., pa. gebr. Gaskoks 1,45 M.,
 feingespaltenes Brennholz pro Raummeter 12,50 M.,
 kleine Körbe 30 Pf., große Körbe 50 Pf. frei Gelaß.
 Aus Sammeladungen Salonbriketts 1000 Stck. 7,75 M.
 frei Gelaß. Industriebriketts per Ztr. 0,77 M. frei Gelaß.

HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.

Es ist kein Geheimnis, daß ich weder
 einen Zahn habe, noch einen Fußhebel halte.
Mädchen- und Knaben-
kleider

in einfacher und eleganter Ausführung schneide ich selbst
 zu und lasse sie unter meiner Aufsicht anfertigen. Es
 ist somit klar, daß ich bei den geringen Unkosten
Kinderkleider zu den billigsten Preisen liefern
 kann. Fertige Kleider, Anzüge, Mäntel und
 Stoffe in großer Auswahl am Lager. 14825*

Mitgebrachte Stoffe werden gediegen verarbeitet.
Engros-Arbeitsstube Frau M. Salomon,

Neukölln Berliner Straße No. 58
 gegenüber Kaufhaus H. Joseph.



Elegante Herrenkleidung
 fertig u. nach Maß.
Grosses Stofflager
 anerkannt vorzügl. Ausführung.
Maßschneiderei
J. Goldstein
 seit 20 Jahren
 Berlin, Yorkstr. 51 am d. Bülowstr.
Riesenlager in Berufskleidung
 nur bewährte ausprobierte Qualitäten
 auf jedem Stück ist der Preis deutl. notirt.
Abonnenten des Vorwärts erhalten an der Kasse 5% Rabatt.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69
 (Laden)
 Wir empfehlen:
Franz Mehring
Deutsche Geschichte
 Vom Ausgange des Mittelalters
 Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende
 Teil I und II je 1,25 Mark. — Beide Teile zu
 einem Bande vereinigt, gebunden 2,50 Mark

M. Schufmeister

Berlin SO. 26
 Dresdener Straße 4

Koffbuser Tor



**Aus meiner
 Maß-Schneiderei**

Jackett-Anzug nach Maß in elegantester Aus-
 führung.
 48. 54. 58. 62. 65. 68. 72. 75. 82—90 M.

Rock-Anzug nach Maß in verschiedenen Formen.
 58. 62. 66. 72. 76. 80. 86—96 M.

Paletot nach Maß
 45. 48. 52. 56. 62. 68—75 M.

Ulster nach Maß
 42. 46. 48. 54. 56. 62. 68—72 M.

Beinkleider nach Maß
 14. 17. 20. 22. 24. 26—28 M.

Verlangen Sie bitte die Modenbeschreibung „Eleganz“
 kosten- und portofrei.
 Vom 1. Mal ab findet der Sonntagsverkauf
 nur von 8—10 Uhr vormittags statt.



Moderne preiswerte
Herren-Sakko-Anzüge
 in hervorragend guter Passform.
 M. 19⁵⁰
 M. 22⁵⁰
 M. 25⁵⁰
 M. 29⁵⁰ usw.
August Schega
 vorm. A. Wormann G. m. b. H. □ Kottbuser Damm 77

Bekannt als beste und billigste
 Bezugs-
 quelle
 für
Herren-Hüte
 in jeder Preislage ist
Radloff, Charlottenburg,
 Berliner Str. 51.
 Gegründet 1875.

Magentropfen
 Bei Verdauungsstörungen, Appetit-
 mangel, verdorbenem Magen,
 Sodbrennen, Blähungen, Magen-
 schwäche, Magenkrampf, Uebel-
 keit mit Erbrechen, überhaupt
Magenbeschwerden
 jeder Art sind die berühmten
Reichel's
Magentropfen
 von überaus wohltuender, heilamer
 Wirkung!
 Flasche 50 Pf. Single echt nur mit „Medico“
 Marke.
 Wo in den Drogerien nicht erhältlich,
 bei Otto Reichel, SO., Eisenbahnstr. 4.

Zöpfe.
 Wirklich reelle Ware. Größte Aus-
 wahl zu den
 allerbilligsten Preisen.
 Otto F. Kalka, Neukölln, Erkstr. 8.
 Zöpfe- und Perückenfabrik.

MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und
 ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zweizimmer-Wohnungen. **Mäßige Anzahlung,**
kleine monatliche Raten. Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei
 weitem **niedriger,** als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. **Diskrete Lieferung, keine**
Einkassierer. — Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel und kulantem Entgegenkommen bei
 Zahlungsstockungen ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen ausschließlich durch Weiter-
 empfehlung seitens unserer Kundschaft von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch bei uns
 führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.
 Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage.
Sieht an der Potsdamer Straße.
 Sonntags geöffnet.

Freymuth & Stinner Wallstraße 34 an der Wilmersdorfer Straße
 empfehlen sich zur Anfertigung
 eleganter Herren-Garderoben nach Maß.
 Reichhaltiges Lager
 fertiger Herren- und Knaben-Konfektion.